

Philosophisches Denken über Krieg und Frieden

**Umwälzende Einsichten an der
Militärakademie und ihr Fortwirken
in der Dresdener Studiengemeinschaft
Sicherheitspolitik e.V.**

DSS–Arbeitspapiere

Heft 76 – 2005

Herausgeber: Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS)

Vorstandsvorsitzender: i.V. Prof. Dr. Wolfgang Scheler Rottwerndorferstr. 3 01257 Dresden

Mit dem am 13. September 2005 veranstalteten Kolloquium über *Philosophisches Denken über Krieg und Frieden* im Rathaus Dresden verbindet sich der Gedanke, anlässlich des 70. Geburtstages von Wolfgang Scheler die Neuerungen, die in den 80er Jahren von Philosophen der Militäarakademie der DDR in das Denken über Krieg und Frieden eingebracht worden sind, aus heutiger Sicht zu beurteilen.

Redaktion und Druckvorbereitung, V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

Vertrieb: Dr. Lothar Glaß Feuerbachstraße 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS–Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren. Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren!

Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 31. Oktober 2005

Kostenbeitrag: 5,00 Euro

Schriftenreihe „DSS–Arbeitspapiere“ ISSN 1436–6010

Inhalt

Wolfgang Scheler	7
Eröffnung	
Wolfgang Scheler	9
Philosophisches Denken über Krieg und Frieden – damals und jetzt	
Hermann Hagen	21
Reflexionen des neuen Denkens in der Bundeswehr	
Hermann Schierz	28
Neues Denken über Krieg und Frieden an der Offiziershochschule der LSK/LV und in der Öffentlichkeitsarbeit	
Hans Süß	36
Neues Denken und Militärreform	
Paul Heider	45
Neues Denken über Krieg und Frieden und das Militärgeschichtliche Institut der DDR	
Ernst Voit	52
Friedensphilosophie und Epocheverständnis	
Horst Großmann	63
Geopolitische Bedingungen für Krieg und Frieden	
Lothar Glaß	72
Ideelle Bedingungen des Friedens	
Eberhard Arnold	81
Anmerkungen zum Problemkreis <i>Bedrohung</i>	
Publikationen zum Thema	85

Wolfgang Scheler

Eröffnung

Meine Damen und Herren, Kameraden und Freunde,

sehr herzlich begrüße ich Sie alle zu unserem heutigen Kolloquium und freue mich über den regen Zuspruch, den es ganz offensichtlich findet. Dass einige dafür sogar einen weiten Weg auf sich genommen haben, um dabei zu sein, weiß ich sehr zu schätzen. Versammelt sind Weggefährten von früher und heute. Die meisten von uns verbindet auch der Gegenstand, den wir unter veränderten Umständen noch einmal erörtern wollen.

Manch einer wird gekommen sein, weil er wissen will, wie sich die geistigen Kämpfe, die wir seinerzeit gemeinsam ausgefochten haben, aus heutiger Sicht ausnehmen. Vielleicht gibt es auch das Motiv, dem zu folgen, was unser Vorsitzender vor hatte, nämlich mir ein Geschenk zum 70. zu machen. Sein Vorhaben hat er noch auf den Weg gebracht – es ausführen, das müssen wir ohne ihn. Für unseren Kollegen, Genossen und Freund Rolf Lehmann, bitte ich euch um einen Moment schweigenden Gedenkens.

Mit dem Namen Rolf Lehmann ist das, was wir heute behandeln, untrennbar verbunden. Er war Geburtshelfer und Förderer, Verkünder und Bewahrer dieser geistigen Strömung für das Projekt einer neuen Sicherheitspolitik. Seine Stellung als General und Verantwortlicher für Wissenschaft und Forschung an der Militärakademie hat er kreativ genutzt, um den neuen Auffassungen gegen bornierten Widerstand zum Durchbruch zu verhelfen. Er hatte verstanden, worum es ging, und nahm das Risiko auf sich, statt falschen Vorgaben der eigenen Einsicht zu folgen.

Wir hatten in ihm einen Kommunikator mit weitreichenden Kontakten. Er knüpfte Verbindungen zu Gleichgesinnten in den Universitäten und Hochschulen, in der Akademie der Wissenschaften und im Institut für internationale Politik und Wirtschaft. An der Militärakademie richtete er die militärwissenschaftliche Forschung auf die neuen Erfordernisse aus, die sich aus den Einsichten in die Nichtführbarkeit eines Krieges im Atomzeitalter ergaben. Eine Studie über den Kampf in Ballungsgebieten bestätigte diese Erkenntnis.

Heute können wir einen Jahrestag begehen. Vor genau sechzehn Jahren, am 13. September 1989, erlangte das neue Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte an der Militärakademie offizielle Anerkennung. Rolf Lehmann hatte es zum Thema des Wissenschaftlichen Rates gemacht, und dieser fasste den Beschluss, Lehre und Forschung danach auszurichten.

Die wichtigste Schlussfolgerung, die Rolf Lehmann aus dem neuen Denken zog, war, dass die Militärakademie sich auf die Ausarbeitung und Vermittlung einer neuen Sicherheitspolitik umorientieren muss. Dazu organisierte er den Interdisziplinären Bereich Sicherheitspolitik als Vorläufer für ein zu schaffendes Institut für Sicherheitspolitik. Dieser spielte dann während der demokratischen Militärreform eine aktive Rolle, so auch für die Inauguration des Instituts für Konversion.

Als wir dann Bundesbürger wurden und für uns keine Verwendung mehr war, erst recht nicht für Leute, die das liebe Militär zur Disposition stellen wollten, da hielt uns Rolf Lehmann zusammen und formierte aus dem Wissenschaftsbereich Sicherheitspolitik die Studiengemeinschaft. So blieb uns weiter die Möglichkeit mitzudenken und mitzureden auf dem Feld, das wir kannten und auf dem immer neue, meist bittere Früchte wuchsen. Ich glaube, ohne die Autorität und integrative Kraft, die Rolf Lehmann eigen war, würde es die Studiengemeinschaft nicht geben und nicht das, was sie unter seinem Vorsitz in den 15 Jahren ihres Bestehens geleistet hat.

Über Rolf Lehmann, diesen außergewöhnlichen Menschen, ließe sich noch vieles sagen. Ich lasse es mit einem Wort über ein ganz besonderes Ereignis in seinem Leben bewenden. Als der Promotor der neuen Sicherheitsidee, Egon Bahr, ein Tabu brach und ein Treffen von Offizieren der NVA und der Bundeswehr in Hamburg zuwege brachte, da fiel der Auftrag, unsere Delegation zu leiten, an General Lehmann. Eine bessere Wahl konnte nicht getroffen werden.

Diese erste deutsch-deutsche Begegnung von Soldaten feindlicher Systeme war ein notwendiger Schritt, um mit der Konfrontation und Feindschaft auf deutschem Boden zu brechen, dort also, wo sie besonders verhärtet waren. Das, denke ich, ist ein Akt, der es verdient, in die Geschichte einzugehen als ein Zeichen der Hoffnung, dass es möglich ist, Feindschaft und militärische Bedrohung in den internationalen Beziehungen trotz tiefer Interessengegensätze zu überwinden.

Rolf Lehmann hat diesen Schritt bewusst und in voller Übereinstimmung mit seinen Überzeugungen getan. Ich denke, dass diese Begegnung von großer Symbolkraft war für die Idee der Sicherheitspartnerschaft. Und das macht Generalmajor Lehmann zu einer Soldatenpersönlichkeit, die im historischen Gedächtnis überdauern wird, wie auch sein Gegenüber von der Bundeswehr, unser Mitglied Brigadegeneral Hermann Hagena.

Mit unserem heutigen Kolloquium ehren wir Rolf Lehmann und erfüllen sein Vermächtnis.

Wolfgang Scheler

Philosophisches Denken über Krieg und Frieden – damals und jetzt

Was wir heute verhandeln wollen, hat eine Vergangenheit, die uns prägte. Es hat aber auch eine Gegenwart, denn seit der Zeitenwende versuchen wir, damit auch den neuen Gegebenheiten geistig beizukommen. Ich halte es sogar für denkbar, dass eines Tages auf den alten Gedankenstoff doch noch einmal zurück gegriffen wird. Schließlich ist eines der Großprobleme der Menschheit noch immer ungelöst, das Problem, den Krieg aus der Menschenwelt zu verbannen, bevor dieser die Welt des Menschen zerstört. In einem neuen Aufbruch für die Lösung dieses Menschheitsproblems wird man sich vermutlich an all das erinnern, was dazu schon einmal gedacht worden ist.

Bekanntlich brachen sich neue Ansichten über den Krieg vor allem in den achtziger Jahren Bahn. Sie erreichten große Teile der Öffentlichkeit, im Osten und im Westen. Heute, wo nur noch der Westen übrig geblieben ist, sind sie aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt worden. Frieden als oberster Wert – das gilt nicht mehr, weder im politischen Denken, noch in der Staatspolitik. Damals, als die neuen Ansichten die Gemüter erregten, hatten wir die seltene Gelegenheit, ihnen zum Durchbruch zu verhelfen, und wir haben sie genutzt, soweit es uns möglich war. Es ist schon eine Merkwürdigkeit, dass so militärwidrige Ideen ausgerechnet an der Militärakademie der DDR theoretisch begründet worden sind und in das geistige Leben der Armee und des Landes getragen werden konnten.

Das waren vor allem: Die Absage an militärische Überlegenheit, die Unmöglichkeit des Sieges und folglich die Sinnlosigkeit eines Krieges, die These, dass der Verteidigungskrieg gegen eine Aggression nicht mehr als gerecht bewertet werden kann und die Friedensbewahrung als einziges Wehrmotiv übrig bleibt, schließlich, dass nicht ein bewaffneter Frieden, sondern nur der unbewaffnete Frieden uns retten kann. Für Soldaten heißt das immerhin, sich selbst abschaffen zu wollen, nicht irgendwann in einer schöneren Zukunft, sondern jetzt.

Kein Wunder, dass sich Widerspruch regte. Soweit dieser Widerspruch sich in argumentativer Gegenrede äußerte, war er sogar fruchtbar. Er schützte vor Oberflächlichkeit und Vereinfachung, zwang zu theoretischer Tiefe und zu evidenter Argumentation. Bedenklicher war schon, dass in einer von der marxistisch-leninistischen Staatsideologie geprägten Gesellschaft jede Abweichung von den ihr zugehörigen Sätzen oft als Ketzerei angesehen worden ist.

Das wog um so schwerer, wenn es um so hohe Güter wie die Verteidigung des Sozialismus und des Friedens ging. Dass trotzdem ein Umbruch im sicherheitspolitischen Denken erreicht werden konnte war nur möglich, weil sich verschiedene günstige Umstände miteinander verbanden.

Erstens ging ein unwiderstehlicher Druck von den neuen Tatsachen des Atomzeitalters aus. Für die kleine DDR und für Deutschland als Ganzes an der Frontlinie der feindlichen Militärblocke stellte sich die Kriegsfrage anders als für die Supermacht – und das schon vor Gorbatschow. Für die Deutschen bedeutete Frieden oder Krieg im vollen Wortsinn Leben oder Tod, Sein oder Nichtsein. Gerade hier wurde deshalb die Suche nach grundsätzlich anderen Konzepten für den Ausweg aus der tödlichen Gefahr zum ersten Lebensinteresse. Hierauf reagierte sogar die politische Führung. Dass die Menschheit einen Atomkrieg nicht überleben würde, dass die Clausewitz-Formel vom Krieg als Fortsetzung der Politik nicht mehr gilt, dass Frieden der oberste Wert ist und über alle Grenzen von Klassen und Weltanschauungen hinweg eine Koalition der Vernunft für den Frieden hergestellt werden muss, dieses und vieles mehr konnte man seit Anfang der achtziger Jahre in den Reden von Erich Honecker finden.¹ Und dies im Gleichklang mit Aussagen des SPD-Strategen Egon Bahr.²

Zweitens zählt zu den besonderen Umständen, dass die Gesellschaft hochgradig sensibilisiert war für das Krieg-Frieden-Problem. Im geistigen Leben des Landes spielte es eine erstrangige Rolle. Neue Ideen zu dieser Lebensfrage stießen deshalb überall auf lebhaftes öffentliches Interesse. Auch bei uns selbst formten sich die neuen Erkenntnisse nicht bloß im eigenen Mustopf, sondern im Dialog mit anderen, in einer fruchtbaren gesellschaftlichen Debatte. Wesentlich war also die Öffnung nach außen und die Teilnahme am geistigen Leben außerhalb des militärischen Dunstkreises. Freilich fegte uns zuweilen der Sturm der Entrüstung heftig ins Gesicht, und es bedurfte des solidarischen Zusammenstehens, um ihm standzuhalten.

Drittens schließlich gehört dazu, dass genau in jener Zeit des drängenden Umbruchs einige Leute, die mit der Philosophie wie mit dem Militärwesen hinreichend vertraut waren, sich dieser Thematik annehmen konnten. So

¹ Honecker forderte, den „Krieg im Atomzeitalter nicht mehr als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu betrachten“, in: 4. Tagung des ZK der SED, 23./24. Juni 1982. Aus dem Schlusswort des Genossen Erich Honecker, Berlin 1982, S. 85; siehe vor allem E. Honecker, Rede und Schlusswort auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz des Zentralkomitees der SED, Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt, Berlin 1983, S. 12 f., 17.

² Siehe E. Bahr, Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 26.

wurde Frieden zum Forschungsgegenstand an unserer höchsten militärischen Bildungsstätte. Friedensforschung und Kriegsertüchtigung – allein dieser Kontrast übte einen eigenartigen Reiz aus. Auch hier bewährte sich der Widerspruch als Triebkraft der Erkenntnis. Und so entwickelte sich ein Denken in den Kategorien des Friedens, dessen Grundidee in der Entmilitarisierung der Sicherheit, im Übergang von militärischen zu nichtmilitärischen Sicherheitsstrukturen besteht, eben auch in Kreisen des Militärs.

Philosophisches Denken, so glaube ich, ist in Phasen politischer Umbrüche besonders prädestiniert, altes politisches Denken aufzulösen und neues zu begründen. Philosophie denkt anders als die Politik. Sie ist nicht auf das Tagesgeschehen fixiert. Die Philosophie fragt nach dem Ganzen der menschlichen Welt, die Zeiten übergreifend: Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Was ist der Mensch? Das macht nach Kant ihren Gegenstand aus. Den erschließt sie mit den Kategorien Wesen und Erscheinung, Inhalt und Form, Allgemeines und Besonderes, Logisches und Historisches, Kampf und Einheit der Gegensätze, quantitative und qualitative Veränderung.

Tiefe Einsichten in das Wesen gesellschaftlicher Prozesse ermöglicht die dialektische Negation. Hegel verstand sie als Aufhebung in der Dreiheit von Ablösen, Aufbewahren und höher Heben. All das kommt zur Synthese in der Marxschen Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum geistig Konkreten. Diese Universalität der philosophischen Methode macht ihre Fähigkeit aus, den Gesellschaftsprozess in seinem Werden und Vergehen zu verstehen, verfestigte Anschauungen in Frage zu stellen und das gesellschaftliche Bewusstsein aus Erstarrungen zu lösen.

Die philosophische Sicht und Methode verhalf uns damals zu Einsichten, die einen Paradigmenwechsel im staats- und parteiideologischen Denken über Krieg und Frieden, über die Streitkräftefunktion und den Sinn des Soldatseins herbeiführten. Als dann mit dem Machtantritt Gorbatschows der Ausdruck *Neues Denken* aufkam, schien dieser uns für unsere Auffassungen gerade recht. Heute lege ich Wert auf eine Differenz. In der Perestroika lief das neue Denken darauf hinaus, nicht bloß von der falschen Ideologie des Marxismus-Leninismus Abschied zu nehmen, sondern es endete in einer völligen Abkehr vom marxistischen Denken.

Wir, so glaube ich sagen zu können, kamen zu neuen Einsichten mittels materialistischer und dialektischer Analyse der neuen gesellschaftlichen Tatsachen. Unsere Revision der marxistisch-leninistischen Auffassungen über Frieden, Krieg und Streitkräfte folgte mehr der Hegelschen Negation: Verwerfen der alten, von einer falschen Ideologie entstellten Auffassungen, Aufbewahren dessen, was in ihnen bewahrenswert ist, und Heben auf eine höhere Stufe, so

dass es dem veränderten Wesen der Welt im atomaren Zeitalter gerecht wird. Für uns bedeutete das neue Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte eigentlich eine Wiedergewinnung marxistischen Denkens.

Natürlich waren auch unsere damaligen Ideen zeitgebunden. Sie waren geprägt von dem militarisierten Systemkonflikt und von unserer ideologischen Bindung an das Gesellschaftssystem, das wir für ein sozialistisches hielten.

Frage ich nun nach der Gültigkeit dieser Ideen für heute, dann muss ich, wenn ich mich der gleichen Denkweise bediene, zunächst feststellen, wie sich die relevanten Tatsachen heute gegenüber damals verändert haben. Dazu einige Überlegungen.

Die Zweite Welt, der Widerpart der Ersten Welt, ist untergegangen und hat uns bei ihrem Untergang erkennen lassen, dass sie weit davon entfernt war, eine sozialistische, also eine progressiv über den Kapitalismus hinausweisende Gesellschaftsform zu sein. Übrig geblieben sind die Erste Welt, die moderne kapitalistische, die nun global dominiert, und ebenfalls die Dritte Welt, die der Dominanz der Ersten unterworfen ist. Aufgehört hat damit auch die Bipolarität der internationalen Sicherheitsstruktur. An ihre Stelle ist der noch nicht entschiedene Kampf um Unipolarität oder Oligopolarität internationaler Sicherheit getreten.

Das sind schon gravierend andere gesellschaftliche Bedingungen für die Friedensfrage. Wären nun wirklich, wie einst behauptet, das *kommunistische System* oder der Systemkonflikt die Ursache für Krieg und Rüstung gewesen, für die Notwendigkeit, die Sicherheit mit kampfstarken Streitkräften zu gewährleisten, dann müsste jetzt eitel Friede sein und die Abrüstung könnte durchgreifend vonstatten gehen. Statt dessen erleben wir eine Serie von Kriegen und – noch schlimmer – die offizielle Restitution des Krieges als Mittel der Politik.

Damit stellt sich natürlich die Frage: Haben wir also geirrt mit unserer Annahme, der Krieg werde sinnlos, weil die übersteigerte Waffenwirkung ihn untauglich macht, politische Ziele durchzusetzen? Diese These war, ich betone das, die grundlegende Prämisse unseres Ideengebäudes. Früher galt für uns die Prämisse, dass der Frieden nur bewahrt werden kann, wenn die sozialistische Welt, in der keine Kriegsursachen wirken, jene Gesellschaft, aus der Kriege entspringen, mit militärischer Macht zum Frieden zwingen kann, besser noch, mit militärischer Überlegenheit.

Nach der Prämisse des neuen Denkens waren beide Gesellschaften, ganz unabhängig davon, ob sie per se Frieden oder Krieg erzeugen, dazu gezwungen, auf Krieg schon deshalb zu verzichten, weil sie ihn nicht überleben können. Nun war diese Prämisse allerdings gebunden an den alles vernichtenden Krieg, der damals sehr real das Überleben der Menschheit bedrohte und um

den sich das gesamte militärische Denken und Handeln drehte. Wir wiesen ja gerade nach, dass es sich dabei nicht mehr um Krieg im eigentlichen Sinne handelt, also um den von Clausewitz definierten Krieg, sondern um eine neue Wesenheit, die den Krieg transzendiert. Dieser Unkrieg, wie ich ihn auch nannte, erscheint der Form nach weiter als Krieg, als *erweiterter Zweikampf*, ist aber seinem Inhalt nach nicht mehr Krieg, nicht mehr politisches Instrument, um den Gegner wehrlos zu machen und dazu zu zwingen, den politischen Willen des Überlegenen zu erfüllen. Dieser Akt absoluter Gewalt kann deswegen auch nicht mehr eine Form der Politik sein, von der man wieder in die andere Form, den Frieden, zurückkehren kann.

War das nun falsch oder ist das überholt, weil heutzutage das politische Denken offensichtlich die These vom Ende des Krieges als Fortsetzung der Politik wieder vergessen hat und munter Kriege geführt werden, für die zutrifft, dass sie Fortsetzung der Politik sind? Ich antworte darauf: Wenn die Übersteigerung des Krieges zur Allesvernichtung unter den neuen gesellschaftlichen und geostrategischen Bedingungen als reale Möglichkeit verschwunden wäre, dann wäre es nur für die spezifische Situation des Kalten Krieges richtig gewesen und heute wirklich überholt. Doch entgegen dem Anschein bleibt dieser entartete, dysfunktionale *Krieg* weiterhin eine reale Bedrohung des menschlichen Lebens.

Noch immer spielen die Atomwaffen in den Militärstrukturen und strategischen Planungen die Rolle der stärksten einsetzbaren Gewaltmittel. Zumindest die USA und Russland erhalten, obwohl der Systemgegensatz entfallen ist, weiterhin die Fähigkeit zur garantierten gegenseitigen Vernichtung aufrecht. Geopolitische Rivalität ist dafür der hinreichende Grund. Sogar der Ersteinsatz von Atomwaffen gilt in der Militärdoktrin von USA und NATO weiter, und Russland ist dahin zurückgekehrt. Die riesigen Aufwendungen für die strategischen Kernwaffenkräfte in den USA, in Russland und in anderen Atommächten lassen sich wohl kaum aus den momentan geführten Expeditionskriegen gegen unbotmäßige Schwache erklären. Sie haben nur in der globalstrategischen Machtkonkurrenz einen Sinn.

Das heißt, nicht der Konflikt der beiden Eigentumssysteme und Ideologien war der Grund für den Wandel des Krieges als Form der Politik zu einem Gewaltexzess, der der Politik selbst ein Ende setzt. Die Gründe waren die alles vernichtenden Waffen und die Empfindlichkeit der hochtechnologischen Gesellschaften gegen massive Waffenwirkung. Und diese bestehen nicht nur weiter, sondern verstärken sich immer mehr. Man darf also nicht das Allgemeine, das Wesen von Krieg und Frieden im Atomzeitalter, verwechseln mit der historisch besonderen Erscheinungsform, in der es zutage getreten ist. Deswegen erscheint unter den heutigen Bedingungen das Allgemeine, das

Wesen, erneut in historisch besonderer Form. Ich formuliere es so: Im Konflikt zwischen Atommächten, die sich gegenseitig existenziell vernichten können, ist Krieg sinnlos, nicht Fortsetzung, sondern das Ende der Politik. Das wird vor lauter Kriegen geringer Intensität, die vor unseren Augen ablaufen, völlig übersehen. Es ist wie es schon immer war, man ist fixiert auf das gegenwärtige Kriegsgeschehen und sieht nicht, welches künftige sich vorbereitet.

Gegenüber dem Kalten Krieg hat sich aber tatsächlich geändert, dass die starken Militärmächte, früher im militärischen Patt gefesselt, jetzt wieder mehr Freiheit gewonnen haben, klassische Kriege zu führen. Der damals zur Nebensache gewordene Krieg als Fortsetzung der Politik ist wieder auf der Agenda, allerdings nur an der Peripherie. Die Politik, die in solchen Kriegen fortgesetzt wird, ist die Errichtung einer Weltordnung nach dem Maß der starken kapitalistischen Mächte.

Insofern waren unsere Erwartungen verfrüht, dass die Übersteigerung der Waffengewalt zur Allesvernichtung den Sachzwang schafft, mit der alten Logik militärischer Sicherheit zu brechen und eine neue Logik in Kraft zu setzen, in der auch der klassische Krieg seinen Platz verliert. Diese Erwartung hatte aber seinerzeit gute Gründe, nur sind eben genau diese inzwischen entfallen.

Als ersten dieser Gründe nenne ich das militärstrategische Gleichgewicht. Das so genannte *Gleichgewicht des Schreckens* hatte das Paradoxon erzeugt, dass die feindlichen Mächte noch nie über eine so gewaltige militärische Macht verfügten und zugleich so wenig wie nie damit anfangen konnten. Aron nannte das in Anspielung auf Hegel eine List der Vernunft.³ Sie lähmte die Kräfte des Krieges. Heute ist diese List der Vernunft einer Unvernunft der militärischen Übermacht gewichen. Das revidiert in einem weiten Bereich, eben im Konflikt zwischen Übermacht und Ohnmacht, die Bedingung für den Verzicht auf den Krieg als Mittel der Politik.

Ein zweiter Grund für die reale Möglichkeit, eine neue Logik der Sicherheit in Kraft zu setzen, war seinerzeit die Formierung einer Gegenmacht, die aus dem Dilemma des selbstzerstörerischen Kalten Krieges einen konstruktiven Ausweg fand. Diese Gegenmacht zum Denken und Handeln in den Kategorien des Krieges war das Erstarken einer vielschichtigen gesellschaftlichen Strömung, die das gescheiterte System militärischer Konfrontation durch ein neues System internationaler Sicherheit ersetzen wollte. Diese Strömung setzte sich einmal aus weitsichtigen Fraktionen der herrschenden Eliten in beiden Machtblöcken zusammen. Sie verstanden das Scheitern des bisherigen und

³ Siehe R. Aron, Vorwort zu P. Gallois, *Strategie de l'age nucleaire*, Paris 1960, S. 111.

die Notwendigkeit eines neuen Sicherheitssystems. Zum anderen wurden sie gestützt und getrieben von einem Aufstand des Gewissens in der öffentlichen Meinung in den am meisten betroffenen Staaten und von einer organisierten Friedensbewegung in bis dahin nicht gekannten Dimensionen.

Bringen wir es philosophisch auf den Begriff, so stellte sich das Problem: Welche Art von Frieden musste überwunden und welche andere Art von Frieden musste geschaffen werden? Der Frieden, den wir im Kalten Krieg hatten, stützte sich wesentlich auf militärische Macht, aber auf eine solche militärische Macht, deren Anwendung den atomaren Untergang bedeutet hätte. Der atomare Frieden als Form der Politik ist ein Widerspruch in sich. Frieden wird aufrecht erhalten mit dem absoluten Gegenteil von Friedlichkeit, mit der Fähigkeit und Bereitschaft zur vollständigen gegenseitigen Zerstörung. In diesem Widerspruch wird früher oder später die Einheit der Gegensätze gesprengt.

Der atomare Abschreckungsfrieden, dieses auf die Spitze getriebene System der Feindschaft, musste folglich ersetzt werden durch einen Frieden anderer Art, einen Verständigungsfrieden. Dafür bot sich eine besondere Form des Friedens an, die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. Das aber nur unter der Voraussetzung, dass sie von ihrem klassenkämpferisch instrumentalen Impetus befreit wird. Die marxistisch-leninistische Staatsideologie definierte friedliche Koexistenz als Form des Klassenkampfes.⁴ Danach sollte sie im Kampf der beiden Gesellschaftssysteme die Überwindung des gegnerischen Systems in friedlichen Formen ermöglichen. Für den Partner eines Verständigungsfriedens konnte das natürlich nicht annehmbar sein.

Deshalb arbeiteten wir die ursprüngliche Idee theoretisch aus, dass friedliche Koexistenz ein Übereinkommen zwischen beiden Eigentumssystemen als gleichberechtigte Partner sein muss. Diesen Gedanken enthielt ein von Lenin verfasster Entschließungsentwurf⁵, dem offenbar die Zustimmung versagt geblieben war. Wir begriffen, dass das Wesen des notwendigen und möglichen Friedens nur ein Übereinkommen beider Eigentumssysteme als gleichberechtigte Partner sein kann. Nur ein solcher Frieden konnte die einzig lebensbewahrende Form des Nebeneinander und der Interessenkämpfe verschiedener Gesellschaftsordnungen im atomaren Zeitalter bieten.

Genau darin trafen wir uns mit der Idee der Palme-Kommission, mit der Idee der gemeinsamen Sicherheit. Das Denken in den Kategorien des Atomzeital-

⁴ Siehe Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Berlin 1960, S. 37.

⁵ Siehe W. I. Lenin, Entwurf einer Entschließung des Gesamtrussischen Zentralkomitees zum Bericht der Delegation auf der Genuakonferenz, in: Werke, Bd. 33, S. 342 f.

ters hatte die Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit des Überlebens erzeugt. Vor allem Egon Bahr brachte diese Idee auf den Punkt. Er bezeichnete es als das oberste Gesetz des nuklearen Zeitalters, dass ein großer Sprung von der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit notwendig ist, denn die Gegner können nur gemeinsam überleben.⁶

Der neuartige Frieden, so unsere theoretischen Ableitungen, erforderte also die Anerkennung übergeordneter Gattungsinteressen gegenüber den Klassen- oder sonstigen Gruppeninteressen, Dialog und Vertrauensbildung statt Feindschaft, Gewaltverzicht und die Absage an Krieg als Mittel der Politik. Militärisch erforderte die Installation eines solchen Friedens vor allem, den Streitkräfteauftrag allein auf Kriegsverhütung zu begrenzen, deutlich die Offensivpotenziale bis hin zur so genannten Nichtangriffsfähigkeit abzubauen und die Strategie von der offensiven auf die defensive Verteidigung umzustellen. Also auch die Soldaten mussten umdenken und lernen, als Fachleute für den bewaffneten Kampf nicht mehr in den Kategorien des Krieges, sondern in den Kategorien des Friedens zu denken.

Die Ideen für einen Frieden, der das Überleben garantiert, waren also da. Eine breite Öffentlichkeit hatte sie aufgenommen, und es gab erste Ansätze in der Politik, sie praktisch zu verwirklichen. Plötzlich aber kam einer der Partner des konzipierten Systems gemeinsamer Sicherheit abhanden, und der eingeschlagene Weg zu einem Frieden neuer Art wurde verlassen. Statt eines Verständigungsfriedens gab es einen Siegfrieden mit all den Implikationen, die, wie man aus der Geschichte weiß, ihm eigen sind.

Wenn wir uns fragen, ob das, was schon einmal auf dem Weg war, jetzt unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen überholt und für die Zukunft verloren ist, gilt es zwischen Historischem und Logischem zu unterscheiden. Es ist nicht mehr wie zur Zeit des Systemkonflikts, aber auch nicht gänzlich anders. Man muss die Dinge sowohl in ihrer Diskontinuität als auch in ihrer Kontinuität bewerten. Leben wir nicht heute wie damals in einem fragilen Frieden? Es ist ein Frieden, den die militärische Konfrontation ebenso gefährdet wie sie ihn aufrechterhält. Sind wir erlöst aus der Geiselhaft des atomaren Abschreckungsfriedens, der, wenn nicht morgen, dann übermorgen brechen kann? Angeblich zielen die strategischen Atomwaffen nicht mehr auf einen Gegner. Weshalb hält man sie dann in Bereitschaft, verweigert ihre Abschaffung und stellt neue in Dienst?

Aber es hat sich auch Wesentliches geändert. Die hauptsächlichen Konflikte, für die militärische Mittel eingesetzt werden, erwachsen nunmehr aus einer veränderten gesellschaftlichen Basis und aus einer veränderten geopolitischen

⁶ Siehe E. Bahr, Was wird aus den Deutschen?, a.a.O., S. 26.

Konfiguration. Der Hauptkonflikt wird nicht mehr ausgetragen in der Polarität zweier Eigentumssysteme, sondern auf der Basis *eines* Eigentumssystems. Jetzt wirkt die Tendenz des Kapitals zur Totalität und globalen Ausdehnung seiner Herrschaft ungezügelt und erzeugt wesentlich zwei globale Konflikte.

Einer dieser globalen Konflikte springt sofort ins Auge. Es ist der zwischen kapitalistischen Metropolen und Peripherie. Beide stehen im Gegensatz zueinander und bedingen sich zugleich. Der Reichtum im Zentrum hat die Armut an der Peripherie zur Voraussetzung, und er ist abhängig von den Ressourcen und vom Fluss der Profitquellen an der Peripherie. Dafür gebrauchen die Metropolen ihre überlegene militärische Macht. Ausreichend ist hier die Drohung oder Anwendung einer High-Tech-Kampfführung mit herkömmlichen Mitteln.

Der andere globale Konflikt ergibt sich aus der Konkurrenz der Mächte untereinander um ihre Teilhabe an den geopolitischen Bedingungen der Kapitalverwertung. So zielen die Vereinigten Staaten mit ihrer Strategie der Vorherrschaft und überlegenen Militärmacht vor allem darauf, jene Mächte aus der Konkurrenz zu verdrängen, die bei der Ausbeutung der Weltressourcen objektiv in Rivalität zu ihnen stehen.⁷ In dieser globalen Konkurrenz der großen Mächte spielen die militärischen Fähigkeiten eine wesentliche Rolle, und hier bemessen sie sich letztlich nach der atomaren Schlagkraft.

Wir sehen, die heutige Konfliktsituation unterscheidet sich zwar historisch konkret von der des Kalten Krieges, nicht aber in ihrem Wesen, in ihrer Logik. Die Konflikte sind Ausdruck der gravierenden Interessengegensätze gesellschaftlicher Subjekte. Werden diese Konflikte so behandelt wie im Kalten Krieg, setzen also die dominanten Staaten, in denen sich heute die Kapitalmacht konzentriert, mit militärischer Übermacht und Gewalt ihre Hegemonialpolitik fort, dann wird die Welt wie im Kalten Krieg weiter im Zustand der Konfrontation und Feindschaft, der Abschreckung und des Wettrüstens, der Kriege und eines Gewaltfriedens leben, der mit dem atomaren Untergang schwanger geht.

Es gibt meiner Ansicht nach prinzipiell nur zwei Möglichkeiten. Entweder man geht den Weg, die eigene Sicherheit gegen die Sicherheit der anderen mit überlegener militärischer Macht sichern zu wollen. Dieser Weg führt aber unweigerlich dahin, wo wir schon einmal waren, ins ausweglose Sicherheitsdilemma oder dahin, was damals gerade noch verhindert werden konnte, in die absolute Katastrophe. Die alternative Möglichkeit, die ich sehe, ist die rechtzeitige Umkehr zu einem neuen System internationaler Sicherheit, und das

⁷ Siehe Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a.M. 1999.

kann nur darauf bauen, Sicherheit nicht gegeneinander, sondern gegenseitig und gemeinsam zu organisieren. Ich halte es für falsch zu glauben, die Idee der gemeinsamen Sicherheit sei bloß eine spezifische Lösung für den Konflikt der beiden Weltsysteme gewesen und auf die diversen Konfliktlagen in der heutigen Welt nicht anwendbar.

Gemeinsame Sicherheit ist der notwendige und mögliche Frieden in einer Welt konkurrierender Mächte, die zugleich in einer existentiellen Abhängigkeit stehen und auf Kooperation angewiesen sind. Sie setzt nichts anderes voraus, als dass sich Staaten in ihrer verschiedenen inneren Verfassung und ihren unterschiedlichen Wertvorstellungen respektieren und den politischen Willen aufbringen, ihre Divergenzen und Konflikte ohne Krieg und Gewaltbarkeit auszutragen. Das ist ja etwas, wozu sie sich in der Charta der Vereinten Nationen ohnehin verpflichtet haben. Warum also geht heute nicht, was damals ein realistisches Konzept war und sich politisch durchzusetzen begann? Ich denke vor allem deshalb, weil die damals ausschlaggebenden Wirkungsbedingungen nicht mehr gegeben sind. Doch das muss nicht so bleiben. Solche Wirkungsbedingungen können wieder entstehen, natürlich in historisch neuer Gestalt.

Wie schon dargestellt, ist das erstens die Lähmung der Kriegskräfte durch das Versagen der militärischen Macht. Hierzu gehört vor allem, dass es nicht gelingt, das System garantierter gegenseitiger Vernichtung in ein unipolares System einseitiger Vernichtung zu verwandeln, wie die Vereinigten Staaten es anstreben.⁸ Allem Anschein nach haben einige Mächte die Kraft, das zu verhindern, möglicherweise in strategischer Partnerschaft.⁹

Sicherlich, und das ist die zweite notwendige Bedingung, wird auch eine kraftvolle Gegenmacht wiedererstehen. Es ist wohl kaum damit zu rechnen, dass die Weltakteure, die militärisch einer Vorherrschaft unterworfen werden sollen, sich in die ihnen zuge dachte Rolle der Unterwerfung und Hörigkeit fügen werden. Widerstand auf staatlicher Ebene und Widerstand in den Gesellschaften kann sich zu einer starken Kraft formieren.

Es ist noch nicht entschieden, ob die gegenwärtige Weltordnungspolitik mit Militärmacht und Krieg nicht auch für diejenigen, die sie betreiben, unan-

⁸ Siehe H. Hagen, Kriege im 21. Jahrhundert – an der Schwelle zum „Space War“?, in: E. Woit/W. Scheler (Hrsg.), Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges, Berlin 2004, S. 155 ff. sowie H.-W. Deim, Kriegstheoriekrise, verstärkte Kriegspraxis und Blitzkriegsstrategie der USA für das 21. Jahrhundert, in: Ebenda, S. 117 ff.

⁹ Siehe J. Klopfer, R. Lehmann, Der Charakter von Kriegen und bewaffneten Konflikten der nächsten Jahrzehnte aus russischer Sicht, in: Ebenda, S. 183 ff.

nehmbare Risiken heraufbeschwört. In der Praxis wird sich erweisen, ob nicht diese aggressive Variante globaler Kapitalherrschaft den Interessen der internationalen Geld- und Machtelite mehr Schaden als Nutzen bringt. Alles spricht dafür, dass die in Gang gesetzte Gewaltspirale perspektivlos ist und, genau wie im Kalten Krieg, in die Sackgasse führt. Infolge dessen sehe ich es als wahrscheinlich an, dass die negativen Folgen irgendwann einen Strategiewechsel erzwingen.

In den Führungs- und Funktionseliten der verschiedenen Nationen gibt es auch heute weitsichtige und rational denkende Fraktionen. Sie wird es auch künftig geben. Gegenwärtig haben die *Falken* das Heft in der Hand, doch das muss nicht so bleiben. Wenn die mit Waffen und Soldaten betriebene Außenpolitik desaströs endet und der Widerstand sich verstärkt, können auch die *Tauben* wieder in Vorhand geraten. Ich sehe einen solchen Wechsel in den Führungsetagen der entscheidenden kapitalistischen Staaten, die Umorientierung in ihren systemtragenden Gesellschaftsschichten als Voraussetzung für den Umstieg in einen Frieden nach dem Prinzip der globalen gemeinsamen Sicherheit an. Ohne diesen Wechsel kann er nicht zustande kommen.

Der Wechsel aber wird nicht ohne Druck von außen zustande kommen und – noch wichtiger – nicht ohne Druck von unten. Dieser Druck kann auch nicht entstehen, ohne dass tief greifende Änderungen in den politischen und ökonomischen Verhältnissen, aber auch in der Kultur und im Bewusstsein unserer Gesellschaften vonstatten gehen. Für meine Begriffe steht in unseren Gesellschaften obenan, der Gewöhnung an Krieg zu widerstehen und sich nicht von den gegenwärtig fern von uns geführten Kriegen einlullen zu lassen und die heraufziehende Gefahr von Kriegen, die uns selber treffen, oder gar eines alles vernichtenden Krieges zu verkennen.

Eine Gegenöffentlichkeit muss sich formieren, und dafür halte ich die inhärente Kritik für besonders wichtig. Ich meine damit, dass Gewaltpolitik und Krieg fundamental den proklamierten Werten der demokratischen Gesellschaft widersprechen. Politik mit militärischer Gewalt ist das Gegenteil von Freiheit und Demokratie, von Menschenrecht und Rechtsstaatlichkeit. Krieg bedeutet Zerstörung des Lebens, des Eigentums, der Rechte und Würde des Menschen. Man muss diesen kontradiktorischen Widerspruch zwischen proklamierten Werten und praktischer Politik enthüllen. Das halte ich für eine Voraussetzung dafür, dass sich Widerstand dort entfalten kann, von wo militärische Gewaltpolitik vor allem ausgeht, in den Demokratien des Westens.

Ohne Bewusstseinswandel wird es nicht möglich sein, dem Konzept der globalen gemeinsamen Sicherheit zum Durchbruch zu verhelfen – also wieder ist ein neues Denken erforderlich. Globale gemeinsame Sicherheit zu verwirklichen würde bewirken, dass militärische Macht sukzessive ihren Gebrauchs-

wert verliert und die Politik die militärische Denkweise und kriegerischen Gewaltinstrumente mehr und mehr ablegen kann. Gemeinsame Sicherheit global zu organisieren würde bedeuten, eine alte philosophische Idee neu aufzunehmen und endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Es ist die Idee einer Weltordnung, in der auch der kleinste Staat seine Sicherheit und Rechte nicht von eigener Macht oder eigener rechtlicher Beurteilung, sondern von einer vereinigten Macht und nach den Gesetzen des vereinigten Willens erwarten könnte.¹⁰ Kant hat diese Idee begründet und er war der Meinung, dass erst mit ihrer Verwirklichung die Menschen aus dem gesetzlosen Zustand der Wilden heraustreten.

Ideen sind langlebig, und sie können zu einer realen Macht werden, wenn ihre Zeit gekommen ist.

Autor: Prof. Dr. sc. Wolfgang Scheler,
Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

¹⁰Siehe I. Kant, Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Werke, Bd. IV, Berlin 1922, S. 159.

Hermann Hagen

Reflexionen des neuen Denkens in der Bundeswehr

Mein Beitrag erhebt keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit. Die Zeit erlaubte mir nicht, die vor allem im angelsächsischen Raum unübersehbare Literatur zu diesem Thema gründlich auszuwerten. Im wesentlichen habe ich mich beschränkt

- auf die Durchsicht der Zeitschrift Wehrkunde – heute Europäische Sicherheit –, Jahrgänge 1987 bis 1992,
- auf Vorträge, die ich in meiner letzten Verwendung als Stellvertretender Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr gehalten habe,
- auf Gespräche mit dem Ende der 80er Jahre zuständigen Referatsleiter Abrüstung und Rüstungskontrolle im BMVg.

Wenn man so will, spreche ich also zum Teil über meine eigene Rezeption des neuen Denkens, die natürlich beeinflusst wurde durch das, was andere damals gedacht und geschrieben hatten. Vor allem war mir sehr wertvoll, dass ich das Thema ausführlich mit Brigadegeneral a.D. Onno Oldigs erörtern konnte, der praktisch am Tage, an dem Gorbatschow Generalsekretär wurde, das Amt des für Abrüstung und Rüstungskontrolle zuständigen Referatsleiters im BMVg übernahm und entscheidenden Einfluss auf die westliche Verhandlungsposition in Wien hatte.¹

Als Stellvertreter hatte ich keinen eigenen Verantwortungsbereich, außer der Abwesenheitsvertretung des Kommandeurs, dafür aber viel Muse zum Lesen und Nachdenken. Diese Zeit fiel – für mich ein glücklicher Umstand – mit dem ernsthaften Beginn des neuen Denkens in der Sicherheitspolitik zusammen. Der lässt sich auf die Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts datieren, also auf den Beginn der Gorbatschow-Ära in der Sowjetunion, und das Ende auf 1991.

Wir betrachten also einen Zeitraum von sechs Jahren, in denen sich sehr viel bewegt hat – vor allem in der Sowjetunion, aber nicht nur dort.

¹ Der Gedanke, Parität bei den so genannten Hauptwaffensystemen statt der bei den MBFR-Verhandlungen lange verfolgten ausgewogenen Personalreduzierungen zum Verhandlungsziel zu machen, wurde zuerst im deutschen BMVg. entwickelt und schließlich von den USA übernommen.

Gegen Ende dieser Periode – etwa nach 1987 – setzte ein wirklicher Dialog ein, sowohl zwischen den Blöcken, also NATO und Warschauer Vertragsorganisation (WVO), ihren jeweiligen Führungsmächten als auch zwischen Bundesrepublik und DDR. Zu erwähnen sind die Gespräche in Wien über die beiderseitigen Militärdoktrinen bzw. -konzeptionen im Januar 1990. Ich selber erlebte 1988 und 1989 Begegnungen mit Offizieren der sowjetischen Streitkräfte im Haus Rissen in Hamburg und mit der NVA bei der Naumann-Stiftung in Gummersbach und im Bahr-Institut in Blankenese im März 1989.

Lassen Sie mich zunächst rekapitulieren, worin aus westlicher Sicht die wesentlichen Elemente des neuen sicherheitspolitischen Denkens Gorbatschows bestanden:

- Im nuklearen Krieg wird es keine Gewinner geben und es besteht die große Gefahr, dass auch ein zunächst nur konventioneller Krieg in einen nuklearen übergehen kann. Die NATO nannte das *Eskalationsdominanz*.
- Die militärischen Mittel werden in vielen Fällen zur Lösung innerstaatlicher Konflikte nicht (mehr) taugen (Vietnam, Afghanistan).
- Die Abrüstung, nicht nur nuklearer, sondern auch und gerade konventioneller Streitkräfte, ist das Gebot der Stunde.
- *Verlässlichen Verteidigung* mit der Möglichkeit *vernichtender Schläge* gegen den Aggressor auf dessen Gebiet (die von der NATO als aggressiv und bedrohlich empfunden wurde) muss durch das Konzept der *vernünftige Hinlänglichkeit* und der Beschränkung auf reine Verteidigung ersetzt werden.
- Das *Gleichgewicht der Kräfte* ist durch einen Ausgleich von Interessen zu ersetzen.
- Der Abbau von Spannungen und Misstrauen muss durch vertrauensbildende Maßnahmen vorangetrieben werden.

Es liegt auf der Hand, dass wir uns mit den schwierigen Fragen, wie sich das neue Denken etwa auf die Verteidigung der *sozialistischen Errungenschaften* oder die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg auswirkt, kaum auseinandergesetzt haben.²

Vor diesem Kreise brauche ich nicht auszuführen, dass es gegen dieses neue Denken auch unter Militärs der WVO Vorbehalte gab. Sie betrafen vor allem die konventionelle Abrüstung und den Verzicht auf die Option des – auch

² Siehe dazu den vorbereiteten Beitrag von W. Scheler, *Nowoje myshlenija i Marksistkaja koncepzija mira, woini i armija*, in: *Nowoje myshlenija i woennaja politika*, Materialband der internationalen wissenschaftlichen Konferenz der Philosophischen Gesellschaft der UdSSR, Moskau 1989, S. 31-36. Der tatsächlich vor dem Plenum der Konferenz gehaltene Diskussionsbeitrag wurde unverständlicherweise nicht in die Veröffentlichung der Konferenzergebnisse aufgenommen.

präemptiv – geführten Gegenangriffs mit strategischer Zielsetzung. Aber Gorbatschow war 1987 noch in einer Position, in der er seine Verteidigungskonzeption gegen die Militärs durchsetzen konnte.

Wie wurden diese Gedanken im Westen aufgenommen? Zunächst nahm man die Verlautbarungen über das neue Denken nicht ernst bzw. hielt alles sogar für einen faulen Trick.³ Man sah zwar die offensichtlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Ostens, die es wünschenswert erscheinen ließen, die Ausgaben für die Rüstung zu reduzieren. Aber man war fest überzeugt, dass die konventionellen Abrüstungspläne des Ostens den Westen relativ schwächen und zugleich Mittel für die Modernisierung der sowjetischen Streitkräfte und ihrer Bündnispartner freimachen sollten. Die Gefahr einer konventionellen Abrüstung, insbesondere für die BRD, wurde darin gesehen, dass die NATO das *operative Minimum* (mindestens 36 Divisionen!) zur grenznahen Verteidigung verlieren würde, während die WVO sich mit modernen, beweglicheren Verbänden weiterhin die Option des Präventivangriffes, von der NATO als *Invasionsfähigkeit* bezeichnet, erhalten würde.

Die nukleare Abrüstung schließlich gefährdete aus Sicht des Westens das so genannte continuum der Abschreckung. Diese sollte angeblich nur dann verlässlich funktionieren, wenn auf jeder nuklearen Ebene (von den taktischen Gefechtsfeldwaffen bis zur Wasserstoffbombe) die Möglichkeit zur Steigerung des Einsatzes bestünde, wenn also auf jeden atomaren Klotz ein noch größerer Keil gesetzt werden könnte. Die Abrüstung einzelner Kategorien von Nuklearwaffen wie etwa der Mittelstreckenraketen oder der Gefechtsfeldwaffen bei Beibehaltung der Raketen kürzerer Reichweite wie *Frog* oder *Scud* wurde mit größter Skepsis verfolgt, weil man darin eine *Singularisierung* der nuklearen Bedrohung der Bundesrepublik sah (*Je kürzer die Raketen, desto toter die Deutschen*), die auf eine Schaffung von Zonen ungleicher Sicherheit hinauslaufen würde.

Diese Einschätzung änderte sich bald. Dazu trug die Erkenntnis bei, dass sich die Sowjetunion ab 1987 peinlich genau an die Bestimmungen des Abkommens über Sicherheits- und Vertrauensbildung hielt. Auf der Arbeitsebene der *Abrüster* des Verteidigungsministeriums und des Außenministeriums nahm man die Vorschläge im Rahmen des neuen Denkens durchaus ernst und sah darin eine große Chance, das als bedrohlich empfundene konventionelle Ungleichgewicht abzubauen.

³ Typisch etwa eine Veröffentlichung von W. Wettig, Sowjetunion ohne Feindbild?, in: Europäische Wehrkunde, Heft 02/1988, S. 85 ff. Wettig zitiert die Erklärung der Parteiführer der Warschauer-Pakt-Staaten vom 29.05.1987 (Kein Feindbild) und stellt ihr ein Zitat aus der Sowjetischen Militärenzyklopädie gegenüber: "Erst mit dem Sieg des Sozialismus auf der ganzen Welt werden die Ursachen für das Entstehen von Kriegen ... beseitigt werden."

Auf der Führungsebene verlief der Prozess jedoch sehr viel langsamer. Selbst der bemerkenswerte UN-Vorstoß Gorbatschows im Dezember 1988, der eine einseitige Reduzierung von 500.000 Soldaten und 10.000 Kampfpanzern ankündigte, wurde zunächst skeptisch aufgenommen. Noch drei Monate später, auf der letzten Kommandeurtagung der Bundeswehr, die ich als Aktiver mitmachte, erklärte der damalige Generalinspekteur Admiral Wellershoff: selbst wenn Gorbatschow diese Ankündigung tatsächlich wahr machen sollte, würde das an der weiter bestehenden großen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes leider nichts ändern.

Da ich in der Diskussion keine Gelegenheit erhielt, meinen Widerspruch einzulegen, schrieb ich dem Generalinspekteur anschließend einen Brief und wollte wissen, warum die Luftwaffe Pläne hätte und entsprechende Munitionsmengen bevorratete, um 2.000 Panzer zu vernichten, wenn 10.000 Panzer mehr oder weniger überhaupt keinen Unterschied in den Kräfteverhältnissen bzw. der überwältigenden Überlegenheit des WP machte. Nach mehreren Monaten - inzwischen war ich schon im Ruhestand - erhielt ich zwar keine Antwort auf meine Frage, aber immerhin das Angebot, meine Gedanken zur sowjetischen Strategie und zum Kräftevergleich in der Europäischen Wehrkunde zu veröffentlichen.

Mein Beitrag erschien im August 1989.⁴ Er nahm Gedanken und Ergebnisse einer fünf Monate vorher an der Führungsakademie veröffentlichten Studie *Konventionelle Streitkräftevergleiche in Europa*⁵ auf. In dieser Studie hatte ich mich kritisch mit der in offiziellen Stellungnahmen vorherrschenden Bedrohungsanalyse auseinandergesetzt, die von der haushohen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes ausging. In diesem Zusammenhang hatte ich die überwiegend verwendete Methodik, den sogenannten bean count, von Streitkräftevergleichen analysiert und auf die fatalen Folgen einer fehlerhaften Einschätzung des Kräfteverhältnisses auf die eigene Rüstung, aber auch auf Sicherheitspolitik und Strategie hingewiesen. In jedem Falle, so meine Schlussfolgerung, erzwingen ein künftig gewandeltes Kräfteverhältnis - einen Erfolg der Wiener Verhandlungen vorausgesetzt - ein Nachdenken über die strategischen Implikationen von Parität.

⁴ Siehe H. Hagena, Das Dogma der Invasionsfähigkeit des Warschauer Paktes, in: Europäische Wehrkunde, Heft 08/1989, S. 483.

⁵ Siehe derselbe, Konventionelle Streitkräftevergleiche in Europa, Führungsakademie der Bundeswehr, Fachgruppe Sozialwissenschaften, Beiträge zu Lehre und Forschung, Hamburg 03/1989.

In einem früheren Vortrag vor dem portugiesischen *Instituto da Defesa Nacional* hatte ich meine Forderungen an einen aussagekräftigen Streitkräftevergleich wie folgt zusammengefasst:⁶

- Dynamische Modelle sind besser als statische Vergleiche.
- Qualitative Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen.
- Alle Bedrohungsanalysen sind relativ.
- Trends sind wichtig.
- Bedrohungsanalysen müssen konsistent sein.
- Abschreckung findet im Kopf des Gegners statt.
- Die Gesetze der Wahrscheinlichkeit sind zu beachten, vor allem bei der Beurteilung von Absichten.
- Ein guter Streitkräftevergleich versucht, die Dinge auch aus der Sicht des Gegners zu betrachten.

Vor diesem Kreise brauche ich nicht zu betonen, welche Bedeutung auch nur scheinbar fachmilitärische und methodologische Fragen der Streitkräfte- und Bedrohungsbeurteilung im Rahmen des neuen Denkens hatten. Wer, wie der Westen, Sowjetunion und Warschauer Pakt als riesiges militärisches Monster betrachtete, das auf Beschluss des Kreml ohne Vorwarnung innerhalb weniger Wochen ganz Westeuropa bis zum Atlantik niederringen und besetzen konnte – die berühmt-berüchtigte *Invasionsfähigkeit* –, dem blieb in der Tat nur die Drohung mit der möglichst frühzeitigen Option des nuklearen Ersteinsatzes. Zugleich neigte er dazu, die falsche oder mindestens weit übertriebene Bedrohungsbeurteilung zur Grundlage eines abgrundtiefen Misstrauens gegenüber dem potentiellen Gegner zu machen.

Verhängnisvoller war, dass die Überschätzung der anderen Seite in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu einem unheilvollen Rüstungswettlauf führen musste und auch tatsächlich führte – mit zum Teil grotesken Begründungen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die so genannte Raketenlücke der frühen 60er und die *Bomberlücke* der 80er Jahre. Das war nicht einfach eine Verschwendung nationaler Ressourcen; in vielen Fällen wurde auch die Umwelt empfindlich geschädigt. Im Osten warteten die Menschen auf die ihnen seit Jahrzehnten versprochene *lichte Zukunft*. Aber auch im Westen, besonders in den USA, einem reichen Land, wurden wichtige staatliche Aufgaben nicht angepackt, weil Abermilliarden in die Rüstung gingen. Welche sozialen Verwerfungen, aber auch welche Defizite es in wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge in den USA gibt, einem Staat, der täglich mehr als eine Milliarde

⁶ Siehe derselbe, *Challenges to the Atlantic Alliance and Future Perspectives*, Instituto da Defesa Nacional, Oporto, Lisboa, Februar 1988, unveröffentlichtes Manuskript.

Dollar für Verteidigung ausgibt, wird der Weltöffentlichkeit seit einigen Wochen durch den Hurrikan *Katrina* vor Augen geführt.

Es ist auch nachträglich bemerkenswert, dass diese nichtmilitärischen Aspekte des neuen Denkens anlässlich der erwähnten großen Konferenz über neues Denken im November 1989 in Moskau – auf der unser Jubilar Professor Scheler seinen großen Auftritt hatte – bereits thematisiert wurden.

Nach der Beurteilung der *Abriüster* im deutschen BMVg konnte nach fast zwei Jahrzehnten vergeblicher Bemühungen um ausgewogene Streitkräftereduzierungen die neue KSE-Runde für den Westen nur von Vorteil sein. Sie zielte – anders als bei MBFR mit dem Schwerpunkt auf Personal –, auf gleiche Obergrenzen bei den so genannten Hauptwaffensystemen Kampf- und Schützenpanzern, Artillerie, Hubschraubern und Kampfflugzeugen, die zwischen Atlantik und Ural stationiert waren. Zur großen Überraschung aller Fachleute ging der WP praktisch auf alle Vorschläge des Westens ein.

Die Obergrenzen bei den Waffensystemen wurden so gewählt, dass sie weitgehend den vorhandenen Beständen der NATO entsprachen und nur der WP seinen großen Überhang bei Panzern und den anderen Hauptwaffensystemen abrüsten musste. Die Marine, wo der Westen mit seinen Flugzeugträgerkampfgruppen und seiner großen Zahl von nuklearangetriebenen U-Booten weit überlegen war, wurde nicht einbezogen – mit der eher vordergründigen Begründung, dass eine Zuordnung zum Abrüstungsraum nicht möglich sei. Das gleiche galt für die Fernfliegerkräfte (B-1, B-2 und B-52), bei denen die große Überlegenheit der USA bestehen blieb.

Qualitätsunterschiede bei den Waffensystemen blieben ebenso unberücksichtigt, wie die so genannten force multipliers, die fliegenden Führungssysteme (AWACS) oder der Vorsprung bei der Satellitenaufklärung.

Im Westen rätselte man, warum ein für den Osten militärisch manifest so ungünstiger Vertrag so schnell erfolgreich ausgehandelt werden konnte. Die Antwort scheint mir darin zu liegen, dass die politische Führung der Sowjetunion den wirtschaftlichen Unsinn der bisherigen Rüstungsanstrengungen begriffen hatte und beinahe um jeden Preis einen Vertrag wollte, auf dessen Grundlage man Abrüstung gegenüber den eigenen Militärs durchsetzen konnte.

Wahrscheinlich hatte Gorbatschow sogar zum Zeitpunkt des Wiener Vertrags im November 1990 schon einkalkuliert, dass die Tage der WVO gezählt waren und sich damit eine weitere Verschiebung des numerischen Kräfteverhältnisses zu Gunsten der NATO ergeben würde. Denn nach dem Zerfall der Sowjetunion hatte sich die ursprüngliche numerische Überlegenheit des WP

gegenüber der NATO im Verhältnis 3:1 bei einigen Hauptwaffensystemen in eine Unterlegenheit Russlands gegenüber der NATO im Verhältnis 1:3 exakt umgekehrt. Nach dem Beitritt ehemaliger Sowjetrepubliken zur NATO ist das gesamte Zahlenwerk allenfalls noch von historischem Interesse.

Das alte Denken war in NATO und Bundeswehr jedoch trotz KSE und Wien noch keineswegs überwunden. Fast zehn Jahre lang wurde das Wiederaufleben einer *Gefahr aus dem Osten* und die Notwendigkeit entsprechender Rüstungsanstrengungen mit Begriffen wie *Restrisiko* und *Rekonstitutionsfähigkeit* sorgsam gepflegt. Sogar die nukleare Fähigkeit eines deutschen Jagdgeschwaders – und damit die *nukleare Teilhabe* – blieben erhalten. Milliarden sind für den Aufbau einer Verteidigung gegen Angriffe mit ballistischen Raketen vorgesehen. Erst unter dem Zwang knappster Kassen wich die Hauptaufgabe *Landesverteidigung* dem neuen Schwerpunkt *Fähigkeit zur Teilnahme an Friedensmissionen* - mit und ohne Mandat.

Hat das neue Denken die Auffassungen von Krieg, Frieden und dem Gebrauch von Streitkräften in Ost und West nachhaltig beeinflusst? Wer nach Tschetschenien oder in den Irak blickt, gerät ins Zweifeln. Zu wünschen wäre, dass das unter großen Schwierigkeiten sich vereinende Europa aus seiner leidvollen geschichtlichen Erfahrung die richtigen Lehren zieht. Bei der Verfolgung dieses Zieles dürfen uns, um Clausewitz zu paraphrasieren, keine Anstrengung und kein Opfer zu groß sein.

Autor: Brigadegeneral a.D. Dr. Hermann Hagen,

Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

Hermann Schierz

Neues Denken über Krieg und Frieden an der Offiziershochschule der LSK/LV und in der Öffentlichkeitsarbeit

38 Jahre meines Lebens war ich Lehrer an der Offiziers-, später Offiziershochschule der LSK/LV (OHS) in Kamenz. Als ich im Frühjahr des Jahres 1952 als junger Ehemann und Vater mit anderen Jugendfunktionären künftige Angehörige der Kasernierten Volkspolizei werben sollte, hatte ich mich selbst gemeldet – nach langen, nächtelangen Diskussionen mit Ehefrau und politischen Freunden. Wie wollten wir andere überzeugen, wenn wir nicht selbst bereit waren, den die Lebenspläne verändernden Schritt zu gehen. *Nie mehr wollen wir eine Waffe in die Hand nehmen* – diese Worte hatten sich in uns eingebrannt, als wir nach dem Krieg an den materiellen und ideellen Wiederaufbau gingen. Und nun? Krieg war damals wieder, zwar geographisch weit entfernt, aber unseren Herzen nahe. Wir aber wollten Frieden hier in Europa. Und wir waren überzeugt: Der Friede musste bewaffnet sein. Wie sonst sollte es gelingen, ihn zu erhalten, ihn durchzusetzen im harten Ringen der weltweiten Auseinandersetzung.

Dass ich wenige Wochen später nicht einfacher Soldat – Anwärter hieß das damals wohl – wurde, das war meiner beruflichen Tätigkeit geschuldet. Ich war seit eineinhalb Jahren Dozent im Sozialwissenschaftlichen Bereich der Kamener Volkshochschule. Und so kam es, dass man mich, zum VP-Meister ernannt, als Lehrer im Sozialökonomischen Zyklus der gerade geschaffenen Offiziersschule der KVP-Luft einsetzte. Und dort blieb ich viele Jahrzehnte. Die Bezeichnungen der Lehranstalt änderten sich, Dienstgrade auch, meine Aufgaben wurden mit den Jahren verantwortungsvoller. Übrigens, mein erster Schulkommandeur war Oberst Otto Leopold, ein Leipziger Antifaschist und leidenschaftlicher Antimilitarist. Er gehört zu denen, die mein Denken geprägt haben.

Suche ich den roten Faden in diesen Berufsjahren, dann finde ich ihn ungeachtet aller zeitgeschuldeten Verwerfungen immer wieder gerade in dem, was mich veranlasste, Soldat zu werden: Dem Frieden zu dienen und jungen Menschen bewusst zu machen, dass militärisches Wirken in unserer Gesellschaft letztlich auf Friedenserhaltung gerichtet sein muss. Jeder, der in den 50er und 60er Jahren in der KVP, und dann in der NVA, diente und wirkte, weiß, wie sehr damals die Vorbereitung der Armeeingehörigen auf den bewaffneten

Kampf, auf den Krieg, auf den Sieg im Gefecht und im Krieg unser Denken bestimmte.

In der politischen Ausbildung über den Frieden zu sprechen, gar einen zielbestimmten Zusammenhang von militärischem Wirken und Frieden herzustellen, war manchem suspekt. Es war 1967, als ich in einem Beitrag zur Lenin-Konferenz der Fachrichtung Gesellschaftswissenschaften die Friedensmission sozialistischer Streitkräfte herausarbeitete und als wesentlichsten politischen Auftrag sozialistischer Streitkräfte die Erhaltung des Friedens bestimmte, mit den entsprechenden Konsequenzen für die Erziehung der künftigen Offizierskader. Das löste Diskussionen, ja ernste politische Auseinandersetzungen aus. Frieden ist Sache des Friedensrates der DDR, Sache der NVA aber ist die Vorbereitung auf den Krieg – die Friedenstaube hat in unserer Kaserne nichts zu suchen. So hieß es schließlich nach einer im Zusammenhang mit dem Konferenzbeitrag durchgeführten Kontrolle im von mir geführten Lehrstuhl Philosophie, dass an dieser OHS nur über eines gesprochen wird – und das ist der Krieg. Da das kein Befehl, sondern nur eine Festlegung war, haben wir uns nicht daran gehalten. Festlegungsverweigerung war ja keine Straftat, höchstens ein minderschweres Disziplinarvergehen.

Zwei Jahrzehnte oft komplizierter geistiger Auseinandersetzungen um das Wesen unseres militärischen Wirkens, um den Sinn unseres Soldatseins folgten. Das waren innere Auseinandersetzungen in mancher schlaflosen Nacht, das waren Auseinandersetzungen im Kameradenkreis, im Lehrstuhl, an der Schule und darüber hinaus, die Kraft erforderten und Durchhaltewillen, Konsequenz, zum eigenen Standpunkt zu stehen, und die Fähigkeit, anderen das als richtig Erkannte so zu übermitteln, dass es auch sie überzeugte.

Es waren zwei Menschen, die mein Denken in diesen Jahren grundlegend beeinflusst haben. Zum einen ein polnischer Offizier, Zenon Surowiecki, mit dem ich in den 60er Jahren während zweier Vortragsreisen in der DDR und in Polen nächtelang diskutiert und mich auch heftig auseinandergesetzt habe. Er hat in meinem Weltbild manches gerade gerückt, was etwas wirklichkeitsfern war, er hat mir deutlich gemacht, wie lebensfremd manche unserer Vorstellungen vom Krieg waren. Unsere Freundschaft überdauerte die Jahrzehnte.

Und dann trat Wolfgang Scheler in mein Leben. In meiner Erinnerung bleibt ein erstes Gespräch, das wir nach dem Tode von Günter Rau führten. Wolfgang Scheler hatte den Lehrstuhl übernommen, wollte mich, den Außerplanmäßigen Aspiranten mit den Arbeitsergebnissen seiner Dissertation zum Ethos des sozialistischen Offiziers kennen lernen. Bei Kaffee und Keks wertete er, fragte, kritisierte, lobte wohl auch einmal. Und wir sprachen viel über

das Wesen unseres Soldatseins, über die Ziele unseres militärischen Wirkens in einer Zeit, da die technische Revolution im Militärwesen so grundlegende Umwälzungen mit sich brachte.

Damals begann, was mich bis heute erfüllt – die Bewunderung für die wahrhaft umwälzenden theoretischen Leistungen, die mit dem Namen Wolfgang Scheler verbunden sind, die er in den folgenden Jahren mit seinen Mitstreitern vollbrachte, die Achtung vor dem Mut und der Konsequenz, mit der er die gewonnenen Einsichten vertrat.

Mir selbst waren die Grenzen meiner Leistungsfähigkeit in theoretischen Fragen wohl bewusst. Mir lag mehr die propagandistische Weitergabe, heute würde man sagen – die *Vermarktung* der als richtig erkannten Ideen. Also sagte ich mir: Der Wolfgang Scheler kann ja nicht überall sein, um seine Erkenntnisse, um das neue Denken über Krieg und Frieden weiter zu geben. Aber erst, wenn viele so denken wie er, werden sie Wirkung haben. Also werde ich in dem Bereich, in dem ich arbeite und Verantwortung trage, in seinem Sinne wirken, sozusagen sein geistiger Stellvertreter im Raum Ostsachsen werden.

Im Laufe der Jahre gab es eine ungeahnte Fülle von Aktivitäten – in mehreren gesellschaftlichen Bereichen. Sie reichten, nicht von allen Vorgesetzten gern gesehen, aber nie verhindert, mit den Jahren weit über Ostsachsen hinaus:

- Vorträge und Veranstaltungen innerhalb der gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung der Offiziersschüler und auch außerhalb der Ausbildung.
- Vorträge und Diskussionen im Bereich des Lehrkörpers der OHS.
- Vorträge in den Luftverteidigungsdivisionen und Truppenteilen.
- Vorträge in Betrieben, Schulen, Parteischulen, bei Parteien und Organisationen, in Dienststellen der Volkspolizei und der Staatssicherheit.

Die Offiziershochschule *Franz Mehring* bildete damals Flugzeugführer und Techniker für alle Bereiche der Luftstreitkräfte und der Luftverteidigung aus. Im Rahmen ihrer gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung standen für das Studium der weltanschaulichen Grundlagen von Krieg und Frieden ca. 20 Stunden zur Verfügung, zu wenig, um der Brisanz der neuen Erkenntnisse und ihrer wehrmoralischen Bedeutung gerecht zu werden.

Bei den ab 1983 ausgebildeten künftigen Politoffizieren standen mehr Stunden zur Verfügung. Ihr riesiges Interesse führte zu stundenlangen Diskussionen – an vielen Abenden und an manchem Sonntagvormittag. Das brachte mich dazu, auf dem Karl-Marx-Kolloquium 1983 zu sagen: Gegenwärtig haben wir den kaum mehr zu verantwortenden Zustand, dass Mitglieder der Sektion Militärpolitik der Urania im zivilen Bereich tiefergehend militärpolitische

Kenntnisse vermitteln, als sie Offiziersschüler erhalten. Wir aber taten, was in unseren Kräften stand.

Im Mittelpunkt unseres erzieherischen Wirkens standen die Berufsmotive der künftigen Offiziere. Schon bald wurde uns bewusst, dass sie einem sehr widersprüchlichen Erkenntnisprozess ausgesetzt waren: Was sie in den Vorlesungen und Seminaren des Lehrstuhls Philosophie über Krieg und Frieden und das Wesen ihres Soldatseins hörten, stimmte oft nicht mit dem überein, was sie durch Lehrkräfte anderer Bereiche erfuhren und als unumstößliche militärische Wahrheiten vermittelt bekamen.

Deshalb kam es schon Ende der 70er Jahre immer mehr darauf an, die neuen Erkenntnisse in die Köpfe und Herzen aller Lehroffiziere zu tragen. In vielen, vielen Versammlungen und Seminaren haben wir dazu beigetragen – oft in harter Auseinandersetzung, vor allem mit Auffassungen von Offizieren, die ihre Ausbildung an sowjetischen Militärakademien erfahren und dort manchmal ganz andere Erkenntnisse gewonnen hatten.

Große Fortschritte brachten die von der Führung der OHS und ihrer Politabteilung ausgerichteten Konferenzen und Dienstversammlungen, auf denen die Autorität der Einladenden uns half, eine aufgeschlossenerere Atmosphäre zu schaffen und in stärkerem Maße die neuen Erkenntnisse in die Ausbildung aller Bereiche der Schule einzuführen. Einen gewissen Durchbruch schuf eine Konferenz im Mai 1985, auf der ich das Referat zu den neuen weltanschaulichen Problemen von Krieg, Frieden und sozialistischen Streitkräften hielt. Eine Folge waren die kaum zu bewältigenden Einladungen zu Diskussionen in vielen Lehrstühlen und Zügen der Offiziersschüler.

Noch 1987/1988 kam es zu einer ernsten Auseinandersetzung mit Angehörigen eines militärischen Lehrstuhls. Offiziere, die gerade erst aus der Sowjetunion zurückgekehrt waren, mussten erleben, dass Offiziersschüler lebhaft und direkt dem widersprachen, was ihnen durch sie zu Krieg und Frieden, zum atomaren Erstschlag u.a. als wahr und gültig vermittelt wurde. Der Leiter dieses Lehrstuhls forderte vom Kommandeur der Schule die Weisung, dass an der OHS nur das gelehrt werden darf, was die Absolventen sowjetischer Akademien gelernt hatten. Das aber stand in eklatantem Widerspruch nicht nur zum Erkenntnisstand des politischen und philosophischen Denkens in der DDR, sondern auch zu Äußerungen maßgeblicher Persönlichkeiten in der Sowjetunion. In einer Beratung der Schulleitung mit den Angehörigen beider Lehrstühle gelang es nur mühsam – und letztlich nur unter Einsatz relevanter Zitate des Generalsekretärs des ZK der SED – das zu verhindern. Das neue Denken konnte sich weiter durchsetzen. Es ist eine Ironie der Geschichte,

dass dieser Lehrstuhlleiter 1990 die Uniform der Bundeswehr anzog und letzter Kommandeur der dann bald abgewickelten OHS wurde.

Mit den Jahren wurde das geistige Wirkungsfeld des Lehrstuhls auch geographisch immer größer. Die als Offiziere in den Truppenteilen tätigen Absolventen brachten dort nun ihre an der OHS gewonnenen Erkenntnisse an den Mann – mit teilweise überraschenden Folgen. Die Auseinandersetzung, die sie an der OHS meist nur mittelbar erlebt hatten, wurde nun mit ihnen und ihren Auffassungen geführt. Da zeigte sich, wie sehr sie das neue Denken angenommen und verinnerlicht hatten. Und für uns kamen neue Aufgaben. Absolventen luden uns ein, in ihren Truppenteilen zu sprechen, sie in ihren Auffassungen zu unterstützen – in der Gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung und Politschulung, in Partei- und FDJ-Versammlungen.

In dem Maße, wie die neuen Erkenntnisse in den höheren Führungsebenen angenommen wurden, konnten wir auch in Dienstversammlungen und Schulungen auf der Geschwader-, Regiments- und Divisionsebene wirken, aber wiederum nicht ohne ernste Auseinandersetzungen. Das alte Denken war eben zäh. Als ich 1986 vor leitenden Offizieren und Schulungsgruppenleitern der Cottbuser Division sprach, gab es während des Referates offene Missfallensäußerungen im Saal und erhebliche Unruhe. Ruhe trat erst wieder ein, als Generalmajor Dr. Gerd Weber, der mit im Präsidium saß, erklärte, er stünde hinter allem, was der Oberst Schierz bis dahin gesagt habe. Die folgenden Diskussionen in den Pausen und nach der Versammlung habe ich in guter Erinnerung.

Die Vorträge im zivilen Bereich, die ich in all den Jahren in wachsender Zahl hielt, zeigten mir, wie aufgeschlossen die Zuhörer waren, wenn offen und ohne Verschweigen des Widersprüchlichen Grundfragen der Gesellschafts-, Militär- und Sicherheitspolitik erörtert wurden. Aber so manches Mal gab es dann Folgen – erwartete und unerwartete.

Als 1981 während des URANIA-Kongresses ein Offizier verkündete, wir erzögen unsere Soldaten zum Sieg in jedem, auch in mit Kernwaffen geführten Krieg über die NATO, da erwiderte ich in einem spontanen Beitrag, dass *Sieg* für uns heute nur bedeuten könne, einen Krieg zu verhindern. Vom Sieg im Atomkrieg zu sprechen, sei absurd. Wieder waren die Reaktionen dort und dann an der OHS sehr zwiespältig. Erst Monate später wurde mir offiziell mitgeteilt, dass das Präsidium der Sektion Militärpolitik nach eingehender Diskussion meine Auffassung teile.

Dass ich im Bezirk Cottbus Mitte der 80er Jahre eine Zeit lang nicht mehr an Schulen und in anderen Versammlungen auftreten durfte, war meinen Aussagen zu Konsequenzen des neuen Denkens an der dortigen Bezirksparteischule

geschuldet. Man hielt einfach für unmöglich, was in das bisherige Denkschema über Krieg und Frieden nicht hineinpasste.

Vorträge an Hochschulen, u.a. an der Technischen Universität Dresden, an der Ingenieurhochschule Cottbus, in Weiterbildungsakademien, in zahlreichen Betrieben und Kombinat, in den Vorständen von Parteien und Organisationen des heutigen sächsischen und brandenburgischen Raumes waren aber in den 80er Jahren wohl fast jede Woche gewünscht. Es bestand ein riesiges Interesse an den Erkenntnissen, die auf so grundlegende Weise bisherige Auffassungen und Lehren infrage stellten und ein neues Herangehen zwingend erforderlich machten. Ich erinnere mich der heftigen und außerordentlich tiefgehenden Debatten mit den Schauspielern des Senftenberger Theaters unter Horst Schönemann sowie mit den Schriftstellern des sorbischen Arbeitskreises im Schriftstellerverband der DDR. Viele Jahre lang war ich da wie dort zu Gast. Ich bin froh, das erlebt zu haben.

Die Brisanz der aus dem neuen Denken über Krieg, Frieden und Streitkräfte erwachsenden praktischen Konsequenzen war für viele überraschend, manchen unverständlich und einigen gefährlich. Das war innerhalb der Armee so und manchmal auch außerhalb. Dementsprechend waren die Reaktionen nicht immer zur Freude meiner Vorgesetzten. Voller Achtung denke ich an Generalmajor Dr. Gerd Weber, der uns erst als Sektionskommandeur in Kamenz, dann in verantwortungsreicher Funktion in der Politischen Verwaltung der LSK/LV viel geholfen hat.

Und was wären wir in Kamenz ohne das kluge und weitsichtige Wirken von Generalleutnant Prof. Hans Süß gewesen, der als Kommandeur der OHS in den 80er Jahren viel getan hat, um die Schule den neuen Anforderungen entsprechend inhaltlich und organisatorisch umzugestalten. Er war mir persönlich in schwieriger Lebenssituation in menschlich berührender Weise hilfreich. Meinem Lehrstuhl und seinem Wirken für das neue Denken war er immer ein wichtiger Ratgeber und Unterstützer, manchmal auch ein Blitzableiter. Da kam es vor, dass ein Schulrat sich bei ihm nicht ohne Grund beschwerte, der Oberst Schierz behindere durch seine Vorträge die Gewinnung der Offiziersbewerber. Ein Oberst aus dem Ministerium kam im Oktober 1987 extra nach Kamenz, um in Beisein des Generals zu prüfen, ob die Äußerungen in einem Vortrag zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution die dort eingegangene Beschwerde rechtfertigen.

Sicherlich war ich da etwas zu weit gegangen, indem ich 1987 sagte, dass in einem langen historischen Zeitraum bei der Schaffung eines neuen Sicherheitssystems der militärische Faktor an Bedeutung verliere und Armeen verschwinden würden. Meine Aufzeichnungen über das daraufhin am 26.10.1987

geführte Gespräch zwischen General Süß und mir machen deutlich, wie feinfühlig kritisch er das bewertete und mich aufforderte, im Philosophenkreis weiter darüber nachzudenken und zu diskutieren, in propagandistischen Veranstaltungen während dieser komplizierten Zeit aber nicht über das Abschaffen der Armeen zu sprechen. Natürlich hatte er recht.

Und dann verschwand eine Armee – unsere. Aber anders, als ich es gedacht und gemeint hatte. Als ich Ende März 1990 während einer Tagung des Wissenschaftlichen Rates der OHS aus den Reihen der NVA verabschiedet wurde, kam es zu einer Begebenheit, die zeigte, wie falsch manche unserer Offiziere die entstandene Lage einschätzten. Da wurden nach der Volkskammerwahl vom 18. März neue Lehrprogramme einer künftigen Offiziersausbildung vorgestellt, die so himmelweit von der Wirklichkeit entfernt waren, dass man nur den Kopf schütteln konnte. Und wieder waren es u.a. Offiziere jenes Lehrstuhls, mit dem 1987/1988 die ernste Auseinandersetzung geführt werden musste.

Als ich mich zum letzten Mal in meiner Dienstzeit zu Wort meldete, sagte ich nach einer sehr kritischen Analyse der vorgeschlagenen unrealistischen Programme: Wir brauchen weder diese noch andere künftige Lehrprogramme. Wir sollten erkennen, dass die NVA keine andere grundlegende Aufgabe mehr hat, als sich ruhig und diszipliniert aufzulösen. Die Reaktionen waren zwiespältig. Als am Abend der neu geschaffene Verband der Berufssoldaten tagte, forderte einer der Programminitiatoren wegen schädigendem Verhalten meinen sofortigen Ausschluss aus dem Verband.

Wenige Monate später war die NVA im Nebel der Geschichte untergegangen. Nicht vergangen ist, was durch sie und in ihr in einer historisch bedeutsamen Zeit geleistet wurde. Da ist vieles, was uns heute bedrückt, was wir nicht richtig bewertet, ja falsch gesehen hatten. Unser Handeln entsprach nicht immer den geschichtlichen Erfordernissen. Aber auch durch unser Wirken herrschte bis dahin Frieden in Europa, und was innerhalb dieser Armee an grundlegend neuen Erkenntnissen über die Aufgaben von Militär, über das sicherheitspolitische Denken am Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert entstand, behält bis heute noch seinen Wert, da die Welt vor neuen Bedrohungen steht.

Blicke ich zurück, dann kann ich wohl berechtigt sagen: Wolfgang Scheler kann mit seinen Kamenzer Kameraden der damaligen Jahre zufrieden sein. Dort waren Menschen zusammen gekommen, die sich in teilweise harten Auseinandersetzungen Erkenntnisse und Standpunkte erstritten hatten, und die trotz vieler direkter und indirekter Widerstände bereit waren, das zu lehren, weiterzugeben, was sie als richtig erkannt hatten. Ruhnau, Flau, Gröhl, Grund, Funk – das sind Namen von Offizieren, an die ich voller Achtung

denke. Dass 1982 junge Offiziere in unseren Lehrstuhl kamen, die im Lehrstuhl Philosophie der Militärakademie ausgebildet worden waren, machte vieles leichter. Nicht alle Lehrer haben den oft sehr ernsten Widerständen trotzen und den manchmal mutlos machenden Auseinandersetzungen standhalten können. Sie hielten sich zurück, traten kaum öffentlich auf oder baten um Versetzung in andere Lehrstühle, wo es ideologisch und wissenschaftlich ruhiger zuging.

Zum Dresdener Lehrstuhl und weiteren Wissenschaftlern, ich denke z.B. an Prof. Dr. Ernst Voit, hatten wir über die Jahre immer engen persönlichen und dienstlichen Kontakt, holten sie zu Vorträgen nach Kamenz, erfuhren Probleme und Ergebnisse der Denkprozesse meist aus erster Hand. Wir haben auch mit ihnen gelitten, wenn dogmatischer Eifer und politische Engstirnigkeit zu verhindern suchte, was nicht zu verhindern war. Wir standen trotz mancher Anfeindung immer an ihrer Seite.

Was haben wir nicht alles in gemeinsamen Beratungen der Lehrstühle und in zahlreichen persönlichen Diskussionen erörtert – ich denke auch zum gegenseitigen Nutzen. So waren wir immer auf dem neuesten Stand der Erkenntnisse, konnten unseren Beitrag leisten, um sie in die Hirne und Herzen vieler Menschen zu tragen. Ich hatte am Anfang das Wort *Vermarktung* gebraucht. In manchen noch vorhandenen Vortragskonspekten lese ich ab und zu: Dann weiter wie Scheler, Seite x,y. Damals habe ich also ohne Skrupel einfach das gesagt, was Wolfgang vorgedacht hatte, ohne ihm ein Honorar zukommen zu lassen. Nun ist es zu spät, meine DDR-Mark sind weg.

Ich bin Wolfgang Scheler dankbar, diese Jahrzehnte zwar räumlich entfernt, aber doch an seiner Seite, zusammen mit seinen Mitstreitern, erlebt zu haben. Ihr alle, liebe Freunde und Kameraden, seid in guter Erinnerung geblieben. Euch wiederzusehen, zu erleben, dass der kämpferische wissenschaftliche Geist erhalten blieb, macht froh.

Aber nun, da wir seinen 70. Geburtstag mit unserem Hiersein würdigen, gelten meine abschließenden Worte ihm, Kapitän zur See a.D. Prof. Dr. Wolfgang Scheler. Der Reichtum seiner Persönlichkeit, die faszinierende Ausstrahlung dieses bescheidenen, so klugen und mutigen kämpferischen Menschen hat auch mein Leben bereichert, meinem Wirken in der NVA tiefen Sinn gegeben. Ich wünsche ihm Glück und Gesundheit und viele schöne Jahre mit Lisa. Danke für die Freundschaft, Wolfgang, die uns verbindet.

Autor: Dr. Hermann Schierz.

Hans Süß

Neues Denken und Militärreform

Der Einladung zum heutigen Kolloquium bin ich gerne nachgekommen, da es mir ein Bedürfnis ist, in dieser Form Prof. Dr. Wolfgang Scheler Dank zu sagen für seine Leistungen als Philosoph, als Philosoph in Uniform, für seine neuen Überlegungen zu Krieg und Frieden. Es war immer ein Gewinn, ihm zuzuhören, ihn zu lesen, und es hat Freude gemacht, mit ihm zusammenzuarbeiten.

Wenn von wissenschaftlichen *Schulen* die Rede war, kamen mir immer Scheler und Hocke in den Sinn. Als ich von den Lehrkräften forderte, der *Papst* auf ihrem Fachgebiet zu sein, dann hatte ich die Illusion, sie sollten annähernd so fleißig, souverän, kreativ und streitbar sein wie Kpt. z.S. Prof. Dr. Wolfgang Scheler. Diesen Vergleich mit dem Papst habe ich auch einmal öffentlich geäußert – und erntete postwendend Kritik. Wie kann man als sozialistischer Militär den Papst so hoch bewerten? Ich sollte doch besser vom *Meister seines Faches* sprechen. Das war mir aber damals und ist mir auch heute noch zu wenig.

Leider ist das heutige Treffen nicht nur Laudatio für Wolfgang Scheler, sondern auch Requiem für Rolf Lehmann, der mich zu diesem Treffen eingeladen hatte und mit dem ich über Anliegen und Thema gesprochen habe – nicht ahnend, dass es unser letzter Dialog sein würde.

Der maßgebliche Beitrag zur Militärreform ist das Werk von Wolfgang Scheler und Rolf Lehmann – und auch später in der Dresdener Studiengemeinschaft für Sicherheitspolitik haben sich wohl beide ergänzt und gebraucht.

Obwohl es das Nächstliegende ist anzunehmen, dass Anfang und Ausgangspunkt einer Militärreform die Formulierung und der Beschluss einer neuen Militärdoktrin sein müsste, dass zunächst Sinn und Aufgaben der Streitkräfte festzuschreiben sind, bevor es um Dienst- und Lebensbedingungen in der Armee, Mündigkeit oder Bevormundung, Rechtssicherheit oder ähnliches geht, war es in Wirklichkeit doch etwas anders.

Wenn man sich die Dynamik – vielleicht besser die Turbulenzen – des Jahres 1989 in das Gedächtnis ruft, wird es aber begreiflich. Obwohl abgeschottet, lebte die Armee doch nicht auf einem fernen Stern. Ihre Angehörigen hatten die gleichen oder ähnliche Probleme wie die meisten Menschen in der DDR.

Da war z.B. die seit Jahren deformierte Zweckbestimmung der NVA. 1989 waren von 173.000 Armeeingehörigen 48.500 ständig in der Volkswirtschaft

eingesetzt. Das waren 28 Prozent. Viele Werkleiter oder LPG-Vorsitzende halfen sich darüber hinaus noch mit Soldaten der sowjetischen Streitkräfte.

1978/1979 kam es zum ersten größeren Einsatz, als es bei dem unerwarteten Kälteeinbruch zum Jahreswechsel um die Abwendung einer Katastrophe ging – u.a. durch die Aufrechterhaltung der Gasversorgung im Kombinat Schwarze Pumpe. Das war damals verständlich und notwendig, und es gab kein New Orleans. Auf die Armee war Verlass. Aber Einsätze in der Braunkohle und anderen Orts wurden zur Gewohnheit, und 1985 setzte Günter Mittag einen entsprechenden Beschluss zum ständigen Einsatz der Armee in der Volkswirtschaft durch, und die Einsätze wurden von Jahr zu Jahr mehr.

Trotzdem sollten auch die Ergebnisse in der politischen Erziehung und Gefechtsausbildung immer besser werden. Dieser Spagat gelang manchem Kommandeur aber nur auf dem Papier. Andererseits wurden die Forderungen der ständigen Gefechtsbereitschaft, die durch das Vereinigte Oberkommando, also die sowjetische Militärführung, gestellt wurden, immer höher. Die dadurch entstandenen Bedingungen waren unerträglich geworden.

Selbst die Elite der Armee, die Piloten der Jagdfliegerkräfte, äußerten ihre Unzufriedenheit. Sie bezogen nach den Ärzten das meiste Geld, aber sie konnten es nicht ausgeben. Sie waren entweder auf dem Flugplatz oder mussten sich in der nahegelegenen Wohnung in Bereitschaft halten.

Es verging kaum eine Kollegiumssitzung, auf der nicht einer der Chefs der Teilstreitkräfte dieses Thema zur Sprache brachte und Veränderungen forderte oder vorschlug. Aber alle Bemühungen in dieser Richtung waren ohne Erfolg.

Ab Herbst 1988 war ich Hauptinspekteur der Nationalen Volksarmee und damit u.a. für die Leitung der Inspektionen des Ministeriums verantwortlich. Bestandteil der Kontrollen waren immer individuelle Aussprachen und Diskussionsrunden mit Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren. Sie wurden in bedenklichem Maße zunehmend kritischer und vom Inhalt her aggressiver im Ton. Das betraf Zustände in der Armee, aber auch Erscheinungen in der Gesellschaft insgesamt. Es gab Versuche, das in den Berichten zu *schönen*, aber die Lage war aus meiner Sicht schon viel zu ernst, um lange zu überlegen, wie man etwas am besten formulieren könne. Entweder die Verfasser änderten ihre Beiträge selbst, oder wo man nicht dazu bereit war, habe ich die Korrekturen vorgenommen. Wenn ich die Berichte zurückbekam, waren diese Aussagen, auf die es mir ankam, dreimal rot unterstrichen und mit Ausrufezeichen versehen.

So war damals die Situation, und ich war der Ansicht, dass mit kleinen Schritten nichts mehr zu bewirken ist. Wenn überhaupt, dann könnten nur grundlegende Veränderungen – eben eine Militärreform – Abhilfe schaffen. Dazu kam noch, dass von allen Seiten die Forderung immer massiver wurde, die Sprachlosigkeit zu beenden, sich klar und eindeutig zur demokratischen Umgestaltung zu bekennen. Es waren nicht nur Worte, sondern Taten verlangt. Die Streitkräfte konnten dem auch in ihrem Selbstverständnis fixierten Auftrag zur Erhaltung des Friedens nur durch eine umfassende Militärreform gerecht werden. Sie war gesellschaftlich notwendig geworden, und sie war dann auch ein nicht unwesentlicher Umstand, dass die Wende unblutig verlief.

Das waren die wichtigsten Gründe, warum ich mehrfach Anlauf nahm, eine Militärreform ins Leben zu rufen. Schließlich stimmte der Minister, Armeegeneral Heinz Kessler, diesem Vorschlag zu. Das geschah nur wenige Tage vor der Kollegiumssitzung, in der er aufgefordert wurde, im Interesse der Erhaltung der Nationalen Volksarmee zurückzutreten.

Richtig abgelegt und Fahrt aufgenommen hat die Militärreform natürlich unter Admiral Hoffmann, und Herr Eppelmann hat sie dann sofort versenkt, oder ihr die letzte Ölung gegeben – wie immer man das ausdrücken will.

Da die Militärreform gesellschaftlich notwendig geworden war, kann es nicht verwundern, dass Anstöße dazu bei mehreren Menschen entstanden und entsprechende Ideen formuliert wurden. Es gab dafür unterschiedliche individuelle Motive. Ich habe mit der Militärreform durchaus persönliche Interessen verfolgt, wenn die auch im Verlaufe der Reform immer mehr in den Hintergrund treten mußten. Sie waren in meiner Biographie begründet. Ich war über 10 Jahre Kommandeur einer Offiziershochschule und kannte auch die Militärakademie recht gut. Auf der einen Seite standen solche hohen wissenschaftlichen Leistungen und Anschauungen, wie die von Prof. Wolfgang Scheler, die anerkannt und geteilt, toleriert, belächelt oder als Spinnereien abgetan wurden. Es gab wissenschaftlichen Meinungsstreit und hochinteressante Forschungen – andererseits aber auch Missachtung der Wissenschaft, ja Wissenschaftsfeindlichkeit.

Selbst für manche Führungs- und Lehrkräfte blieben der Hörsaal oder die Klasse nur eine andere Form des Exerzierplatzes. Nach Generalmajor Zorn wurden auch die Offiziershörer der Militärakademie *administriert und diszipliniert*, und viel kräftiger noch wurde natürlich den Offiziersschülern das Gehirn gekämmt.

Ich konnte als Kommandeur vieles bewirken und verändern: Computer in der Ausbildung einsetzen, psychologische Vorbereitung intensivieren, Selbständigkeit vergrößern, mehr Freiräume schaffen etc. Aber es waren auch Gren-

zen gesetzt und es war zu wenig, was über den Rahmen der Schule hinausging. Ich sah in der Militärreform eine Möglichkeit, eine Bildungs- und Wissenschaftsreform durchzusetzen. Dass es auch dafür schon fünf Minuten nach zwölf war, wurde schon bald offensichtlich – und diese Probleme standen nicht im Vordergrund.

Priorität hatte die Neufestlegung des Auftrages, der Funktion und der Aufgaben der Streitkräfte, d.h. der Tätigkeit in der Nationalen Volksarmee musste ein Sinn gegeben werden.

Die Krise in der Gesellschaft war gekoppelt an die bereits länger vorhandenen Legitimationskrise der Streitkräfte:

- Krieg in der europäischen Zivillandschaft (auch mit ausschließlich konventionellen Waffen) war irrational geworden. Auch ein Verteidigungskrieg war für die DDR tödlich. Hinlängliche Verteidigung war für die DDR etwas ganz anderes als für die UdSSR oder für die Koalition.
- Abrüstung war zu einer unmittelbaren und wesentlichen Aufgabe der Streitkräfte selbst geworden.

Das zu begreifen und sich dazu zu bekennen, war für einen Militär gar nicht so einfach. Aber Sun-Tsu hatte schon in seinem *Traktat über die Kriegskunst* formuliert, dass der Angriff der Sieg und die Verteidigung die Unbesiegbarkeit sind.

Dass ein Erstangriff, eine Aggression nicht in Frage kam, war vollkommen klar. Ich habe in 37 Jahren Armeezugehörigkeit an vielen Kriegsspielen und Manövern teilgenommen, später auch auf sehr hoher Ebene. Aber nicht ein einziges Mal ist ein Präventivschlag geübt worden. Natürlich stand der Angriff in manchem Ausbildungsjahr im Mittelpunkt der Gefechtsausbildung, aber immer als Reaktion, als Antwort. Die Akzeptanz der hinlänglichen Verteidigung musste zu Abrüstungsschritten führen. Wie sollte man sonst das deutliche Kräfteverhältnis zu Gunsten der *Östlichen* in einzelnen Richtungen begründen? Politisch konnte Vertrauen zwischen den Militärs nur durch praktische Abrüstungsschritte allmählich aufgebaut werden.

Die Gedankenkette Verteidigung – Unbesiegbarkeit, bei manchen bis zur Unverwundbarkeit, stimmte schon seit Jahren nicht mehr. Als aber 1987 der Warschauer Vertrag auch offiziell und verbindlich von der *offensiven Verteidigung zur defensiven Verteidigung* überging, um Vorbedingungen für die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und einseitige Abrüstungsschritte zu schaffen, war klar, dass nicht mehr die Absicht bestand, den Sozialismus an der mitteleuropäischen oder mitteldeutschen Grenze zu verteidigen.

Dabei war für die Militärs der DDR – und zweifellos auch für die Parteiführung – die offensive Verteidigung die einzige akzeptable operativ-strategische Konzeption, denn die DDR hatte an der schmalsten Stelle in West-Ost-Richtung gerade mal eine Tiefe von 150 km. Einige Grenzstreifen in einer Tiefe von vielleicht 20 bis 40 km zeitweilig zu verlieren, nahm man noch hin – aber mehr?

An der Militärakademie wurden im Gefolge der neuen Doktrin alle Übungen und andere Lehrmaterialien überarbeitet, und das Dilemma der Wehrmotivation wurde vielen deutlich, die sich bis dahin möglicherweise weniger Gedanken gemacht hatten. Trotzdem rangierten noch Anfang März 1990 in einer Meinungsumfrage zur Berufsmotivation innerhalb der Armee die Pflichterfüllung gegenüber Volk und Regierung und der Schutz des Territoriums der DDR an vorderster Stelle.

Die Ausarbeitung einer neuen Militärdoktrin war aber auch dringend notwendig geworden, weil die Existenz der Atomwaffen und ihrer Trägermittel einen Krieg von vornherein sinnlos machten. Von der Richtigkeit dieser von W. Scheler immer wieder vertretenen und propagierten These war ich überzeugt, obwohl es ein weiter Weg dahin war.

Während meines ersten Akademiebesuchs (1956 - 1960) kam ich mit Teilnehmern an Atomwaffenversuchen der sowjetischen Streitkräfte zusammen, unter ihnen Gezeichnete von diesen Versuchen. Ihre Bedenken hatten damals bei uns keine große Wirkung. Die Erlebnisse in diesen Jahren, die unvergesslich blieben und sich einprägten für das ganze Leben, waren Treffen mit Kriegsinvaliden, ohne Beine, auf einem primitiven Holzbrett mit vier kleinen Rädern, mit Menschen, die die Schrecken und Leiden des Krieges nicht vergessen konnten und viele ihrer Angehörigen verloren hatten, und die uns immer wieder beschworen: Jungs, lasst so etwas nie wieder zu! Es waren inzwischen sehr viele geworden, die einen ähnlichen Entwicklungsweg wie ich genommen hatten, und diese Begegnungen prägten unsere Haltung auch noch 1989/1990.

1974 bis 1976, während des Studiums an der Generalstabsakademie in Moskau, gab es zwei Meinungen. Die erste, offizielle, vertreten in den Lehrbüchern und Lektionen und gefordert in unseren Entschlussmeldungen, die vorsah, die durch die eigenen Kernwaffenschläge entstandene Lage kühn und entschlossen durch zügiges Vorgehen und die Zerschlagung der Reste des Gegners zu nutzen, und die zweite, inoffizielle, vertreten in der Regel von den Lehrkräften, denen wir den größeren Respekt entgegenbrachten und die man vielleicht am besten durch die wörtliche Wiedergabe charakterisieren kann: Versucht Euch doch diese Situation nach den Atomschlägen vorzustellen.

Glaubt ihr im Ernst, eure Kommandeure kriegen die Soldaten aus den Deckungen? Und dann wurde über die Folgen eines Kernwaffenkrieges debattiert.

Zu Ende gedacht haben wir das damals aber nicht. Das blieb anderen, eben den Philosophen, vorbehalten. Es war auch ein Philosoph, Oberst Dr. Hermann Schierz, der in Kamenz an der Offiziershochschule der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung unüberhörbar die Sinnkrise des Krieges propagierte.

Als Protagonist der Anschauungen von Wolfgang Scheler und eigener, ergänzender Ansichten dazu, trat er z.B. am 16.05.1985 vor den Führungs- und Lehrkräften zu dem Thema auf: *Weltanschauliche Probleme von Krieg, Frieden und sozialistische Streitkräfte*. Der Vortrag wurde in der Expressinformation der Schule veröffentlicht und fand breite Zustimmung.

Der Boden für eine neue Militärdoktrin war vorbereitet, ihre Notwendigkeit war unbestreitbar.

Es war nur logisch, dass sowohl durch die Gruppe Militärreform beim Minister als auch später durch die Regierungskommission Militärreform Wolfgang Scheler und Rolf Lehmann in die Kommission berufen wurden, die den Entwurf einer neuen Militärdoktrin vorzulegen hatte. Von Seiten des Ministeriums war Generalmajor Hans Deim damit beauftragt, mit dem dazu am 22.11.1989 das erste Treffen stattfand. Wenn meine Aufzeichnungen korrekt sind, war die erste Diskussionsrunde mit Rolf Lehmann und Wolfgang Scheler am 04.12.1989. Am Runden Tisch der Militärreform wurde die Doktrin am 06.02.1990 beraten, d.h. der Entwurf muss Mitte Januar vorgelegen haben. Dieses Tempo war nur möglich, weil durch Prof. Dr. Scheler eine jahrelange Vorarbeit geleistet worden war.

Die Doktrin ging davon aus, dass

- Krieg jeder Art und Intensität in Europa sinnlos ist;
- die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung jeglicher Streitfragen zwischen Staaten und Völkern abgelehnt wird,
- die Rolle des militärischen Faktors in den internationalen Beziehungen abzubauen und politischen Mitteln der Friedenssicherung und internationalen Krisenbewältigung Priorität zu geben ist.

Die Doktrin redete nicht nur umfassender Vertrauensbildung und Abrüstung das Wort, sie war selbst ein echter Beitrag dazu.

Obwohl nach unserem Verständnis eine Militärdoktrin nichts anderes sein wollte als ein im Staat für eine bestimmte Zeit bestätigtes System von Anschauungen zur Friedenssicherung, zur Verhinderung eines Krieges und zur

Gewährleistung des militärischen Schutzes des Staates und seiner Bevölkerung, war die Bezeichnung *Doktrin* für den Runden Tisch der Militärreform zu undemokratisch – es wurden *Militärpolitische Leitsätze* daraus.

Die Leitsätze unterschieden sich von der Doktrin fast nur durch einige andere Formulierungen, ohne den Sinn zu verändern. Das sah etwa so aus:

- Doktrin: Sie (die DDR) tritt für den Abzug der auf dem Territorium der DDR und BRD stationierten ausländischen Truppen ein.
- Leitsätze: Sie (die DDR) tritt für den Abzug aller Truppen, die auf ausländischem Territorium stationiert sind, ein.

Nur an wenigen Stellen wurden in den Leitsätzen Ergänzungen vorgenommen, wie z.B.: Die Verwirklichung der militärpolitischen Leitsätze verlangt ein ausgewogenes Wechselverhältnis von Wissenschaft und Politik. Für die sicherheitspolitische Forschung werden im militärischen und zivilen Bereich entsprechende Einrichtungen genutzt oder neu geschaffen.

Mit den Militärpolitischen Leitsätzen fand die Arbeit der Kommission Nr. 1 der Militärreform einen bestimmten Abschluss. Am 27.02.1990 wurden die Leitsätze durch den Runden Tisch angenommen

Viele andere Vorhaben konnten nur teilweise realisiert werden, wie die demokratische Mitbestimmung, der mündige Staatsbürger in Uniform, oder sie mussten Ansätze bleiben, wie die Bildungsreform, die Wissenschaftsreform, die Verwaltungsreform, strukturelle Veränderungen, Ökologie in den Streitkräften u.a.

17 unterschiedliche Kommissionen oder *Expertengruppen* arbeiteten in der Zeit vom 25.11.1989, als die Militärreform ins Leben gerufen wurde, bis zu ihrer Auflösung am 18.03.1990. 51 teilweise sehr umfangreiche Aufgabenkomplexe wurden für die Bereiche und Verwaltungen des Ministeriums für Nationale Verteidigung formuliert. In dieser Zeit gingen 12.500 Beiträge, telefonisch oder persönlich vorgebracht, in einem Konsultationspunkt ein, der zentral eingerichtet wurde, und 4.500 Briefe wurden an die Kommission gerichtet.

Diese Aktivitäten waren aber auch dringend notwendig. Wenn Generalleutnant K. Baarß ausführte: „2.000 Mitarbeiter des Ministeriums für Nationale Verteidigung dürfen nicht länger wartend neben der Kommission Militärreform stehen“, so war damit der Zustand nicht übertrieben, sondern eher noch geschmeichelt dargestellt.

Die Militärreform hat nicht nur durch die Militärpolitischen Leitsätze zur Sicherheit beigetragen, sie war selbst zu einem Stabilitätsfaktor geworden. Ein Konzil der Militärakademie *Friedrich Engels* schrieb in einem Brief an den Mi-

nister für Abrüstung und Verteidigung und an das Bundesministerium für Verteidigung im Juli 1990:

- „Die Soldaten der Nationalen Volksarmee haben in der Vergangenheit ihren spezifischen Beitrag zur Erhaltung des Friedens erfüllt.
- In der Erkenntnis der Notwendigkeit der Einleitung des Wendeprozesses in der DDR haben Kommandeurkorps und Soldaten der Nationalen Volksarmee einen Einsatz der Streitkräfte gegen den Willen des Volkes verhindert.
- Mit der Einleitung einer tiefgreifenden Militärreform und der Aufrechterhaltung von Disziplin und Ordnung unterstützten die Soldaten der Nationalen Volksarmee die Demokratisierung der politischen Verhältnisse in unserem Land.“

Leider kann auch heute noch nicht der Deckel über die Militärreform zugeklappt werden. Die Unsicherheitslage, das weitere Anwachsen der Unsicherheit in der Zukunft, das nicht ausbleiben wird, sorgen dafür, dass der wesentliche Inhalt der Militärpolitischen Leitsätze und die darin wiedergegebenen Anschauungen von Prof. Dr. Wolfgang Scheler auch heute noch aktuell sind.

In dem Grundsatzdokument *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit* heißt es: „... Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Die Hoffnung sollte sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft, sondern dass beide Systeme reformfähig und friedensfähig sind.“

Wie anders sieht doch die Realität heute aus. Das eine System hat sich mit aktiver eigener Unterstützung selbst abgeschafft, und das andere ist weder reformfähig, noch ist es friedensfähig. Das Streben nach Maximalprofit, nach Zugang und Besitz von Ressourcen, die Verfolgung uneingeschränkter Welt-herrschaftspläne, denen heute von keiner Seite ernsthafter Widerstand entgegengesetzt wird, haben zu einer Reihe von Kriegen geführt – und ein Ende ist nicht abzusehen.

In dem Artikel zum Entwurf der Militärdoktrin *Überlegungen zu einer umfassenden Sicherheitskonzeption der DDR* veröffentlicht in der Zeitung *Militärreform der DDR*, Nr. 06/1990, der meiner Ansicht nach auch die Handschrift von Wolfgang Scheler trägt, heißt es an einer Stelle: „Sicherheit ist Freiheit zur Eigenentwicklung.“

Diese Definition ist heute genau noch so gültig wie damals, nur hat sie noch an Bedeutung gewonnen. Es unterliegt doch keinem Zweifel, dass in einer Sicherheitskonzeption neben den gewachsenen militärischen Bedrohungen heute

eine Reihe anderer Faktoren Berücksichtigung finden müssen. Ich will nur einige wenige anführen:

- Energiekrise,
- Rohstoffkrise,
- Zerstörung der Umwelt. Wir brauchen gar nicht darauf zu warten, Dass eines Tages die Horrorvorstellung von der Klimaveränderung als Waffe Realität wird. Die Menschen tun schon heute alles, um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu zerstören.

Ich halte es schon für überlegenswert, wenn wir etwas *Älteren*, die sich heute hier versammelt haben, um einen Pionier des Neuen Denkens zu ehren, unsere Erfahrungen und Erkenntnisse in Bezug auf die gegenwärtigen und künftigen Sicherheitsrisiken anwenden und erweitern. Mit Sicherheit können wir damit noch etwas für die künftigen Generationen tun.

Autor: Prof. Dr. Hans Süß.

Paul Heider

Neues Denken über Krieg und Frieden und das Militärgeschichtliche Institut der DDR

Die Militärhistoriker am Militärgeschichtlichen Institut (MGI) haben die Diskussion unter den Philosophen der Militärakademie aufmerksam verfolgt und deren einschlägige Publikationen mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, sich schrittweise mit den dargebotenen Ansichten auseinandergesetzt und sich schließlich mehrheitlich mit ihnen identifiziert. Den Anstoß zu näherem Nachdenken über diese Probleme bot die Karl-Marx-Konferenz des MGI am 24.03.1983 mit dem Verteidigungsminister als Referenten. An ihr nahmen alle Mitglieder und Kandidaten des ZK der SED aus der NVA und weitere ZK-Mitglieder teil, so Günter Jahn, Ernst Diehl und Hanna Wolf. Weiter zählten zu den Teilnehmern die Direktoren der militärhistorischen Institute aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

Die Konferenz zielte darauf ab, die Militärgeschichtswissenschaft noch zielgerichteter und wirksamer für die Erhöhung der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der NVA zu nutzen. Mit anderen Worten: Es ging aus der Sicht der Militärs um eine noch effizientere Instrumentalisierung der Militärgeschichte für die politisch-moralische und psychologische Vorbereitung der Armeeangehörigen auf den bewaffneten Kampf, für die weitere Ausprägung ihres Kampf- und Siegeswillens – auch unter den Bedingungen eines atomaren Schlagabtausches zwischen den sich feindlich gegenüberstehenden Militärblöcken.

Diesem Anliegen dienten das Referat und nahezu alle Diskussionsbeiträge. Der Minister dozierte in seiner Rede, dass und wie die sozialistischen Streitkräfte besser auf den bewaffneten Kampf vorbereitet sein müssten als der Gegner. Der Soldat dürfe nicht „mit der lähmenden Befürchtung des unausbleiblichen Untergangs“, sondern müsse „mit dem unbeugsamen Willen zum Sieg in den Kampf, ins Gefecht“ gehen. Aus einer Vielzahl möglicher Fragestellungen an die Militärgeschichte seien deshalb „jene auszuwählen, die unmittelbar den Erfordernissen der sozialistischen Landesverteidigung dienen.“¹

Diesem Diktum entsprach auch der damalige Direktor des Moskauer Instituts, Generalleutnant Prof. Dr. Shilin. Er polemisierte gegen namentlich nicht

¹ Militärgeschichte im Klassenkampf unserer Zeit. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR anlässlich des 100. Todestages und des 165. Geburtstages von Karl Marx, 24.03.1983, S. 21, 23.

genannte bürgerliche Ideologen, die den Krieg unter atomaren Bedingungen als „gigantischen Zusammenprall von Maschinen und Technik“ darstellen, der „seinen politischen und moralischen Sinn verloren habe“. Dem hielt Shilin entgegen, auch der vom Imperialismus vorbereitete Raketenkernwaffenkrieg sei – wie alle Kriege in der Vergangenheit – „Fortsetzung der Politik von Klassen und Staaten ... mit gewaltsamen Mitteln.“²

Diesen kurz skizzierten atmosphärischen Hintergrund muss man beachten, will man Wolfgang Schelers mutiges Auftreten auf dieser Konferenz historisch bewerten. Im Unterschied zu Shilin stellte er fest, man dürfe die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften nicht als eine ein für allemal fertige, abgeschlossene Theorie betrachten. Unter Berufung auf sowjetische Philosophen erklärte er, die neuen Kriegsmittel hätten eine Quantität und Qualität erreicht, die den Krieg als Instrument der Politik ungeeignet machen. Er verwies des Weiteren auf die Prager Deklaration der Teilnehmer des Warschauer Vertrages vom Januar 1983, wonach es in einem Kernwaffenkrieg keine Sieger geben werde und gelangte – nun im Gegensatz zu Shilin – zu dem Schluss, „dass der Krieg im Atomzeitalter nicht mehr die Fortsetzung, sondern das Ende der Politik wäre.“³

Auch wenn es noch ein weiter und nicht gerade leichter Weg war, den die Philosophen der Militärakademie bei der Revision der zum Dogma erstarrten marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und den Streitkräften und der weiteren Ausarbeitung des neuen Denkens zu beschreiten hatten,⁴ setzte auch in anderen wissenschaftlichen Einrichtungen der NVA, so auch am MGI, das Nachdenken zu den aufgeworfenen Problemen ein. Und auch das war ein langwieriger und schwieriger Lernprozess, bei dem es nicht ohne innere Konflikte und Auseinandersetzungen abging. Für das MGI erhob sich die Frage, welche Folgerungen für die militärgeschichtliche Forschung und Lehre sich aus den neuen philosophischen Theorien ergaben. Dem Militärhistoriker ist im Zusammenhang mit unserer Thematik aufgetragen, die geschichtliche Vergangenheit von Krieg und Streitkräften, die historischen Ursprünge der aktuellen Erscheinungsformen von militärischer Rüstung, Militär und Krieg zu erforschen. Da er es mit herkömmlichen Kriegen zu tun hat, behält die Clausewitz-Formel als methodisches Instrumentarium für deren Bewertung weiter ihre Gültigkeit.

² Ebenda, S. 41.

³ Ebenda, S. 65.

⁴ Siehe dazu W. Schreiber, Die Botschaft der Akademie wurde gehört. Eine Erinnerung, in: Gemeinsame Sicherheit - ein schwieriger Lernprozess. DSS-Arbeitspapiere, Heft 70, Dresden 2004, S. 36-51.

Die für die Militärgeschichtsschreibung und damit für das MGI sich ergebenden Konsequenzen aus dem neuen Denken waren vielfältig und können hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Nur auf einige wenige sei aufmerksam gemacht.

Erstens meinten wir, wenn die neue Qualität der Kriegsmittel den Krieg als Instrument der Politik ungeeignet macht, müssen wir die Genesis der Funktions- und Sinnkrise des Krieges untersuchen. Wir rückten deshalb die Zeit vor und während des Ersten Weltkrieges und die Zwischenkriegszeit in unser Blickfeld. Dabei besannen wir uns auf die allgemein bekannte, von Friedrich Engels bereits 1887 getroffene Feststellung, in einem Krieg zwischen den Großmächten würden kaum noch die gewollten Resultate erzielt werden. Zugleich stießen wir auf eine bislang wenig beachtete weitsichtige Prognose Karl Liebknichts, der bereits 1907 in seiner Schrift *Militarismus und Antimilitarismus* festgestellt hatte, dass „die Technik, die leichte Beherrschung der gewaltigen Naturkräfte durch den Menschen, eine Stufe erreichen wird, die eine Anwendung der Mordtechnik überhaupt unmöglich macht, weil sie die Selbstvernichtung des Menschengeschlechts bedeuten würde.“⁵

Zweitens galt es, die uns seitens der Partei oder auch von Moskau bzw. von uns selbst auferlegten Tabuzonen, etwa bei der Forschung zu Problemen der Zwischenkriegszeit, des Zweiten Weltkrieges und der Zeit nach 1945, aufzubrechen und uns den so genannten weißen Flecken zuzuwenden. Zu den damals heikelsten Problemen zählten die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 – namentlich die geheimen Zusatzprotokolle, der Charakter des Zweiten Weltkrieges in seiner ersten Phase sowie die Anfangsperiode des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, aber auch die Vorgeschichte der NVA und die damals als Konterrevolution charakterisierten revolutionären Erhebungen in einigen Ländern der WVO.

Drittens ging es darum, die dem Leninismus-Stalinismus verhafteten Denkstrukturen und Modelle zu überwinden. Das betraf vor allem das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Politik. Wir mussten uns von politischen Sachzwängen befreien und das den Realitäten zuwiderlaufende Epochenverständnis preisgeben. Es hatte u.a. dazu geführt, dass die Deutsche Geschichte und Militärgeschichte auf die DDR und die NVA hin zugeschrieben wurde. DDR und NVA erschienen somit als gesetzmäßiges Resultat und Höhepunkt vorangegangener Geschichte. In einer unserer Publikationen hieß es, die Militärgeschichte von ihren Anfängen bis in die „Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“, sei „ein vielgestaltiger, gesetzmäßiger Prozess, der mit der Landesverteidigung in der DDR als Teil der sozialisti-

⁵ K. Liebknicht, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin 1983, S. 259 f.

schen Militärkoalition eine neue historische Qualität erhalten hat.“⁶ Statt dessen war davon auszugehen, dass die Geschichte nach vorn hin offen ist. Eine einseitig klassenmäßige Betrachtung und Wertung historischer Ereignisse und Prozesse galt es zu überwinden.

Für den mit dem neuen Denken verbundenen Klärungsprozess erhielten wir Impulse und Denkanstöße auch von den seit 1988 intensivierten Kontakten zum Moskauer Institut unter Leitung von Generaloberst Wolkogonow sowie von international ausgerichteten wissenschaftlichen Veranstaltungen. Das gilt beispielsweise für den Internationalen Historikerkongress 1985 in Stuttgart. Auf diesem Kongress gab es ein Rundtischgespräch *Historiker und Friedenskampf*, auf dem der Präsident der Historikergesellschaft der DDR, Heinrich Scheel, unter Berufung auf Clausewitz erklärte, heute wäre ein Krieg nicht mehr Fortsetzung der Politik, sondern das Ende jeder Politik. Sein Standpunkt, der von anderen DDR-Historikern unterstützt wurde, fand auch bei westlichen Kollegen Anklang. Äußerungen über eine *Ökumene der Historiker* und über Methodenpluralismus, so bei den Erörterungen zu *Max Weber und die Methodologie der Geschichte*, eines der Konferenzthemen, stimmten mich nachdenklich.⁷

Mein eigenes Nachdenken wurde auch gefördert durch die Mitarbeit an der fertiggestellten, schließlich aber durch Kurt Hager untersagten deutsch-deutschen Gemeinschaftspublikation von Historikern der DDR und der BRD zum Thema: *Der Weg deutscher Eliten in den Zweiten Weltkrieg*. Das an anderer Stelle dazu Gesagte soll nicht wiederholt werden.⁸ Mein Thema war: *Der totale Krieg – seine Vorbereitung durch Reichswehr und Wehrmacht*. Es ging dabei besonders um den Nachweis, dass die Theorie und Praxis des totalen Krieges eine Reaktion auf die bereits während des Ersten Weltkrieges im Embryonalzustand sichtbar gewordene Funktionskrise des Krieges war.

In einem gemeinsamen Vorwort zu dem Sammelband wurde gesagt: „Die Autoren gingen davon aus, dass ein solches gemeinsames Werk nicht nur den erreichten Stand der geschichtswissenschaftlichen Interpretation auf beiden Seiten verdeutlicht, sondern dass die bei der Arbeit an diesem Band zu führenden Diskussionen vielleicht auch einen Teil der Konfrontationen in positive gegenseitige Stimulierung verwandeln können.“⁹ Mit anderen Worten: Die Autoren glaubten mit dieser Gemeinschaftspublikation Anstöße für einen

⁶ Kurzer Abriss der deutschen Militärgeschichte, Berlin 1984, S. 5 f.

⁷ Siehe Persönliche Notizen vom Internationalen Historikerkongress in Stuttgart, August 1985.

⁸ Siehe P. Heider, Zu den Ursprüngen der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V. aus der Sicht eines Militärhistorikers, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 70, Dresden 2004, S. 28-35.

⁹ L. Nestler (Hrsg.), *Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg*, Berlin 1990, S. 34.

weiterführenden deutsch-deutschen Historikerdialog geben zu können, der ja der Öffentlichkeit verborgen, anderweitig aber längst im Gange war.

Zu ähnlichen Überlegungen gelangten wir auf einem vom Wissenschaftlichen Rat des MGI am 22.08.1989 durchgeführten Kolloquium zum Thema *Militär-geschichte und Friedenskampf*. Es wurde anlässlich der Versetzung von Generalmajor Prof. Dr. Reinhard Brühl, des langjährigen Direktors des Instituts, in den Ruhestand veranstaltet. Die Politische Hauptverwaltung der NVA hatte nur äußerst widerwillig ihre Zustimmung erteilt und verlangt, den Teilnehmerkreis auf die Angehörigen des Instituts und die Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates zu begrenzen.

Während der Veranstaltung kam es erstmalig am MGI zu einem öffentlichen Diskurs über die Dialogproblematik. Die Militärhistoriker gingen davon aus, dass es zu einem Dialog in breiterem Umfang unausweichlich kommen würde, da das geschichtlich Beispiellose, die drohende Allesvernichtung, die Verständigung zwischen Marxisten und Nichtmarxisten kategorisch herausfordere. Deshalb wurden Fragen von Dialogfähigkeit und Dialogbereitschaft erörtert.

Dabei geäußerte Überlegungen sind auch heute noch aktuell, bleiben aber leider allzu oft unberücksichtigt. Es geht um die Bereitschaft, meinen Auffassungen widersprechende Ansichten als gegeben, als den Gesetzen des Denkens entspringend, hinzunehmen. In einem fundierten Beitrag dazu wurde gesagt: „Der Dialogpartner hat ja nicht die Bedingung zu erfüllen, von meiner historisch-materialistischen Auffassung auszugehen, sondern mit meiner Dialogbereitschaft anerkenne ich die Existenz einer von meiner verschiedenen Methodologie. Deren Wissenschaftlichkeit zu bezweifeln ist gleichbedeutend mit dem Verlust meiner Bereitschaft, Argumente des Andersdenkenden als eine Möglichkeit der Widerspiegelung der Realität und der Bewertung der Geschichte in Betracht zu ziehen.“¹⁰

Ein weiteres Problem, dem sich Reinhard Brühl zuwandte, betraf das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Politik. Er setzte sich mit der jeder wissenschaftlichen Arbeit abträglichen Vorgehensweise mancher politischer Führungsgremien auseinander, die der Forschung nicht nur Aufgaben stellten, sondern oftmals die von ihnen erwarteten Ergebnisse gleich mit benannten.

Weitere Überlegungen zu Konsequenzen aus dem neuen Denken für die Militärgeschichte wurden von uns auf einer gemeinsam mit dem Zentralinstitut für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR ausgerichteten Konferenz angestellt, die vom 31.08. bis 02.09.1989 in Berlin stattfand. In

¹⁰K.-P. Meißner, Militärgeschichte im Dialog, in: Militärgeschichte, Heft 01/1990, S. 65.

einem der Referate ging es erneut um Theorie und Praxis des totalen Krieges, wobei auf Entwicklungstendenzen aufmerksam gemacht worden ist, die in ihrer weiteren Ausprägung bei qualitativem Umschlag im atomaren Zeitalter zur Funktionskrise des Krieges geführt haben.

Hier sei nur auf zwei der damals benannten Prozesse verwiesen.¹¹ Ein erstes Problem betraf die Unverhältnismäßigkeit von Zielen und Mitteln, die in Politik und Kriegsführung immer deutlicher in Erscheinung trat – eine Entwicklung, die auch namhaften deutschen Militärs Sorgen bereitete. So erklärte beispielsweise Generaloberst Hans von Seeckt 1931, dass der Krieg durch „die Übersteigerung seiner materiellen Seite“ sich der „Lenkung des Menschengesistes zu entziehen droht“, sich selbst richtet und ausschaltet.¹²

Faschistische Militärtheoretiker reagierten darauf mit der Theorie und Praxis des totalen Krieges, wobei die Zivilbevölkerung immer mehr in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Grenze zwischen Front und Hinterland verschwand zusehends, und in den Luftangriffen auf Coventry, London und Dresden und zahlreiche andere Städte sowie im Abwurf der Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki trat die barbarische, gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Art der Kriegsführung besonders deutlich in Erscheinung.

Ein zweites Problem betraf die psychologische Kriegsführung nach innen und außen, deren Zweck es war, die verbrecherische Kriegsführung des faschistischen Deutschland zu rechtfertigen und die vom NS-Regime angestrebten politischen Ziele zur Neuordnung Europas als im Interesse des Volkes liegend zu legitimieren. Besondere Bedeutung wurde dabei dem gezielten Aufbau und der Verbreitung von Feindbildern beigemessen. Aus heutiger Sicht sei hinzugefügt, dass diese Tendenz ebenso auch in der sowjetischen Kriegszielpolitik wie in der Legitimation der Hochrüstungspolitik des Warschauer Paktes und in dem Bestreben zum Ausdruck kam, Kampf- und Siegeswillen zu erzeugen. Natürlich trifft das mit umgekehrtem Vorzeichen auch auf die damalige Politik und Strategie der NATO zu.

Wir waren also nicht ganz unvorbereitet, als es im Prozess der demokratischen Revolution des Herbstes 1989 – die Militärreform war ein Teil davon – darum ging, die Militärgeschichtswissenschaft von dem ihr durch die Politik und die marxistisch-leninistische Ideologie auferlegten Korsett zu befreien und sie auf neue Grundlagen zu stellen. Erste Überlegungen stellten wir dazu am 11. und 12.01.1990 auf einem Kolloquium am MGI mit 64 Teilnehmern

¹¹Siehe P. Heider, Streitkräfte - Faschismus - Kriegsvorbereitung, in: Militärgeschichte, Heft 01/1990, S. 67-77.

¹²H. v. Seeckt, Gedanken eines Soldaten, Berlin 1935, S. 150.

an. Dazu gehörten alle Lehrstuhlleiter und Fachgruppenleiter der Geschichtslehrstühle der Offiziershochschulen und leitende Mitarbeiter des Armeemuseums der NVA. Mit 40 Diskussionsmeldungen handelte es sich um eine breit angelegte öffentliche Debatte, in der über Erfordernisse eines notwendigen Erneuerungsprozesses der Militärgeschichtswissenschaft gestritten worden ist.¹³

Das Kolloquium, das in einer ausführlichen Nachbereitung bewertet worden ist,¹⁴ stellt ein Zeitzeugnis aus einer Umbruchsituation dar, in der erstmals offen Kritik an erkannten Fehlentwicklungen vor einem größeren Personenkreis – über das Institut hinaus – möglich war. Aber alle Überlegungen und Hoffnungen waren damals noch auf das Ziel konzentriert, die DDR im Geiste eines demokratischen Sozialismus umzugestalten und grundlegend zu erneuern. Freilich erwiesen sich diese Überlegungen bald als illusionär. Dennoch kann heute gesagt werden: Der damalige Ansatz zum kritischen Nachdenken über die eigene Militärgeschichte und über die eigene Wissenschaftsdisziplin sowie das damit verbundene Bekenntnis zur demokratischen Revolution – oder einfach nur zur *Wende* – war ein eigenständiger und ehrlicher Schritt in die richtige Richtung. Er wirkt bis in die Gegenwart nach.

Autor: Prof. Dr. sc. Paul Heider,

Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

¹³Die drei Hauptreferate des Kolloquiums, vorgetragen von P. Heider, K.-P. Meißner und W. Hanisch, sind veröffentlicht in: Militärgeschichte, Heft 01-03/1990.

¹⁴Siehe W. Hanisch, Militärgeschichte im Erneuerungsprozess. Ansätze einer Neuorientierung der Militärhistoriker der DDR auf einem Kolloquium Anfang 1990, in: H.-J. Beth, R. Brühl, D. Dreetz (Hrsg.), Forschungen zur Militärgeschichte, Probleme und Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR (GWF, Bd. 11), Berlin 1998, S. 261-292.

Ernst Woit

Friedensphilosophie und Epocheverständnis

Wie jede Philosophie hat auch Friedensphilosophie die von Immanuel Kant formulierten vier grundlegenden Fragen zu beantworten: Erstens, was kann ich wissen? Zweitens, was soll ich tun? Drittens, was darf ich hoffen? Und viertens, was ist der Mensch? Dabei bildet die Frage, was der Mensch ist, die letztlich entscheidende Schlüsselfrage allen Philosophierens, mit deren Beantwortung – so oder so – die Antworten auf alle philosophischen Einzelfragen ihre Bestimmung erhalten. Die Frage, Was ist der Mensch?, bildet auch die letztlich entscheidende Schlüsselfrage jeder Friedens- oder Kriegsphilosophie. Man könnte sie auch so formulieren: Ist der Mensch seiner Natur nach überhaupt friedensfähig oder ist er zur Kriegführung verdammt? Jede Friedensphilosophie steht und fällt mit der Einschätzung, dass der Mensch, dass die Menschheit überhaupt, friedensfähig ist, denn sonst wäre das Ziel jeder Friedensphilosophie – die historische Überwindung des Krieges – unerreichbar.

Ich möchte nun versuchen, jenes philosophische Menschenverständnis deutlich zu machen, das friedensphilosophisches Denken von jeglichem bellizistischen Menschenbild unterscheidet. Ganz allgemein ist es die Überzeugung, dass – trotz aller bisherigen kriegerischen Menschheitsgeschichte – Frieden etwas real Mögliches ist. Diese Möglichkeit wird aus einem Menschenbild abgeleitet, das den Menschen prinzipiell für friedensfähig hält, weil Kriege nicht als Folge eines Naturgesetzes und das Führen von Kriegen nicht als dem Menschen wesenseigen angesehen werden. Dabei möchte ich vor allem folgende Fähigkeiten des Menschen als Voraussetzung seiner Friedensfähigkeit hervorheben:

- Die Fähigkeit des Menschen zu vernünftigem Handeln. Historisch hat sich diese Fähigkeit im Ansatz bereits sehr zeitig, bei der Entwicklung der Lehre vom *gerechten Krieg* in Gestalt der Güterabwägung herausgebildet. Heute zwingt die Existenz von Massenvernichtungsmitteln, die alles Leben auf der Erde auslöschen können, die menschliche Vernunft dazu, künftig Kriege als Mittel politischer Konfliktaustragung nicht mehr zuzulassen.
- Die Fähigkeit des Menschen zur rechtlichen Regelung seines sozialen Zusammenlebens. Damit ist vor allem die Tatsache gemeint, dass die Menschen im Verlaufe ihrer geschichtlichen Entwicklung sowohl innerhalb der Staaten als auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen zunehmend das *Recht des Stärkeren* oder das *Faustrecht* durch rechtliche Regelungen ersetzt haben.

- Die Fähigkeit des Menschen zu humanistischem Denken, Fühlen und Handeln. Damit ist vor allem an die Fähigkeit jedes Menschen gedacht, sich als Teil der Menschheit zu verstehen und damit in anderen Menschen prinzipiell den *Mitmenschen* sehen zu können. Diese Fähigkeit ist von entscheidender Bedeutung für die Immunisierung gegen kriegsideologische Feindbilder, die tendenziell immer darauf abzielen, dem als *Nicht-Mitmenschen* gezeichneten Feind gegenüber jede Gewalt und jedes Verbrechen zu rechtfertigen.
- Die Fähigkeit des Menschen, Fortschritte gegenüber der bisherigen Entwicklung der Menschheit für notwendig und möglich zu halten. Das betrifft angesichts des spätestens seit der Industrialisierung immer stürmischer voranschreitenden wissenschaftlich-technischen Fortschritts insbesondere die humanistische Beantwortung der Frage, welche soziale Verfassung es der Menschheit ermöglichen kann, die produktiven Potenzen dieses Fortschritts zu nutzen und zugleich die kriegerische Nutzung seiner destruktiven Potenzen zu verhindern.

Geleitet von diesem Menschenbild, entwickelt sich Friedensphilosophie, indem sie sich mit den für die jeweilige Epoche der Menschheitsentwicklung charakteristischen Kriegsgefahren und Friedenschancen auseinandersetzt.

Immanuel Kant ging in seiner Friedensphilosophie davon aus, dass „der Friedenszustand unter Menschen ... kein Naturstand“ sei, er vielmehr ein Zustand des Krieges ist“, weshalb der Frieden *gestiftet* werden müsse. Dafür sah Kant mit der Epoche der bürgerlichen Revolutionen günstige Bedingungen entstehen, weil mit republikanischen Verfassungen nicht mehr feudale Selbstherrscher über Krieg und Frieden zu entscheiden haben, sondern Staatsbürger, die – im Unterschied zum herrschenden Erbadel als *Staatseigentümer* – „alle Drangsale des Krieges über sich selber beschließen müßten“.¹

Im ausgehenden 19. Jahrhundert, am Beginn der Epoche des kapitalistischen Imperialismus, erkannten die sensibelsten und tiefsten Denker die Vorbereitung einer völlig neuartigen, unerhört zerstörerischen und die ganze Welt erfassenden Kriegführung. 1886 schrieb Friedrich Nietzsche: „Die Zeit für kleine Politik ist vorbei; schon das nächste Jahrhundert bringt den Kampf um die Erd-Herrschaft.“² Sein Zeitgenosse Friedrich Engels folgerte 1887 aus dieser Entwicklung: „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millio-

¹ I. Kant, Zum ewigen Frieden, Leipzig 1947, S. 12, 15.

² F. Nietzsche, Jenseits von Gut und Böse, in: Kritische Studienausgabe, hrsg. v. G. Colli u. M. Montinari, Bd. 5, München 1988, S. 140.

nen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet ...“³

Im Prinzip genauso sah diese Gefahr auch eine Persönlichkeit, die überragenden Anteil an der Begründung des bürgerlichen Pazifismus hatte, Bertha von Suttner. Sie schrieb 1891: „Die Dinge stehen so: Millionenheere – in zwei Lager geteilt, waffenklirrend – harren nur eines Winkes, um aufeinander loszustürzen“ Treffend bezeichnete sie diese mit wachsender Kriegsgefahr aufgeladenen zwischenstaatlichen Beziehungen als ein „bewaffnetes Angstsystem“, das den Namen Frieden nicht verdient.⁴

Es ist eine bemerkenswerte historische Tatsache, dass Wilhelm Liebknecht von August bis Dezember 1892 in dem von ihm damals redigierten sozialdemokratischen Parteiorgan *Vorwärts* mit freudiger Zustimmung Bertha von Suttners deren Roman *Die Waffen nieder!* in Fortsetzungen publizierte, und im März des darauffolgenden Jahres *Kann Europa abrüsten?* von Friedrich Engels.

Darin schlug der Mitbegründer des Marxismus vor, in Europa durch einschneidende Reduzierung der stehenden Heere und den Übergang zu einem Miliz-System – wobei Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen sollte – die Rüstungslasten abzubauen und – ohne das Sicherheitsbedürfnis der Staaten zu ignorieren –, die Gefahr eines großen Krieges praktisch zu bannen. Die große Idee, die Engels in dieser Arbeit zu begründen suchte, war, dass Abrüstung bis hin zur strategischen Angriffsunfähigkeit innerhalb des Kapitalismus prinzipiell möglich ist, wenn es über die Entwicklung einer entsprechenden öffentlichen Meinung des Volkes gelingt, den dafür entscheidenden, durch Vernunft begründeten Willen der Regierenden, zu erreichen.⁵ Das war eine Idee, die den Vorstellungen des klassischen bürgerlichen Pazifismus durchaus verwandt war, und eine Zielvorstellung, die für die gegenwärtige Epoche inzwischen eine geradezu brennende Aktualität erlangt hat.

Im Unterschied zu Engels entwickelte W. I. Lenin in seiner Imperialismus-Theorie das Theorem, dass der Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium seinem Wesen nach nicht friedensfähig sei, da er nun unvermeidlich permanent nach kriegerischer Neuaufteilung der Welt strebt. Mit seinem später entwickelten Konzept der friedlichen Koexistenz kapitalistischer und

³ F. Engels, Einleitung zu Borkheims „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten“, in: MEW, Bd. 21, Berlin 1962, S. 350 f.

⁴ B. v. Suttner, Lebenserinnerungen, hrsg. v. F. Böttger, Berlin 1969, S. 232.

⁵ Siehe: F. Engels, *Kann Europa abrüsten?*, in: MEW, Bd. 22, Berlin 1963, S. 371.

sozialistischer Staaten hat Lenin zwar selbst sein Theorem vom unvermeidlich friedensunfähigen Monopolkapitalismus wieder in Frage gestellt, zumindest aber relativiert. Doch kam er nicht mehr dazu, seine Imperialismus-Theorie entsprechend zu überarbeiten.

Nun sind alle die vom kapitalistischen Imperialismus im 20. Jahrhundert verursachten Kriege – darunter zwei Weltkriege – sicher Beweis genug dafür, dass Lenin hinsichtlich des aggressiven Wesens dieser Gesellschaftsordnung keinesfalls eine totale Fehleinschätzung getroffen hat. Der Fehler lag vielmehr in der Verabsolutierung des durchaus gegebenen Strebens nach kriegerischer Neuaufteilung der Märkte und Einflussphären und der Unterschätzung der Möglichkeit, derartige Ziele auch ohne Krieg zu erreichen. Aus seiner Auffassung, dass Frieden nur durch die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus erreichbar ist, leitete er schließlich ab, dass nun die Parteinahme für die sozialistische Revolution das entscheidende Kriterium konsequenter und ehrlicher Friedensliebe sei. In diesem Sinne schrieb er 1915: „Ohne Verbindung mit dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats ist der Kampf um den Frieden nur eine pazifistische Phrase sentimentaler und das Volk betrügender Bourgeois.“⁶

Diese in ihrem Wesen rechthaberische und sektiererische Position hat im 20. Jahrhundert immer wieder dazu geführt, dass Marxisten bürgerliche Humanisten, Christen und Pazifisten ausgrenzten, was verheerende Folgen für die Einheit und damit für die Stärke der Friedensbewegung hatte. Immer wieder haben auch kommunistische Parteien daraus, dass sie sich selbst in dem von Lenin definierten Sinne zur einzig wirklich konsequenten Friedenskraft erklärten, einen objektiv überhaupt nicht begründeten Führungsanspruch gegenüber allen andern Friedenskräften abgeleitet.⁷

Positionen dieser Art hatten nach dem Zweiten Weltkrieg u.a. zur Folge, dass die mit den beiden Stockholmer Appellen von 1950 und 1975 zum Verbot der Kernwaffen entstandene Hunderte Millionen Menschen zählende weltweite Friedensbewegung wieder zerfiel und das von Albert Einstein und Bertrand Russell begründete *Neue globale Denken für das nukleare Zeitalter* von der Mehrzahl der Marxisten erst mit einer Verspätung von zweieinhalb Jahrzehnten wirklich angenommen wurde.

In der Epoche der globalen Koexistenz zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme von 1917 bis 1989/1990 kam es wiederholt vor, dass der System-

⁶ W. I. Lenin, An die Internationale Kommission (ISK), in: Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 379.

⁷ Siehe Artikel *Frieden* von M. Klein, in G. Klaus, M. Buhr (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, Bd. 1, Leipzig 1975, S. 432 f.

Antagonismus in dem Maße praktisch politisch relativiert wurde, wie die jeweils führenden Politiker sich gerade hinsichtlich Krieg und Frieden von objektiv bestehenden gemeinsamen Interessen leiten ließen. Erinnerung sei hier vor allem an die Bildung der Anti-Hitler-Koalition während des Zweiten Weltkrieges und die Gründung der UNO sowie die Annahme ihrer Charta als ihr welthistorisch und völkerrechtlich vielleicht wichtigstes Resultat.

Eine absolut neue Qualität gemeinsamer Interessen für beide antagonistische Systeme entstand durch das Aufkommen der Kernwaffen, was einen zähen, aber schließlich erfolgreichen Lernprozeß der führenden Politiker auslöste. In prägnanter Weise hat das Bertrand Russell sehr früh friedensphilosophisch und politisch auf den Begriff gebracht: „Wir stehen ... vor der Wahl zwischen Kapitulation und Vernichtung. Diese Ansicht beherrschte auf beiden Seiten die Politik der letzten Jahre. Ich kann aber nicht einsehen, weshalb es außer Kapitulation und Vernichtung nicht noch einen Ausweg geben soll. Was die augenblickliche Situation erfordert, ist ein absolutes politisches Umdenken. ... Was sowohl der Osten als auch der Westen zu beherzigen hätte, wäre folgendes: Jede Seite hat ihre eigenen vitalen Interessen, die sie nicht opfern möchte. Keine Seite kann aber die andere besiegen, ohne dabei selbst zerstört zu werden. Die Interessen, in denen beide Seiten miteinander kollidieren, sind wesentlich unbedeutender als die, in denen alle miteinander übereinstimmen. Ihr erstes und wichtigstes Interesse aber ist das Überleben. Dies ist gemäß der Natur der Atomwaffen zu einem gemeinsamen Interesse geworden. ... Daher sollte ihr gemeinsames Überleben das oberste Ziel der Politik auf beiden Seiten sein.“⁸

Russell ging noch weiter: Er thematisierte, welche Konsequenzen sich für die Kriegsproblematik aus der Tatsache ergeben, dass der Einsatz von Kernwaffen das Überleben der ganzen Menschheit bedroht. „Dies ist eine absolut neue Situation, welche besagt, dass der Krieg nicht mehr ein Instrument der Politik sein kann. Es ist wahr, dass Kriegsdrohungen weiterhin als Instrument benutzt werden können, doch nur von Wahnsinnigen. ... Die grauenhafte Aussicht einer Auslöschung der Gesamtmenschheit, wenn nicht im nächsten, dann im übernächsten oder drittnächsten Krieg, ist für jede menschliche Vorstellung, die sich ernsthaft damit beschäftigt, so überaus furchtbar und zugleich ernüchternd, dass sie zu fundamental neuen Gedanken über den ganzen Gegenstand herausfordert ...“⁹

In dem Maße, wie die Auslöschbarkeit der Menschheit durch menschliches Handeln zum bestimmenden Inhalt des Epochebewusstseins wurde, entwi-

⁸ B. Russell, Vernunft und Atomkrieg. Wien, München, Basel 1959, S. 22 f.

⁹ Ebenda, S. 62 f.

ckelte sich in beiden Gesellschaftssystemen ein welthistorisch wirklich neues Denken und neues Handeln. Seinen politischen Ausdruck fand es vor allem 1975 in der KSZE-Schlußakte von Helsinki, in der Weiterentwicklung der KSZE zur OSZE und 1990 in der Charta von Paris.

Dass am Ende dieser Entwicklung der Warschauer Vertrag ohne Krieg zu existieren aufhörte und die NATO faktisch auf sicherheitspolitischem Gebiet in Europa das Kommando übernahm, verdeutlicht die reale politische Wirksamkeit dieses neuen Denkens. Dass dabei die ideologischen Barrieren schwieriger als die diplomatischen zu überwinden waren, zeigt u.a. auch die Tatsache, dass ein so bedeutsames Dokument wie *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit* vom 27.08.1987 nicht etwa zwischen den Führungen von SPD und SED, sondern zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vereinbart worden ist.

Einer der wichtigsten Pioniere und philosophisch konsequentesten Vertreter dieses neuen Denkens über Krieg und Frieden in der DDR und ihren Streitkräften war zweifellos Wolfgang Scheler. An der Spitze seines Lehrstuhls für Marxistisch-Leninistische Philosophie ging er 1989 so weit, „die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet wurde“, nun dahingehend zu werten, dass sie „zugleich die weltgeschichtliche Wende von der militärischen Gewalt und Krieg in der antagonistischen Klassengesellschaft zu einer Gesellschaft mit ewigem Frieden“ werden müsse, denn: „Der Kampf um den Frieden hat die Dimension des Kampfes um das Überleben der Menschheit angenommen.“¹⁰

Mit der ihm eigenen Konsequenz unterschied Scheler in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus nunmehr zwischen der „Etappe der Konfrontation zweier Weltsysteme“ und der „Etappe der Überlebensabhängigkeit beider Weltsysteme.“¹¹ Überzeugend begründete er dieses qualitativ neue Epocheverständnis so: „Im Nuklearzeitalter verändert sich das Verhältnis von Frieden und Fortschritt grundlegend. Die Erhaltung des bisherigen und jeder weitere gesellschaftliche Fortschritt ist zuallererst von der Bewahrung des Friedens abhängig. War bisher der Fortschritt zum Sozialismus die wichtigste Voraussetzung für dauerhaften Frieden, so ist im Atomzeitalter sozialer Fortschritt – auch zum Sozialismus – nur noch bei Sicherung des Weltfriedens möglich. ... Angesichts der Gefahr der Selbstvernichtung der

¹⁰Autorenkollektiv, Frieden, Krieg, Streitkräfte. Historisch-materialistischer Abriss, Berlin 1989, S. 7.

¹¹Ebenda, S. 39 ff., 42 ff.

Menschheit ist die Gestaltung eines dauerhaften Friedens in der heutigen, in antagonistische soziale Systeme und Klassen gespaltenen Welt der notwendigste und wichtigste Fortschritt, der erkämpft werden muß. Der Frieden ist heute selbst zum Hauptelement des gesellschaftlichen Fortschritts geworden.“¹²

Ich möchte jetzt versuchen, einige Aspekte der gegenwärtigen Epoche deutlich zu machen, die mir für unsere philosophische Arbeit zur Krieg-Frieden-Problematik interessant und wichtig erscheinen. Da ist zunächst noch einmal auf die Bilanz des Kalten Krieges zu verweisen. Was hat da tatsächlich stattgefunden? Nach Peter Sloterdijk „war der Kalte Krieg nicht nur der eigentliche Dritte Weltkrieg, der sich, der nuklearen Waffentechnologie entsprechend, von vornherein nur noch als Simulationskrieg abspielen konnte; er war zugleich und mehr noch die Konkurrenz zweier Intensivierungsprojekte, die beide in der Tiefenstruktur denselben Testgesetzen unterlagen. Nur deswegen konnte es hier einen Verlierer ohne militärische Entscheidungsschlacht geben, ein unter anderen Prämissen undenkbares Novum in der Geschichte von Imperien. Hinter dem militärischen Wettrüsten der bipolaren Ära stand eine profundere Wette über die Güte des Lebens selbst – ein politisch-ökonomisch-psychologisches Großexperiment des Wettlebens, Wettproduzierens, Wettgenießens, das sich in den Ereignissen von 1989 vorläufig endgültig zugunsten des liberal-kapitalistischen anglo-amerikanischen *way of life* entschieden hat.“¹³

Ich halte das für eine Epoche-Deutung, über die es sich gerade unter dem Gesichtspunkt der vielfältigen Potenzen für eine nichtmilitärische Konfliktaustragung in der Zukunft noch gründlicher nachzudenken lohnt. Was die Zukunft betrifft, scheint mir die Einschätzung des hinter uns liegenden Epoche-Wechsels wichtig, die Eric Hobsbawm 1995 traf und die m.E. noch keineswegs überholt ist. Hobsbawm schrieb damals: „Das Ende des Kalten Krieges erwies sich nicht als das Ende eines internationalen Konflikts, sondern als das Ende einer ganzen Ära – und das nicht nur für den Osten, sondern für die ganze Welt. ... Die Jahre um 1990 waren eindeutig ein solcher säkularer Wendepunkt gewesen. Doch während jeder sehen konnte, dass das Alte zu Ende gegangen war, herrschte über den Charakter und die Aussichten des Neuen tiefe Ungewißheit. Nur eines schien bei all diesen Unsicherheiten festzustehen und auch nicht wieder umkehrbar zu sein: die außerordentlichen, beispiellosen, fundamentalen Veränderungen, die die Weltwirtschaft und folg-

¹²Ebenda, S. 142.

¹³P. Sloterdijk, Falls Europa erwacht, Frankfurt a.M. 1994, S. 28 f.

lich auch die menschliche Gesellschaft seit Beginn des Kalten Krieges durchlaufen hatten.“¹⁴

Dass die gegenwärtige Epoche durch ökonomische Globalisierung geprägt ist, wird von niemandem ernsthaft bestritten. Unterschiede gibt es in der Deutung ihrer bisherigen und vor allem der künftig zu erwartenden Resultate für die Menschheit. Nach Christoph Hein hat die Globalisierung „einen Weg eingeschlagen, der auf eine Anpassung der ersten und der dritten Welt hinausläuft. ... Vielleicht ist der wahrhafte Epochenbruch das Ende der Aufteilung der Welt in eine erste, zweite und dritte. Und da die erste und zweite nicht mehr bezahlbar sind, verbleibt für uns alle die dritte Welt. Das ist unvorstellbar, gewiß. ... 'Unvorstellbar', das bedeutet geschichtlich nicht viel und erzählt nur etwas von unserem beschränkten Vorstellungsvermögen.“¹⁵

Günter Gaus sah diese Entwicklungstendenzen ähnlich, als er den Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften strategisch als „Anfang einer gesellschaftlichen Epoche des Sozialdarwinismus“ charakterisierte, „deren Dauer nicht nach zwei oder drei Legislaturperioden zu messen ist.“¹⁶

Sozialdarwinismus – das heißt das Recht des Stärkeren und die Rechtlosigkeit der Schwächeren – wird von den Siegern des Kalten Krieges natürlich nicht nur in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern vor allem auch als Faustrecht in den internationalen Beziehungen praktiziert. Der namhafte österreichische Schriftsteller Robert Menasse hat das kürzlich so charakterisiert: „Alle Errungenschaften der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, alle Lehren, die aus dem großen Krieg gezogen worden waren, werden jetzt abgebaut, zerstört, preisgegeben oder in ihr Gegenteil verkehrt ... Als Führungsmacht, als wegweisend gilt nicht der weitestentwickelte Sozialstaat, nicht der Kontinent der sich vereinigenden Wohlfahrtsstaaten, sondern die Nation mit den höchstentwickelten Waffensystemen. Diese Rückkehr in die Vorkriegsordnung wird als Ende der Nachkriegsordnung gefeiert.“¹⁷

Am deutlichsten wird die Zerstörung der völkerrechtlichen Errungenschaften natürlich an den Kriegen, die die USA und ihre Verbündeten seit Beginn der gegenwärtigen Epoche geführt haben. So meinte der Bundeswehrgeneral Klaus Naumann allen Ernstes, der Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien „könnte aber auch Geburtshelfer in der Weiterentwicklung des Völkerrechts sein.“ Denn: „Was im Westfälischen Frieden von 1648 Grund-

¹⁴E. Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme*, München, Wien 1995, S. 323.

¹⁵Ch. Hein, *Dritte Welt überall*, in: *Die Zeit*, Nr. 41 vom 30.9.2004, S. 53.

¹⁶G. Gaus, *Rauchzeichen*, in: *Freitag*, Nr. 1/2 vom 27.12.2002, S. 1.

¹⁷R. Menasse, *Kassandras letzter Ruf*, in: *Die Zeit*, Nr. 17 vom 21.4.2005, S. 45.

lage der internationalen Politik wurde, ist durch das Handeln der NATO im Fall Kosovo außer Kraft gesetzt worden.“¹⁸

Andreas Zumachs nüchterne Einschätzung der gegenwärtigen Völkerrechtssituation lautet: „Seit dem Irakkrieg steht die internationale Staatenwelt vor der historischen Alternative: Rückkehr zum Völkerrecht oder Präventivkrieg als Dauerzustand. Ein Kompromiß ist nicht möglich.“¹⁹

Für Christian Hacke, jahrelang Professor an der Bundeswehr-Universität Hamburg, nun an der Universität Bonn, sind seit dem jüngsten Irak-Krieg „die Zukunft von UNO, NATO, WEU und OSZE und die Rolle des tradierten Völkerrechts ungewiß, doch gibt es keinen Weg zurück in die Vorkriegsordnung.“ Deshalb votiert er faktisch für eine *Pax Americana*, wenn er erklärt: „Wer Krieg verhindern will, muß letztlich bereit sein, ihn zu führen.“ Und mehr noch: „Wer von der amerikanischen Hegemonie nichts wissen will, der kann die Hoffnung auf Weltfrieden begraben.“²⁰

Die Perspektiven der neuen Weltordnung als eines von den USA präsierten, von ihren Verbündeten unterstützten und vom Rest der Welt hinzunehmenden Imperiums werden selbst von ihren Strategen und Ideologen keineswegs sehr optimistisch beurteilt. Zbigniew Brzezinski bringt das bereits 1997 mit den Worten zum Ausdruck: „Amerika als die führende Weltmacht hat nur eine kurze historische Chance.“ Deshalb fordert er, „die Politik der USA muß unverdrossen und ohne Wenn und Aber ein doppeltes Ziel verfolgen: die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu bewahren und einen geopolitischen Rahmen zu schaffen, der die mit sozialen und politischen Veränderungen unvermeidlich einhergehenden Erschütterungen und Belastungen dämpfen und sich zum geopolitischen Zentrum gemeinsamer Verantwortung für eine friedliche Welt Herrschaft entwickeln kann.“²¹

Das Epocheverständnis sehr vieler einflußreicher US-amerikanischer Intellektueller ist inzwischen durch einen bemerkenswerten Pessimismus charakterisiert. Hatte Francis Fukuyama 1992 in seinem Buch *Das Ende der Geschichte* noch geradezu überschwänglich den Sieg der USA und ihrer Verbündeten im

¹⁸K. Naumann, Der nächste Konflikt wird kommen, in: Europäische Sicherheit, Nr. 11/1999, S. 8, 14.

¹⁹A. Zumach, Ein Jahr Irakkrieg. Bilanz des Scheiterns, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 03/2004, S. 296.

²⁰Ch. Hacke, Deutschland, Europa und der Irakkonflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. (Beilage zu *Das Parlament*), Nr. 24, 25/2003 vom 10.6.2003, S. 16.

²¹Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Weinheim, Berlin 1997, S. 303, 306.

Kalten Krieg gefeiert, schlug er in seinem 2002 erschienenen Buch *Das Ende des Menschen* angesichts der historisch beispiellosen Verfallserscheinungen der US-amerikanischen Gesellschaft recht pessimistische Töne an.

Zum gleichen Problemfeld veröffentlichte Joseph Heller 1994 seinen Roman *Endzeit*, in dem er das geradezu apokalyptische Szenario einer in Auflösung befindlichen USA-Gesellschaft zeichnet. John Updike geht in seinem 1997 erschienenen Roman *Gegen Ende der Zeit*, der im Jahre 2020 spielt, davon aus, dass es im Jahre 2010 einen Kernwaffenkrieg zwischen China und den USA gegeben habe, den die USA verloren hatten. Im Ergebnis dieses Krieges ist die Weltbevölkerung halbiert worden, gibt es keine Dollar-Währung mehr und sind die USA dabei, zum Hinterhof Mexikos zu werden.

Angesichts der Grundsituation, dass in Gestalt der Kernwaffen nach wie vor die Mittel existieren, mit denen die gesamte Menschheit ausgelöscht werden kann, möchte ich noch einmal auf eine spezielle Seite des Menschen zurückkommen, die für sein Epocheverständnis durchaus Bedeutung hat und mit der sich jede Friedensphilosophie heute mehr denn je auseinandersetzen muss. Ich meine ein ursprünglich lebenserhaltendes Element der menschlichen Natur, das heute allerdings das Gegenteil bewirken kann, wenn man ihm nicht bewusst entgegenwirkt. Das ist die immer wieder zu einer Unterschätzung dieser Gefahr führende psychische Verdrängung negativer Erlebnisse und drohender Gefahren aus dem Alltagsbewusstsein – und damit natürlich auch die Verminderung der Anstrengungen zur Abwehr und schließlich Beseitigung dieser Gefahrenpotentiale. Günther Anders hat das die *Apokalypsen-Blindheit* der Menschen genannt, die sie dazu veranlasst, die von den Atomwaffen ausgehende Bedrohung nicht wahrhaben zu wollen, von ihr „fortzusehen, fortzuhören und fortzuleben.“²²

Es war Bertolt Brecht, der das Ankämpfen gegen diese Verdrängung der Gefahren künftiger Kriege 1952 in den Mittelpunkt seines Traktats *Zum Völkertag für den Frieden* in Wien gestellt hat. Ich halte seine Mahnungen heute für noch aktueller und dringender als damals: „Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen. ... Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. ... Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die ver-

²²Siehe G. Anders, Über die Bombe und die Wurzeln unserer Apokalypsen-Blindheit (1956), in: G. Anders, Die Antiquiertheit des Menschen (1), München 1988, S. 236 ff.

gangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“²³

Autor: Prof. Dr. Dr. Ernst Voit,

Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

²³B. Brecht, Schriften zur Politik und Gesellschaft, Bd. 2, Berlin, Weimar 1968, S. 219 f.

Horst Großmann

Geopolitische Bedingungen für Krieg und Frieden

Als ich in den 70er Jahren in den Lehrstuhl Philosophie der Militärakademie *Friedrich Engels* in Dresden kam, vollzog sich hier gerade ein bemerkenswerter Umbruch im Denken zu philosophischen Fragen über Krieg und Streitkräfte. Dieser Umbruch war eng mit den Namen Wolfgang Scheler und Erich Hocke verbunden. Sie widmeten in ihrer Forschungsarbeit der Dialektik von Krieg und Frieden besondere Aufmerksamkeit und machten die Kategorie Frieden in ihren historischen Erscheinungsformen zum Gegenstand ihrer Untersuchungen und zur Grundlage weiterer Forschung zu philosophischen Fragen des Militärwesens.

Das allein war natürlich keine Sensation. Aber es geschah an einer Militärakademie, wo es doch als natürlicher gilt, sich mit der *Kultur des Krieges* (John Keegan) zu befassen. Das meinten auch so manche Kritiker in Uniform. Sie forderten, die Untersuchung der Friedenfrage den zivilen Universitäten zu überlassen. Bei aller Unterstützung, die der Lehrstuhl insgesamt erfahren hat, sollte die Kritik in dieser oder jener Form und in unterschiedlicher Schärfe die Arbeit des Lehrstuhls bis 1989 begleiten.

In der Folgezeit wandelte sich der Lehrgegenstand *Krieg, Streitkräfte* zielstrebig in die Disziplin *Frieden, Krieg, Streitkräfte* um, was sich natürlich auf die Inhalte in Lehre und Forschung auswirkte. Man kann das in den Publikationen der Mitglieder des Lehrstuhls nachvollziehen.

Ein solcher Umbruch geschah nicht ohne Widerstände. Sie kamen nicht nur von den Kritikern und besorgten Ideologen von außen, sondern waren vielfach auch innere, geistige Barrieren, die jeder einzelne für sich überwinden musste. Das waren alte, aber zählebige Denkmuster und -gewohnheiten, die sich in der Zeit des Kalten Krieges eingefressen hatten. Teils waren sie überholt oder auch einfach falsch. So manche *heilige Kuh* musste geschlachtet werden, was nicht immer leichtfiel.

Was hat das nun alles mit meinem Thema, mit der Geopolitik zu tun? Sehr viel; denn dieses Herangehen, Krieg und Frieden stets zusammen zu denken, haben wir uns nach der Wende bewahrt und auch auf Gegenstände angewandt, mit denen wir uns bis dahin weniger beschäftigt hatten. Dazu gehört auch die Geopolitik. Deshalb möchte ich hier über die Geopolitik in ihrer Beziehung zu Krieg und Frieden sprechen.

Seit dem ich mich mit Beginn der 90er Jahre in unserer Studiengemeinschaft etwas intensiver mit aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik beschäftigt habe, bin ich immer wieder mit der Frage konfrontiert worden, welche Rolle in diesem Zusammenhang die Geopolitik spiele. Dabei hat sich bei mir die Meinung verfestigt, dass es wichtig ist, sich mit dem geopolitischen oder – was häufig als synonyme Begriff fungiert – dem geostrategischen Hintergrund von Sicherheitspolitik auseinanderzusetzen. Gerade in der Geopolitik treten oft die wahren Absichten von Außen- und Sicherheitspolitik deutlicher zu Tage. Häufiger noch werden sie durch die Geopolitik verschleiert oder undurchsichtig.

Es muss deshalb gefragt werden, dient Geopolitik dazu, neue Kriege vom Zaune zu brechen oder kann Geopolitik auch in den Dienst des Friedens gestellt werden?

Ich halte das Wissen über die geopolitischen Ansichten und Strategien der politischen Hauptakteure dieser Welt und ihrer Theoretiker und Ideologen für unumgänglich. Das erfordert die kritische Auseinandersetzung mit geopolitischen Theorien in Vergangenheit und Gegenwart. Es sollte aber auch ermittelt werden, ob der traditionellen, am Krieg orientierten Geopolitik eine dem Frieden dienende geopolitische Disziplin entgegengesetzt werden kann.

Seit Beginn der 90er Jahre wird international von einer Renaissance der Geopolitik gesprochen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in der BRD, im Unterschied zum Ausland, Begriffe wie Geopolitik und Geostrategie tabuisiert. Diese Tabuisierung wurde nach der deutschen Wiedervereinigung weitgehend aufgehoben. Das betrifft sowohl die theoretische Diskussion über die Geopolitik als Wissenschaftsdisziplin und ihren Begriffsapparat als auch die Formulierung geopolitischer Zielstellungen für Außen- und Sicherheitspolitik.

In diesem Sinne ist es durchaus gerechtfertigt, von einer Renaissance der Geopolitik zu sprechen. Die Tabuisierung hatte ihre Ursache in der Belastung der *Geopolitik* durch den deutschen Faschismus. Die geopolitischen Theorien Karl Haushofers, die pseudowissenschaftlichen Theorien vom *Volk ohne Raum*, des *Dranges nach dem Osten* hatten der Führung des Dritten Reiches dazu gedient, ihre aggressive Außenpolitik zu legitimieren.

Joachim Petzold schrieb 1982 in seinem Buch *Die Demagogie des Hitlerfaschismus*: „Da sich die Expansionsziele des Monopolkapitals geographisch fixieren ließen, kamen weitere scheinwissenschaftliche Rechtfertigungen in Mode. Eine davon war die von dem Geographen und Zoologen Friedrich Ratzel (1844- 1904) begründete, von dem Schweden Rudolf Kjellen (1864 - 1922) weiterentwickelte und von Rudolf Heß bei Karl Haushofer (1869 - 1946) studierte *Geopolitik*. Sie ging von der These aus, dass ein wachsendes Volk sich

die notwendigen Lebensbedingungen nur eine bestimmte Zeit lang durch die innere Kolonisation erschließen könne und schließlich notwendigerweise zur äußeren Kolonisation, zur Expansion, zum Landerwerb, zur kriegerischen Eroberung greifen müsse. Für die Nazis war dabei besonders wichtig, dass der englische Geopolitiker Sir Halford Mackinder 1904 Osteuropa zum Herzland der Welt und seine Beherrschung zur Voraussetzung der Weltherrschaft erklärt hatte. Die Geopolitiker tendierten überhaupt dahin, bestimmte Expansionsrichtungen des Imperialismus als naturgegeben und vorausbestimmt darzustellen¹

In der DDR wurde Geopolitik nicht tabuisiert, sondern als reaktionäre Theorie schlechthin abgelehnt. Im Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie (Berlin 1985) wird definiert: „Geopolitik: pseudowissenschaftliche Theorie vom Zusammenhang der Politik der Staaten mit dem *geographischen Milieu*. Die G. ist die reaktionärste Entwicklungsform des *geographischen Determinismus*, die dem Imperialismus dazu dient, seine Eroberungspolitik theoretisch zu begründen. Sie wurde von *Ratzel* und *Kjellen* aufgebracht und fand in der Zeit des Faschismus in *Haushofer* ihren führenden Vertreter. Die faschistische G. benutzte vor allem die Thesen vom *Lebensraum* und vom *Volk ohne Raum*, um eine *Neuordnung Europas* zu fordern, d.h. Hitlers Annexionsprogramm zu rechtfertigen.“²

Analoge Bestimmungen und Ablehnungen finden sich in der sowjetischen Literatur. Alles das hat allerdings weder die Sowjetunion noch die DDR gehindert, in der Praxis die Welt in geographische Räume einzuteilen und in einem gewissen Sinne *Geopolitik* zu betreiben. Außenpolitik kommt ja nicht umhin, Räume abzustecken, Einflussphären zu definieren usw. Außenpolitik und Sicherheitspolitik vollziehen sich nun mal im Raum und in der Zeit.

Begriffe wie *Erste*, *Zweite* und *Dritte Welt* kennzeichneten politische Lager und geographische Räume mit zeitlich wechselnden Konturen. Es war die Rede vom Sozialistischen oder vom Kapitalistischen Lager und den Nichtpaktgebundenen, die jedes der beiden erstgenannten wiederum für sich gewinnen wollte. Sie durften sogar so genannte Stellvertreterkriege führen.

Ähnliches lässt sich natürlich auch von der BRD sagen. Sie ging von den gleichen real existierenden Räumen aus. Wenn auf Landkarten der BRD Deutschland stets in den Grenzen von 1937 dargestellt wurde, so war das durchaus geopolitisch gewollt. Die NATO, zu der ja auch die BRD gehört,

¹ J. Petzold, Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. 31 f.

² Wörterbuch der Marxistisch-Leninistischen Philosophie, Berlin 1985, S. 199.

begrenzte damals ihren Wirkungsbereich südlich bis zum Wendekreis des Krebses. Das führte nach dem Ende des Kalten Krieges im Bundestag bekanntlich zu erheblichen Diskussionen und Differenzen über den Einsatz deutscher Soldaten out of area, bis das Problem allmählich ausgehöhlt war und schließlich die geschaffenen Fakten die Diskussion überflüssig machte.

Angesichts solcher Tatsachen relativiert sich die Aussage von der Renaissance der Geopolitik nach dem Ende des Kalten Krieges. Legt man gar den angelsächsischen Raum, besonders die USA zugrunde, so kann man hier in Bezug auf die Geopolitik von einer ungebrochenen Kontinuität sprechen.

2002 erklärte der Friedensforscher Johan Galtung in einem Interview mit der Weltwoche, dass die geopolitische Doktrin der USA seit Anfang des Jahrhunderts lautet: „Wer Osteuropa beherrscht, beherrscht Zentralasien, wer Zentralasien beherrscht, beherrscht Eurasien. Und wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt. Die Welt beherrschen bedeutet zweierlei: den Welthandel kontrollieren und militärisch dominieren.“³

Die USA hatten auch nach dem Zweiten Weltkrieg ein ungebrochenes Verhältnis zur Geopolitik. Von Harry S. Truman bis zu George Bush war die übergreifende Vision US-nationaler Sicherheit deutlich geopolitisch und direkt zurückverfolgbar zur Herzlandtheorie von Mackinder und ihrer Modifizierung durch Nicholas Spykman. Bush junior hat wohl den innigen Wunsch, sie zu vollenden.

Betrachtet man die Kriege und Konflikte, in die die USA seit Beginn der 90er Jahre des ausgehenden 20. Jahrhunderts verwickelt waren, zeigt sich, dass die USA an der Umsetzung ihrer Geostrategie konsequent gearbeitet und Fakten geschaffen haben. Mit dem Golfkrieg fassten sie militärisch dauerhaft in der Golfregion Fuß. Diese Region wurde zu einer wichtigen Drehscheibe ihres Griffs nach Zentralasien. Der Krieg in Afghanistan und gegen den Irak belegt das.

Die USA drangen in Gefilde ein, die früher zur bedeutendsten eurasischen Landmacht Russland (das Herzland in klassischer geopolitischer Terminologie) und der UdSSR gehörten, und die noch immer eine russischen Interessensphäre bilden. Neben Afghanistan sind das vor allem die mittelasiatischen Republiken und die Kaukasusregion. Es ist dies eine Region voller Spannungen und Konflikte. Zbigniew Brzezinski bezeichnet sie deshalb als *Eurasischen Balkan*. Im Visier amerikanischer Geopolitik ist heute der gesamte Raum vom Maghreb über Ägypten und Israel bis zum Persischen Golf, Afghanistan und Pakistan, wobei sie Kaukasien und Zentralasien durchaus mit einbeziehen.

³ <http://www.weltwoche.ch/artikel/print.asp?AssetID=3129&CategoryID=62>

Ronald D. Asmus and Kenneth M. Pollack bezeichnen diesen Krisenbogen als Greater Middle East.⁴

Alle diese Länder sind nicht nur vom Gesichtspunkt der Militärstrategie von Bedeutung, sondern haben alle etwas mit der wichtigen strategischen Ressource Erdöl zu tun. Entweder handelt es sich um Staaten mit Erdöllagerstätten oder es sind wichtige Transitländer für den Transport des kostbaren Rohstoffs.

Es wäre allerdings kurzsichtig, das Interesse der USA an dieser Region nur unter dem Gesichtspunkt des momentanen Ölflusses zu sehen. Vielmehr geht es um ein umfassendes Konzept zur Sicherung des Energiebedarfs der USA über einen längeren Zeitraum. Dieses Ziel wurde erstmals am 16.05.2001 im so genannten Cheney-Report festgelegt. Er ist ein umfassendes Konzept zur Sicherung des wachsenden Energiebedarfs der USA über die nächsten 25 Jahre.⁵

Aus dem bisher Gesagten folgt, dass Geopolitik als Theorie, als politische Konzeption, mehr ist als nur die notwendige Berücksichtigung des geografischen, politischen und wirtschaftlichen Raumes bei der Gestaltung von Außen-, Wirtschafts-, und Militärpolitik. Die traditionelle Geopolitik wird u.a. von Geografen, Politikwissenschaftlern, Militärs erarbeitet. Sie ist ein theoretisches Konstrukt, das Politik erklären und leiten soll. Sie arbeitet mit Leitbildern, Metaphern und Symbolen usw. Sie wird von der Politik angenommen und von den Medien verbreitet und dient letztlich zur argumentativen Vorbereitung von militärischen Aktionen und von Kriegen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist u.a. die Denunzierung einzelner Staaten als Schurkenstaaten.

Geopolitik tritt somit in den Dienst der Erzeugung neuer Feindbilder. Terrorismus agiert häufig in Gestalt transnationaler Netzwerke. Durch die Verortung der Netzwerke in Staaten, die man als Schurkenstaaten denunziert, wird der Terrorismus mit realen Staaten verkoppelt und in die Symbolik der Geopolitik übersetzt. Auf diesem Wege wird ein Feind erzeugt, gegen den man mit militärischen Mitteln vorgehen kann. Dabei ist es gleichgültig, ob die Beschuldigungen stimmen oder nicht. Der Kampf gegen den Terrorismus wird zum Krieg gegen Staaten.

⁴ Siehe R. D. Asmus and K. M. Pollack, The New Transatlantic Project, in: Policy Review, http://www.policyreview.org/OCT02/asmus_print.html.

⁵ Siehe National Energy Policy, Washington, D.C., Mai 2001, Chapter Eight, Strengthening Global Alliances. Enhancing National Energy Security and International Relationships (www.whitehouse.gov/energy).

Erschwerend ist, dass den geopolitischen Konzeptionen durchaus reale Sachverhalte zugrunde liegen können, was ihre Durchschaubarkeit erschwert. Für den britischen Geographen Sir Halford Mackinder war z.B. Weltgeschichte eine Geschichte konstanter Konflikte zwischen Land- und Seemächten.

In der Vergangenheit, die er als das Columbianische Zeitalter beschrieb, bedeutete gesteigerte Beweglichkeit der Seemächte einen deutlichen Vorteil gegenüber ihren territorialen Gegnern. Das klassische Beispiel für diesen Vorteil war der Krimkrieg, in dem Russland keine Kräfte nach Süden werfen konnte, die so effektiv waren wie die französischen und britischen Flotten, obwohl die Schlachtfelder Moskau viel näher waren als London oder Paris.

Aber das Columbianische Zeitalter endete an der Wende zum 20. Jahrhundert, an der Mackinders erste Schrift erschien (1904), als Folge der technologischen Entwicklung. Ein Netz von Eisenbahnen erlaubte es den Landmächten, nun beinahe so mobil zu sein wie die Seemächte. Weil Landmächte auf der Weltinsel (Eurasien) kleinere Entfernung haben als Seemächte, die an ihrer Peripherie operieren, würde jede Zunahme ihrer Beweglichkeit das Gleichgewicht der Kräfte zu ihren Gunsten kippen. Auf diese Art würde derjenige, der das Herzland (Eurasien, Russland) beherrscht, die Möglichkeit haben, die ganze Weltinsel zu beherrschen.

Mackinder glaubte, dass die Welt sich zu einem *geschlossenen System* entwickelt hatte. Am Ende des 19. Jahrhunderts gab es keinen weiteren Raum mehr für Expansion, weil der Kolonialismus die ganze Welt unter die Herrschaft Europas gebracht hatte. Die Machtpolitik der Zukunft, spekulierte Mackinder, würde durch einen Konkurrenzkampf um die alten Gebiete statt durch eine Suche nach neuen gekennzeichnet sein.

Seiner Theorie lagen also durchaus Tatsachen zugrunde, die er auf seine Weise deutete. Etwa die Tatsache, dass die Welt unter den Kolonialmächten aufgeteilt war, dass der Kapitalismus der freien Konkurrenz in sein monopolkapitalistisches Stadium eingetreten war, dass sich eine enorme technologische Entwicklung vollzogen hatte, die militärisch nutzbar war.

Nicholas Spykman knüpfte an Mackinder an. Er wies den Küstenbereichen des Herzlands, oder wie er es nannte, dem *Rimland* (Randland) die Schlüsselrolle zur Kontrolle des Zentrums zu. Spykman postulierte: Wer das Randland kontrolliert, beherrscht Eurasien, wer Eurasien beherrscht, kontrolliert die Schicksale der Welt. Er vollzog eine Wende der geopolitischen Theorie und legte die intellektuelle Grundlage sowohl für Kennans Eindämmungspolitik als auch für die amerikanische Stützpunktpolitik der Gegenwart.

Interessanterweise trägt die gegenwärtige russische Geopolitik ähnliche Züge wie die amerikanische, allerdings mit anderen Motiven und Zielstellungen. Aber auch sie stützt sich auf Haushofer und Mackinder, wobei Eurasien eine zentrale Rolle spielt. Allerdings stützt man sich dabei gleichzeitig auf russische Theoretiker der Vergangenheit, die der Vergessenheit entrissen wurden. Aber darüber später.

Alle diese Beispiele zeigen, dass es nicht ausreicht, bei den von den Theoretikern der Geopolitik entwickelten Konstrukten zu verharren, sie als wahre Aussagen zu übernehmen. Zu fragen ist vielmehr, was hinter diesen semantischen Gebilden wirklich steckt. Die Geopolitiker erwecken den Anschein, als würden sie objektive Sachverhalte zum Ausdruck bringen. In Wirklichkeit widerspiegeln sie aber Interessen von bestimmten Menschengruppen. Und da es sich um Politik handelt, geht es letztendlich um Machtinteressen. In den geopolitischen Begriffen sind gewissermaßen die politischen Machtinteressen, die ökonomische Interessen usw. codiert, verschlüsselt. Es geht also letztlich darum, diese Codierung aufzulösen, um militärische Abenteuer und Katastrophen, wie z.B. den Irakkrieg, in Zukunft verhindern zu können.

Eine geopolitische Theorie, die dem Frieden dient, ist möglich – als Metatheorie, als Kritik der traditionellen Geopolitik. Eine solche Theorie der Geopolitik hat sich in jüngster Zeit in Gestalt der Kritischen Geopolitik herausgebildet. Entstanden in den USA der 90er Jahre, hat sie auch in Deutschland Anerkennung gefunden.

Paul Reuber und Günter Wolkersdorfer schreiben dazu folgendes: „Ein solches Forschungsprogramm hat sich im angloamerikanischen Sprachraum unter dem Begriff der *Critical Geopolitics* entwickelt. Dieser postmoderne Ansatz bildet auch am Institut für Geographie in Münster eine der beiden wesentlichen Säulen der politisch-geographischen Forschung. Er dekonstruiert geopolitische Sprachspiele und Karten, indem er solche Konstruktionen als *Machtdiskurse* enttarnt. Eine solche Sichtweise zeigt, wie durch die sprachliche oder auch kartographisch-symbolische Verkopplung von Religion/Kultur/Ethnizität und *Raum* Geopolitik gemacht wird, wie im Diskurs Regionen, Nationen et cetera konstruiert werden, in denen bestimmte Eigenschaften erwünscht sind und andere nicht, in denen die einen Menschen leben dürfen und die anderen ausgegrenzt oder vertrieben werden.“⁶

In diesem Sinne haben die Geographen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster auch die geopolitischen Diskurse nach dem Terroranschlag in

⁶ P. Reuber, G. Wolkersdorfer, Macht, Politik und Raum, in: FJ -November/2003, S. 8, <http://www.politische-geographie.de/Docs/PolGeoForschungsjournal.pdf>.

New York in den Printmedien untersucht. „Um nachzuvollziehen, wie die geopolitischen Konflikte des neuen Jahrtausends ablaufen und zu verstehen, welche besondere Rolle dabei die räumlichen Strukturen, Zeichen und Diskurse spielen, müssen – jenseits von *objektiven* Analysen oder (so genannten) *realistischen* Ansätzen in den Politikwissenschaften – stärker denn je die symbolischen Bedeutungen und geopolitischen Repräsentationen offen gelegt werden. Im Raum oder in der Sprache über Raum ist eine *Archäologie der Macht* kodiert, die je nach Kontext Ziel, Transmissionsriemen, Manipulationsinstrument und anderes sein kann und die sich nicht in Physiognomie und Funktion, sondern in Symbolisierung und Bedeutungszuschreibung äußert.“

Es gelte gerade nicht, „die kursierenden Diskurse aus Politik und Medien *von innen* zu analysieren und damit letztlich nur eine *weitere* oder *vermeintlich neutrale* oder *objektivere* Analyse bereitzustellen. ... Ziel ist es vielmehr, die geopolitischen Semantiken, Metaphern, Bilder, Zeichen und Symbole selbst zu beobachten und deren vermeintliche (geopolitische) Logik, die den kursierenden Argumentationen und Leitbildern innewohnt, zu dekonstruieren. ... Wer offen legt, wie die geopolitischen Dichotomien in der Sprache über den Konflikt konstruiert werden, der öffnet Möglichkeiten für das Infragestellen solch kategorialer Verkopplungen sozialer Eigenschaften mit territorialen Zuschreibungen. Und eben diese Differenz ist es, die der sprach- und bildgewaltigen *Verarbeitung* des Ereignisses in den Medien fehlt.“

Die vergleichende Dekonstruktion dieser Leitbilder solle zeigen, aus welchem Blickwinkel sie jeweils konstruiert sind und welchen strategischen politischen und ökonomischen Interessen sie dienen und wie sie die globalen Strukturen und deren Steuerung beeinflussen.⁷

Die Kritische Geopolitik ist ein wichtiges Arbeitsinstrument einer kritischen Sicherheitspolitik, die die offizielle Sicherheitspolitik nicht kritiklos hinnehmen will. Sowohl ihre Theorie und Methoden, als auch ihre Forschungsergebnisse können nachweisen, dass geopolitische Konzeptionen die Sicherheitspolitik, Militärstrategie, den Militäraufbau und die Waffenentwicklung von Staaten und Koalitionen maßgeblich beeinflussen.

Es darf jedoch nicht bei der Enttarnung geopolitischer sprachlicher Konstruktionen stehen geblieben werden. Die Analyse der politischen Interessen, Machtverhältnisse und Strukturen verlaufen parallel zur Kritik der geopolitischen Leitbilder und ergänzen und durchdringen einander. So wie die vielen konstruierten geopolitischen Leitbilder erst in einem komplizierten Prozess in

⁷ P. Reuber, A. Strüver, G. Wolkersdorfer, Geopolitische Diskurse in den Printmedien nach dem 11. September und während des Afghanistan-Krieges, in: <http://transforma-online.de/deutsch/transforma2004/papers/reuber.htm>.

Handeln durch Politik und Medien umgesetzt werden, so müssen auch die enttarnten Leitbilder zur politischen Aktion werden.

Autor: Prof. Dr. sc. Horst Großmann,
Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

Lothar Glaß

Ideelle Bedingungen des Friedens

Ideelle Bedingungen des Friedens – das war zumindest gedacht als allgemeine Richtung meiner Ausführungen. Als Thema ist das ohne Zweifel viel zu umfangreich. Gehören doch zu diesen ideellen Bedingungen des Friedens die Friedensliebe der Bürger ebenso wie die Achtung des demokratischen Völkerrechts und der Friedenswille von Regierungen, das hier erörterte neue Denken über Krieg und Frieden ebenso wie Ideen der Völkerfreundschaft und der Solidarität mit den Opfern von Aggressionskriegen. Schließlich werden auch die schwierigen Fragen der Motivation für den Dienst in den Streifkräften von der Frage betroffen, inwieweit Frieden zu erhalten und zu sichern für sie wesentlich ist. Ideelle Bedingungen des Friedens sind vorzufinden in politischen Ideen, in weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen, in moralischen Normen und Wertorientierungen und im Rechtsbewusstsein.

Ich möchte mich deshalb auf die Erörterung eines speziellen Problems beschränken, das in unserer von Wolfgang Scheler geleiteten theoretischen Arbeit eine Rolle gespielt hat und von aktueller Bedeutung ist – das Feindbild, oder genauer gesagt, die Relativierung und schließliche Überwindung von Feindbildern.

Vor nun fast zwei Jahrzehnten vollzogen sich in der Außen- und Sicherheitspolitik gravierende Veränderungen. Von der im Kalten Krieg üblichen Konfrontation, die wiederholt zu gefährlichen Zuspitzungen führte, wurde mehr und mehr zu Verhandlungen übergegangen, eine Entspannung angestrebt. Die Sicherheit der beiden Gesellschaftssysteme und Militärkoalitionen sollte künftig statt auf Überrüstung und gegenseitiger latenter Bedrohung auf Verhandlungen und Verträge, auf Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen gestützt werden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages beschlossen damals eine neue Militärdoktrin, die eine Koalition der Vernunft und des Realismus ermöglichte. Eine ihrer Kernaussagen bestand darin, keinen Staat und kein Volk als unseren Feind zu betrachten, einem Aggressor jedoch eine vernichtende Abfuhr zu erteilen. Das Ziel, die auf Gegenseitigkeit gegründete gemeinsame Sicherheit, erforderte den Abbau und die schließliche Überwindung der Feindschaft zwischen den sich gegenüberstehenden Militärkoalitionen.

Nach einem längeren Denk- und Klärungsprozess haben wir dann im Dezember 1987 unsere Ergebnisse in einer Forschungsinformation an das Ministerium eingereicht. Wir waren uns darüber klar, dass wir mit dem Vorschlag,

auf das *Feindbild* und die *Erziehung zum Hass* zu verzichten und Begriffe wie *Feind* und *Gegner* mit eindeutig definiertem Inhalt zu gebrauchen, eine für die *klassenmäßige Erziehung* heilige Kuh opferten, und waren auf Gegenwind vorbereitet. Der blieb auch nicht aus.

Aber zunächst kurz zum Inhalt unserer Ergebnisse. Wir stellten fest: „Antagonistische Klassen wie auch antagonistische Systeme stehen objektiv und unvermeidlich in einem Verhältnis der Gegnerschaft zueinander und sind sich dieser in der einen oder anderen Form bewusst. Sie besteht in der Gegensätzlichkeit der Klassen- bzw. Systeminteressen und bildet den Grund für den unausweichlichen Kampf der Klassen bzw. sozialen Systeme. Der Klassenkampf nimmt unter den Bedingungen der ungehemmten Entfaltung der Antagonismen des Kapitalismus unweigerlich Formen der Feindschaft an und wird von den reaktionärsten Gruppierungen der herrschenden Klasse oft in den barbarischsten und verbrecherischsten Formen geführt (Faschismus). Doch besteht darin nicht das Wesen des Klassenkampfes, sondern eine seiner Erscheinungsformen. ... Feindliche Beziehungen zwischen den Systemen (sind) nicht eine notwendige und unvermeidliche Folge der Systemgegensätze, sondern Folge einer reaktionären, falschen und untauglichen Konzeption für ihre Lösung.

Die soziale Gegnerschaft bewegt sich je nach dem Vorrang der entgegengesetzten oder der gemeinsamen Interessen im Verhältnis der Kontrahenten zwischen zwei Polen, zwischen Feindschaft und Partnerschaft sozialer Gegner.

Soziale Feindschaft ist eine Gegnerschaft, in der die Interessengegensätze wirklich aufs Äußerste zugespitzt sind oder vermeintlich als absolut gelten. Sie schließt infolgedessen Partnerschaft aus. Im Bewusstsein der Feindschaft wird subjektiv die real bestehende Feindschaft widergespiegelt, oder es werden vorhandene Gegensätze übersteigert bzw. Feinde erfunden. Ersetzt wird die sachlich-wissenschaftliche Analyse gegensätzlicher Interessen durch moralisierende Bewertung und Vorurteile ... Unser Bewusstsein der Feindschaft erkennt die wirklichen Feinde der internationalen Friedensordnung und der Freiheit der Menschen und erklärt nicht das gegnerische System zum Feind. Unser Bewusstsein der Gegnerschaft differenziert entsprechend der genauen Bestimmung, wo gegensätzliche und wo gemeinsame Interessen liegen, auf deren Basis Verständigung und Kooperation möglich sind und stellt andere Staaten und Völker nicht in einem Feindbild dar.

Eine Partnerschaft sozialer Gegner in den internationalen Beziehungen ist eine Gegnerschaft, die bei voller Klarheit über die unüberbrückbaren Gegensätze die gegenseitige Abhängigkeit und daraus resultierende gemeinsame In-

teressen zur Grundlage für ein friedliches Miteinander, für Interessenausgleich und vernünftige Kompromisse, für Zusammenarbeit und Verständigung macht. Sie besteht ihrem Wesen nach in friedlicher Rivalität.

Die noch bestehende Feindschaft im Verhältnis der antagonistischen Systeme abzubauen und die Auseinandersetzung auf die objektiv determinierte Gegnerschaft zu reduzieren, ist der wesentliche Inhalt der Wende von der Konfrontation zur gemeinsamen Sicherheit. Es ist eine Gegnerschaft, die in Übereinstimmung mit der heute objektiv gegebenen Lage im Gegner zugleich den Partner für das gemeinsame Überleben und für den Wettstreit in friedlichen und zivilisierten Formen erkennt und anerkennt.“¹

Ich habe hier noch einmal die Kerngedanken unserer Position ausführlich zitiert, um die Entwicklung unserer theoretischen Auffassungen zu verdeutlichen.

Zu den daraus abgeleiteten Folgerungen gehörte, dass der Feindbegriff nicht auf Staaten, ihre Organe, darunter ihre Streitkräfte, angewandt werden darf. Feinde sind nur jene aggressiven politischen und sozialen Kräfte im imperialistischen System, die eine Politik der Feindschaft, der Gewalt und des Krieges gegen uns betreiben, und natürlich wäre im Falle einer Aggression der Aggressor unser Feind. Dann hätte die Bezeichnung *Feindstaaten* und *feindliche Streitkräfte* eine Berechtigung. Solange der imperialistische Militarismus uns mit Feindschaft begegnet, müssen wir uns bewusst bleiben, dass wir Feinde haben, obwohl unsere Option nicht die Feindschaft ist und wir einen Feind weder brauchen noch haben wollen.

Wir haben also für eine realistische, differenzierte Beurteilung der uns gegenüber stehenden sozialen und politischen Kräfte plädiert und auch aus diesem Grunde jeder Erziehung zum Hass eine Absage erteilt. „In der speziellen Hasserziehung liegt die Gefahr der Vereinseitigung und Verselbständigung des Hassgefühls. Aus diesen Gründen und ebenso aus Gründen der Erfordernisse eines hochtechnisierten und rationalisierten Militärwesens, das eine rationale Beherrschung der Emotionen verlangt, kann sie für die Erziehung der Wehrbereitschaft nicht effektiv werden.“²

Wolfgang Scheler, der diese Ergebnisse im Zusammenhang mit dem neuen Denken zu Frieden, Krieg und Streitkräften in der Politischen Hauptverwaltung zu verteidigen hatte, stieß auf Skepsis und Zurückweisung, aber auch auf Zustimmung und Unterstützung einiger Fachkollegen. Eine Veröffentlichung, wie auch die Verwendung in der Lehre wurden damals untersagt, ein Teil der

¹ W. Scheler, L. Glaß, K. Götze, Freund oder Feind, in: Volksarmee, Berlin, Nr. 04/1990.

² Ebenda, S. 7.

in der Information vertretenen Standpunkte angezweifelt. Einige wurden direkt als falsch bezeichnet und mit der Begründung zurückgewiesen, dass sie mit den geltenden Parteibeschlüssen und militärischen Grundsatzdokumenten nicht übereinstimmen würden.

Erst nach der politischen Wende im Herbst 1989 konnte eine nachträgliche Veröffentlichung in der Zeitung *Volksarmee* Nr. 04/1990 und eine Weiterführung über den Eintritt in die Kooperation mit der Bundeswehr in der Nr. 09/1990 erfolgen.

Natürlich, und das soll nicht zu unserer Entschuldigung gesagt sein, traten nun an die Stelle der von uns kritisierten dogmatischen Überhöhung des Feinddenkens eine Reihe Illusionen über die militärische Kooperation im deutsch-deutschen Einigungsprozess. Dass aber generell Zusammenarbeit mit den Angehörigen der Bundeswehr – und z.B. auch der Zusammenschluss der Gedienten im Bundeswehrverband – ohne erhebliche Schwierigkeiten vollzogen werden konnte, dazu glauben wir mit unserer theoretischen Arbeit einen bescheidenen Beitrag geleistet zu haben.

Als die Euphorie über den beseitigten Systemgegensatz und die ihm innewohnenden Gefahren für den Frieden in unserem Land verflogen war, zeigte sich schon bald, dass die offizielle Politik nicht ohne die Ängste auskommt, die von Bedrohungen ausgehen. Das Bundesministerium für Verteidigung wurde recht schnell fündig. Obwohl der bedrohlichste Fall einer großangelegten Aggression höchst unwahrscheinlich geworden ist, wachse die Wahrscheinlichkeit weniger bedrohlicher Konflikte im – man merke auf – erweiterten geografischen Umfeld. Das kann man schon 1992 in den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* des Bundesministers für Verteidigung lesen. Und weiter heißt es: „Eine Gefährdung Deutschlands oder seiner Verbündeten durch Russland ist ... auf absehbare Zeit auszuschließen, sofern im Bündnis die Fähigkeit zum flexiblen Aufwuchs und zur strategischen Balance erhalten wird.“³ Damit wurde die Wehrdienstpflicht erst einmal festgezurrert und der Abrüstungsdiskussion entzogen.

Das Aufgabenspektrum der Bundeswehr wurde erweitert. So wurde die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“⁴ zu einem staatlichen Sicherheitsinteresse Deutschlands

³ Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Bonn, 26.11.1992, S. 13.

⁴ Ebenda, S. 7.

erklärt. Der weltweite Einsatz der Bundeswehr wurde gegenüber der Landesverteidigung zur vorrangigen Option.

Die *Verteidigungspolitischen Richtlinien* aus dem Jahr 2003 fassen das knapper, ergänzt durch die Entwicklung des letzten Jahrzehnts: „Vornehmlich religiös motivierter Extremismus und Fanatismus, im Verbund mit der weltweiten Reichweite des internationalen Terrorismus bedrohen die Errungenschaften moderner Zivilisation wie Freiheit und Menschenrechte, Offenheit, Toleranz und Vielfalt.“⁵ Hier werden die neuen Feinde ausgemacht.

S. P. Huntington hat Mitte der neunziger Jahre für das kommende 21. Jahrhundert den Zusammenprall der Kulturen als unvermeidlich dargestellt. Er hat dabei vor allem den Islam als einen potentiellen Feind gekennzeichnet, weil dessen Wertvorstellungen nicht mit den westlichen Werten vereinbar seien.

Obwohl kulturelle bzw. religiöse Unterschiede als Ursachen von Kriegen gegenüber entgegengesetzten ökonomischen und politischen Interessen von nachrangiger Bedeutung sind, verfehlen solche Theoreme nicht ihre Wirkung.

Schon in der Stunde nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11.09.2001 verkündete G. W. Bush, es seien islamische Terroristen gewesen. Ihnen und den Ländern, die ihnen Unterschlupf gewähren, erkläre die USA nun den Krieg. Verdächtig ist, dass es zu diesem Zeitpunkt noch nicht die geringsten Beweise dafür gab. Später vermehrten sich sogar die Zweifel an der offiziellen Version, weil eine Reihe von Indizien wie eine gelegte Spur aussahen. Stellt man die in der Politik altbewährte Frage *cui bono*, so kann man sich kaum vorstellen, dass islamische Staaten oder *der Islam* irgendeinen Vorteil aus diesem Terrorakt gezogen haben sollen. Aber weltweite Kriege für eine neue Weltordnung, für die Kontrolle des Planeten durch die USA haben durch die ausgelösten Ängste die Unterstützung oder zumindest die Duldung durch viele Menschen gefunden.

Ich möchte hier aber noch einmal hervorheben: Ganz gleich, von wem Terrorakte initiiert und begangen werden, sie sind ein Verbrechen und als solche eindeutig abzulehnen und zu verurteilen, weil sie eine brutale Missachtung und Verletzung der Menschenrechte, insbesondere auch des humanitären Kriegsvölkerrechts, darstellen. Sie sind auf jeden Fall feindselige Akte.

Gegen den Vorwurf der Inszenierung der Anschläge gibt es verständlicherweise auch vehementen Widerspruch. Weil es mir nicht möglich ist, die gegen die offizielle Version über die Attentäter vom 11.09.2001 vorgebrachten

⁵ Verteidigungspolitische Richtlinien ..., a.a.O., S. 6.

Argumente⁶ zu überprüfen, möchte ich mich einigen anderen, aber damit zusammenhängenden Fragen zuwenden.

Ist der Islam unser Feind?

Samuel Huntington sieht im Islam einen potentiellen Feind, weil dieser eigene Auffassungen darüber habe, was richtig und was falsch ist. Das sei einer Aufnahme westlicher Werte hinderlich. Eine westliche Zivilisation sei in islamischen Ländern schwerlich zu entwickeln. Außerdem bringe das Bevölkerungswachstum in solchen Ländern ein Heer von arbeitslosen jungen Muslimen hervor. Das wird von Huntington als Gefahr empfunden.⁷

Mehr als eine Milliarde Menschen nennen sich Muslime; in vielen Staaten Arabiens, Afrikas und Asiens ist der Islam Staatsreligion. Haben wir diese Milliarde Menschen zu fürchten? Wollen sie etwa unsere Länder erobern, unsere Rohstoffe und Energieressourcen plündern? Das wollen sie sicher nicht. Ihre *Gemeinheit* besteht vielmehr darin, dass sie zunehmend Anspruch auf ihre eigenen Ressourcen erheben und die Ausplünderung ihrer Länder durch die Industrienationen behindern. Peter Scholl-Latour meint, dass Enduring Freedom kein gewöhnlicher Krieg ist: „Diese Operation gleicht einer Gespensterjagd. Das Feindbild bleibt verschwommen. In Ermangelung einer präzisen Definition des Gegners muss der ‚revolutionäre Islamismus‘ erhalten, muss der Verdacht einer permanenten Verschwörung stets neu belegt werden.“⁸

Aber auch die nähere Bestimmung *revolutionärer Islamismus* oder *islamischer Fundamentalismus* oder kurz *Islamismus* macht die Sache nicht klarer. In der Washington Post wurde in einem Artikel die Islamische Republik Iran als *Zentrum einer neuen Komintern* bezeichnet. Diese Bedrohung sei ebenso schlimm wie das alte kommunistische *Empire of Evil*. Der islamische Fundamentalismus trete – ähnlich wie einst die Weltrevolution – „messianisch und ideologisch, rücksichtslos und diszipliniert“ gegen den westlichen Liberalismus an.⁹

Tendenziell breitet sich der Islamismus als politische Erscheinung in vielen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens weiter aus, nachdem der arabische Nationalismus, wie auch der arabische Sozialismus, sich als Fata Morgana erwiesen haben. Das Bestreben, das gesamte gesellschaftliche und politische Leben, insbesondere Staat und Recht, am Koran auszurichten, ist dort zur

⁶ Siehe dazu Hintergründe der Anschläge vom 11. September 2001 und der laufenden US-Politik, Manuskriptdruck, o. O.

⁷ Siehe S. P. Huntington, Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München, Wien 1996, S. 334 ff.

⁸ P. Scholl-Latour, Kampf dem Terror - Kampf dem Islam?, o. O., 2003, S. 15.

⁹ Zitiert nach ebenda, S. 36.

vorherrschenden Tendenz geworden. Aber das bleibt doch wohl eine innere Angelegenheit dieser Staaten. Eine Bedrohung der Nachbarländer geht davon nicht aus. Also auch der Islamismus ist nicht unser Feind, selbst wenn er in der internationalen Arena nicht selten als ein politischer und sozialer Gegner der westlichen Industrieländer auftritt.

Bleibt der internationale Terrorismus als Feind. Die Aktionen der Terroristen sind eindeutig feindselige Akte. Das ist unbestreitbar. Die entschiedene Bekämpfung des Terrorismus ist notwendig und gerechtfertigt. Denn die Terrorakte richten sich vorwiegend gegen Zivilpersonen, um eine Destabilisierung von Staaten zu erreichen. Dabei sind die Beweggründe der Attentäter durchaus unterschiedlich. Ihr Handeln ist religiös, nationalistisch, pseudorevolutionär oder rassistisch motiviert. Unter diesem Aspekt ist internationaler Terrorismus ein Sammelbegriff und erfasst ein weitgefächertes Spektrum unterschiedlicher Terrorgruppen.

Es gibt Terrorgruppen, die über Ländergrenzen hinweg vernetzt und aktiv sind und in diesem Sinne weltweit operieren. Ein internationaler Terrorismus mit einer zentralen Leitung gehört aber immer noch ins Reich der Phantasie.

International sind auch die Bedingungen für die Rekrutierung immer neuer Attentäter – Unterentwicklung, Unterdrückung, Demütigung und Armut, verbunden mit religiösem, nationalistischem oder rassistischem Fanatismus. Nicht selten sind Geheimdienste in die Organisation von Terrorgruppen verstrickt. Auch Verbindungen zur organisierten Kriminalität, zu Strukturen in der Gesellschaft einiger Länder, wurden bereits festgestellt.

Das heute gängige Feindbild *internationaler Terrorismus*, das vor allem von der Bush-Administration ausgestreut wurde, blendet den Terrorismus von Staaten völlig aus. So ist eine Kriegführung, die sich gegen die Zivilbevölkerung richtet, systematisch ihre Lebensgrundlagen zerstört, wie z.B. in Vietnam oder Jugoslawien, die die Tötung von Zivilpersonen als *Kollateralschäden* entschuldigt, wie in Afghanistan und im Irak, Terrorismus reinsten Wassers.

Der Bekämpfung des Terrorismus ist ein verschwommenes Feindbild nur hinderlich. Hierzu bedarf es einer genauen Definition. E. Woit hat im Buch *Kriege zur Neuordnung der Welt* eine tragfähige Definition unterbreitet.¹⁰

Das gesellschaftliche Übel des Terrorismus wirksam zu bekämpfen, erfordert langfristige Strategien. An der Spitze steht dabei die friedliche Beilegung gesellschaftlicher Konflikte, insbesondere solcher wie in Palästina, im Irak, in

¹⁰Siehe E. Woit, Terrorismus, in: *Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges*, in: E. Woit, W. Scheler (Hrsg.), Berlin 2004, S. 297 f.

den Kurdengebieten der Türkei, im Kaukasus, in Kaschmir, in Indonesien und in Afrika, aber auch in Europa – im Baskenland und auf dem Balkan. Gerechte Lösungen dieser Konflikte zu finden, die altes Unrecht beseitigen und die Basis für gleichberechtigte Beziehungen zwischen den Nationen, Volksgruppen, unterschiedlichen Religionen und Rassen schaffen, halte ich zur Überwindung des Terrorismus für entscheidend. Natürlich muss terroristische Gewalt auch jetzt abgewehrt werden. Aber auch die dazu notwendige Ermittlung und Gegengewalt liegen in der Verantwortung der Polizei und vielleicht auch der Geheimdienste, die sich ja damit auskennen.

Das falschste ist es doch wohl, die Lösung dieses Problems in einem andauernden Krieg gegen den internationalen Terrorismus zu suchen. G. W. Bush predigt von einem jahrelangen, eventuell jahrzehntelangen Krieg gegen das Böse. Afghanistan und Irak sind offenbar nur die ersten Ziele. Der Artikel V der Atlantischen Allianz ist seit dem 11. September in Kraft getreten und wir befinden uns seitdem alle im Kriegszustand gegen das Phantombild des *islamischen Terrorismus*.

Die bisherigen Ergebnisse dieses Krieges sind äußerst mager und ernüchternd. Die Taliban wurden zerschlagen, aber nicht ausgeschaltet; Bin Laden wurde nicht gestellt; Afghanistan hat noch keinen wirklichen Frieden. Der Diktator Saddam, der gewiss viel Übles auf dem Kerbholz hat, aber keinesfalls ein Islamist war, ist gestürzt; seine Massenvernichtungswaffen sind als Lügennebel zerstoßen. Leider kommt auch die Bevölkerung von Israel und Palästina noch immer nicht zur Ruhe. Jeder Blick in die Tageszeitung bestätigt uns die Feststellung, die die vom UNO-Generalsekretär eingesetzte Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel im Jahre 2004 getroffen hat. Bei den regionalen Konsultationen, die sie abhielt, „wurde von Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen immer wieder die Besorgnis vorgetragen, dass der gegenwärtige ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ in manchen Fällen genau die Werte untergraben habe, die von den Terroristen ins Visier genommen werden: die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit.“... Es wurde häufig die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, „dass Vorgehensweisen gegen den Terror, die sich ausschließlich auf militärische, polizeiliche und nachrichtendienstliche Maßnahmen konzentrieren, Gefahr laufen, die Bemühungen um die Förderung einer guten Staatsführung und der Menschenrechte zu untergraben, große Teile der Weltbevölkerung vor den Kopf stoßen und dadurch das Potential für ein gemeinschaftliches Handeln gegen den Terrorismus schwächen.“¹¹

¹¹Eine sichere Welt. Unsere gemeinsame Verantwortung. Bericht der Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel. Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Blaue Reihe, Nr. 89, Berlin 2004, S. 51.

27 ost- und westdeutsche Botschafter a.D. haben sich in einem Brief an den Präsidenten des Europäischen Parlaments gewandt und vor dem sich unter dem Einfluss der Politik und der Medien entwickelnden Feindbilddenken gegenüber dem Islam gewarnt. Sie sind der Meinung, dass der einseitig militärisch dominierte Politikansatz gescheitert ist, wie der israelisch-palästinensische Konflikt, Afghanistan, Irak, Zentralasien und Tschetschenien zeigen. „Er führte nur zu weiterem Zulauf für terroristische Netzwerke.“¹² Beunruhigend ist, „... dass für den ‚Krieg gegen den Terror‘ kein Ende gedacht wird.“¹³ Es fehle noch immer ein Friedensentwurf. Sie schlagen vor, den Konflikt mit der islamischen Welt zu entspannen. Sie schreiben: „Die bis in die europäische Kolonialepoche zurückreichende Dominanzdimension im Umgang des Westens mit der islamischen Welt ist Teil des historischen Prozesses, in dem die Grundlagen des heutigen Terrorismusdilemmas entstanden. Es wird eines langfristigen Prozesses bedürfen, sie auszuräumen“.¹⁴

Die Umorientierung auf eine friedliche Konfliktregelung verlangt, „... die Anerkennung der Ganzheitlichkeit gemeinsamer Sicherheit, die Respektierung der jeweiligen zivilisatorischen Werte und Entwicklung ... (Sie) bilden den Kern neu zu schaffender Beziehungen, die auf Kooperation und Koexistenz beruhen“.¹⁵ Vorbehaltlos zu unterstützen ist der Vorschlag der ehemaligen Botschafter, der unverzüglichen Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes und der Beendigung der Okkupation Iraks Priorität zuzuerkennen.

Wenn wir uns mit Realitätssinn und mit einer friedlichen, demokratischen Politik nach außen und innen der Bedrohung durch den Terrorismus stellen, werden wir auf Dauer Erfolg haben. Pauschale Feindbilder sind hierbei kontraproduktiv.

Autor: Doz. Dr. sc. Lothar Glaß,

Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

¹²Friedensfrage ins Zentrum rücken, Offener Brief von deutschen Botschaftern a.D. an den Präsidenten des Europaparlaments, in: Neues Deutschland vom 26./27.02.2005.

¹³Ebenda.

¹⁴Ebenda.

¹⁵Ebenda.

Eberhard Arnold

Anmerkungen zum Problemkreis *Bedrohung*

Die Bedrohung durch einen tatsächlichen oder vermuteten Feind spielte in der Militärgeschichte, insbesondere in der Zeit des Kalten Krieges zwischen NATO und Warschauer Vertrag (WV), eine große Rolle.

Welch vielfältiges Gesicht *Bedrohung* haben kann, zeigt die Vorbereitung des jüngsten Irak-Krieges. Wir erinnern uns: Bush wollte aus bekannten Gründen den Krieg gegen den Irak. Hierzu wurde eine für die USA und die gesamte westliche Welt akute tödliche Bedrohung, insbesondere durch Massenvernichtungswaffen, erfunden. Das ganze Ausmaß dieser Bedrohungslüge wurde durch die Erklärung von Colin Powell vor wenigen Tagen deutlich. Aber – der Krieg wurde begonnen und fordert noch heute seine Opfer.

Natürlich ist die Erfindung einer akuten Bedrohung als Begründung für den Beginn eines Krieges nichts Neues in der Geschichte. Das Erschreckende daran ist jedoch, dass ein Land, das sich nicht nur selbst für das freieste und demokratischste Land der Welt hält, zu diesem Mittel greift und ungestraft greifen kann. Die USA begannen den Krieg gegen den Willen u.a. der Regierungen der BRD, Frankreichs und Russlands, ohne Zustimmung des Sicherheitsrates.

Es kann festgestellt werden, dass *Bedrohung* eine nach wie vor bedeutsame Kategorie darstellt.

Im März 1989 fand am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg eine Tagung statt, an der neben Wissenschaftlern dieses Instituts Generale und Offiziere der Bundeswehr und der NVA teilnahmen. Fragen der wechselseitigen Bedrohung spielten dabei eine nicht unwesentliche Rolle. Das Ganze war natürlich zunächst in die auf beiden Seiten vorhandenen holzschnittartigen Grundthesen eingepasst: Wir sind dem Frieden verpflichtet, die andere Seite bedroht uns – und damit den Frieden. Sehr schnell wurde aber deutlich, wie wichtig es war, darüber zu sprechen, warum die andere Seite so bedrohlich beurteilt wurde. Wie vielschichtig sich das Problem darstellt, zeigt ein Beispiel aus einem Gespräch.

Ein Oberst der Bundeswehr führte mit großem Ernst aus, dass die NATO überhaupt nicht in der Lage wäre, einen Krieg zu beginnen, weil der demokratische Charakter dieses Bündnisses und der sich daraus ergebende Entscheidungsmechanismus das gar nicht zuließe. Er war offensichtlich erstaunt, dass dies für mich als Offiziere der NVA kein überzeugendes Argument war.

Aus heutiger Sicht könnte man mit Blick auf den Irak-Krieg sagen: Die Skepsis war wohl berechtigt und der Oberst der Bundeswehr könnte darauf hinweisen, dass die Regierung der BRD mit Rücksicht auf die Verfassung und die nächsten Wahlen nicht am Krieg teilnehmen konnte. Gott sei Dank blieb uns der Wahrheitstest in dieser Frage in der Auseinandersetzung NATO – WV erspart.

Angemerkt muss allerdings werden, dass nach meiner Kenntnis bei uns nie untersucht wurde, ob überhaupt bzw. in welchem Maße die Verhältnisse in den Staaten der NATO, einschließlich bestimmter Entscheidungsmechanismen, Einfluss auf einen möglichen Kriegseintritt bzw. einen überraschenden Kriegsbeginn haben konnten. Ich fürchte, die Antwort hätte vor Beginn der Untersuchung schon festgestanden.

Objektiv betrachtet war es aber für Militärs legitim, die Möglichkeit des Kriegsbeginns durch den potentiellen Gegner in Betracht zu ziehen, ja von diesem Fall auszugehen. Musste aber nicht logischerweise die andere Seite genauso herangehen? Mit Ironie könnte man sagen: Natürlich nicht, denn die Staaten des WV waren dem Frieden verpflichtet, Afghanistan war Hilfe, die eindeutige Ausrichtung auf die strategische Angriffsoperation zu Beginn eines Krieges war den Erfahrungen der Sowjetarmee beim Überfall 1941 geschuldet. Es liegt auf der Hand, dass man mit dieser Argumentation den Bundeswehroffizier genauso wenig hätte überzeugen können. Übrigens, so einfach haben wir es uns bei der erwähnten Tagung auch nicht gemacht.

Es wurde deutlich, so mein Eindruck, auf beiden Seiten konnte oder wollte man über Jahrzehnte hinweg nicht der Frage nachgehen, wie, was und warum auf der anderen Seite als Bedrohung wahrgenommen wurde. Das änderte sich erst allmählich mit dem Fortschreiten des Helsinki-Prozesses, den dort beschlossenen vertrauensbildenden Maßnahmen (z.B. Manöverbeobachtung) sowie auch den die konventionellen Waffen erfassenden Abrüstungsprozess. Ein entscheidender Grund dabei war wohl die Erkenntnis, dass ein Krieg in Zentraleuropa nicht mehr mit Aussicht auf einen Sieg geführt werden kann.

Nach wie vor bin ich davon überzeugt, dass der WV nie plante, einen Krieg gegen die NATO-Staaten vom Zaune zu brechen. Ein Bedrohungsszenarium, das den Beginn eines Krieges durch die Staaten des WV eine Berechtigung gegeben hätte, war also nicht erforderlich.

Ungeachtet dessen spielte bei uns die Darstellung der Bedrohung eine große Rolle. Die Beschaffung entsprechender Aufklärungsergebnisse und deren Analyse war ein wichtiger Gegenstand der Aufklärung in allen Bereichen der NVA. Dabei war die Stärke der gegnerischen Streitkräfte logischerweise von entscheidender Bedeutung. Warum aber wurden die Aufklärungsergebnisse

der NVA immer wieder in Frage gestellt? In unseren Analysen waren wir bemüht, ein realistisches Bild von der aktuellen Stärke und den Aufwuchsmöglichkeiten zu zeichnen. Unsere Werte lagen aber regelmäßig unter den zahlenmäßigen Annahmen, die aus übergeordneten Stäben der Streitkräfte des WV bzw. der Sowjetarmee vorgegeben wurden. Letztendlich wurden nicht diese nebulöse Annahmen, sondern die Aufklärungsergebnisse der NVA angezweifelt. Über das Warum kann man nur spekulieren.

Ausgehend von der These des sich ständig verschärfenden Klassenkampfes wurde bis in die 80er Jahre postuliert, dass der Imperialismus immer aggressiver, immer gefährlicher und damit die Kriegsgefahr immer größer wird. Militärisch musste die NATO zur Abstützung dieser These so stark dargestellt werden, dass ein möglicher Kriegsbeginn durch die NATO als realistische Option erschien. Dabei wäre aber eigentlich nicht die Stärke einer Seite, sondern das Kräfteverhältnis zu betrachten gewesen. Für uns als Offiziere der NVA konnte dies aber in der Endkonsequenz gar nicht beurteilt werden, weil wir bis zum Beginn der Abrüstungsverhandlungen zwar ein recht zutreffendes Bild über die NATO-Streitkräfte, aber faktisch kein Gesamtbild von den Streitkräften des WV hatten.

Die NATO-Streitkräfte mussten also zwingend so stark dargestellt werden, dass sie eine ernste Bedrohung darstellten. Andererseits wurde stets propagiert, dass nur starke, dem Feind möglichst überlegene Streitkräfte des WV den Frieden garantieren. Die Auflösung dieses Widerspruchs verlangte anscheinend ständig steigende Anstrengungen zur Stärkung der Landesverteidigung.

Die Bedrohungsdarstellung war auch ein wichtiges Mittel der militärischen gegenüber der politischen Führung, um höhere Militärhaushalte durchsetzen zu können – sowohl im nationalen Bereich, insbesondere aber von Seiten des Stabes der Vereinten Streitkräfte des WV, sprich des sowjetischen Generalstabes, gegenüber den Regierungen der Staaten des WV.

Der Helsinki-Prozess, die allmähliche Durchsetzung der Erkenntnis, dass ein Krieg in Zentraleuropa so oder so zu Schäden von unvorstellbarem Ausmaß führen würde, und vielleicht auch die aufdämmernde Ahnung, dass ein weiteres Wettrüsten zu weitreichenden gesellschaftlichen Auswirkungen führen kann, sowie der Beginn realer Abrüstungsschritte auch im konventionellen Bereich führten zu einer völlig neuen Situation. Sie zeitigte auch erhebliche Auswirkungen auf das weite Feld der Bedrohung, der Bedrohungsdarstellung und der Bedrohungsperzeption. Obsolet wäre diese Fragestellung bei Fortbestand der Blockkonfrontation nicht geworden, sie erledigte sich durch das

Verschwinden des WP. Wie wir aber gesehen haben, ist das Thema nach wie vor aktuell, nicht nur im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg.

Schließlich noch ein Wort zur speziellen Bedrohung der Menschen in der DDR und ihrer Existenzgrundlagen. Wie gesagt, ein Krieg in Zentraleuropa hätte unabsehbaren Folgen gehabt. Nun trat nach 1987 eine grundlegende Änderung in der militärstrategischen Planung des WV ein: die eindeutige Ausrichtung auf Hinnahme des ersten Schlages und auf strategische Verteidigung. Nach den mir bekannten Übungsszenarien im operativ-strategischen Bereich war u.a. vorgesehen, bei einer sich abzeichnenden ernststen Bedrohungslage einen 30 Kilometer tiefen Streifen entlang der Staatsgrenze West zur Verteidigung vorzubereiten und im Falle eines Angriffs der NATO erforderlichenfalls bis zur Oder zurückzuweichen, um so Zeit für die Heranführung von Reserven aus der Tiefe des strategischen Raumes zu gewinnen und anschließend einen Gegenschlag mit dem Ziel der Wiederherstellung der Lage zu führen.

Welche Konsequenzen hätte das gehabt? Zunächst hätte das die DDR, ohne dass der Krieg begonnen werden musste, an den ökonomischen Abgrund geführt. Des weiteren wären die Kampfhandlungen zweimal über die DDR hinweggegangen. Von der DDR wäre nichts übrig geblieben. Also auch unter diesen veränderten Bedingungen hätte sich für die DDR und ihre Menschen am Ergebnis nichts geändert.

Diese echte Bedrohung, die von diesen Konzeptionen ausging, wurde entweder von der Staatsführung der DDR nicht erkannt, oder man erwartete, dass diese Situation nicht eintreten würde. Für die Menschen auf dem Gebiet der DDR wäre der Krieg weiterhin die größte Bedrohung gewesen. Die Militärwissenschaft hatte keine Lösung für die Auflösung des Widerspruchs: Nichtführbarkeit von Kriegen in Zentraleuropa und Vorhandensein von immer noch starken und sich zumindest qualitativ weiterentwickelnden Streitkräften.

Autor: Prof. Dr. sc. Eberhard Arnold,

Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

Publikationen

**des Lehrstuhles Philosophie an der Militäarakademie *Friedrich Engels*
und der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.
zum Thema des Kolloquiums
(Auswahl)**

- G. Kießling, W. Scheler, Krieg und Gewalt in der Geschichte der Klassengesellschaft, in: Grundlagen des historischen Materialismus, Berlin 1976.
- E. Hocke, W. Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart, Berlin 1977; 2. überarbeitete Auflage, Berlin 1982.
- G. Kießling, W. Scheler, Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit, Berlin 1981.
- L. Glaß, W. Scheler, Friedenskampf und Moral, in: Sozialismus und Ethik. Einführung, Berlin 1984.
- W. Scheler (Leiter des Autorenkollektivs) u.a., Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges, Berlin 1984, 2. durchgesehene Auflage, Berlin 1986.
- H. Großmann, Frieden, Freiheit und Verteidigung, Berlin 1985.
- W. Scheler, Die friedliche Koexistenz als die gegenwärtig wichtigste Form des Friedens, in: Philosophen im Friedenskampf, Berlin 1986.
- W. Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 01/1987.
- W. Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden im nuklearen Zeitalter (I) und (II), in: Militärwesen, Heft 01 und 02/1987.
- W. Scheler, Gewalt der Vernunft. Neues Denken im nuklearen Zeitalter. Gespräch mit Rainer Ruthe und Hans Ronneburger, in: Wochenpost, Nr. 47 vom 27.11.1987.
- S. Fischer, Friedliche Koexistenz und sozialistische Verteidigungsmacht, Berlin 1987.
- W. Scheler, Von der Abschreckungsdoktrin zur gemeinsamen Sicherheit, in: Militärwesen, Heft 02/1988.
- W. Scheler, Die Dialektik des Kampfes um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt, in: Dialektischer und historischer Materialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin 1988.
- W. Scheler (Leiter des Autorenkollektivs) u.a., Frieden, Krieg, Streitkräfte. Historisch-materialistischer Abriss, Berlin 1989.

- K. Benjowski, B. Gonnermann, R. Lehmann, W. Scheler, W. Schreiber, W. Schwarz, Quo vadis NVA? Denkanstöße und Vorschläge von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR, in: Volksarmee Nr. 01/1990.
- W. Scheler. Neues militärisches Denken. Diskussionsbeitrag auf der Internationalen wissenschaftlichen Konferenz *Neues Denken und Militärpolitik* vom 14. bis 16.11.1989 in Moskau, In: Militärwesen, Heft 02/1990.
- W. Scheler, L. Glaß, K. Götze, Nicht Feind, sondern Partner, in: Volksarmee , Nr. 09/1990.
- W. Scheler, Militärisches Denken im Lernprozeß für das Überleben der menschlichen Gattung, in: E. Geißler und G. Tembrock (Hrsg.), *Natürliche Evolution von Lernstrategien*, Berlin 1990.
- S. Schönherr, Abrüstungswille setzt Konversionsfähigkeit voraus, in: *Betriebsbedingung Frieden*, Berlin 1990.
- W. Scheler, Zum Verhältnis von innerem und äußerem Frieden, in: M. Robbe, D. Senghaas (Hrsg.), *Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt. Geschichte und Prognosen*, Berlin 1990.
- E. Hocke, Friedenssicherung im Wandel, in: D. Bald (Hrsg.), *Europäische Friedenspolitik - Ethische Aufgaben*, Baden-Baden 1990.
- W. Scheler, Entmilitarisierungskonzepte in der Wendezeit der DDR, in: W. R. Vogt (Hrsg.), *Frieden als Zivilisierungsprojekt - Neue Herausforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung*, Baden-Baden 1994/1995.
- W. Scheler, Frieden und Verteidigung. Ambivalenz und Transformation der Friedens- und Verteidigungskonzeption, in: D. Bald, R. Brühl, A. Prüfert (Hrsg.), *Nationale Volksarmee - Armee für den Frieden*, Baden-Baden 1995
- H. Großmann, Frieden, Freiheit und Verteidigung im Denken der Nationalen Volksarmee, in: Ebenda.
- W. Scheler, Von der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften zum neuen Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte, in: *DSS-Arbeitspapiere*, Heft 26, Dresden 1996.
- W. Scheler, Fortschritt des Friedens in Idee und Wirklichkeit, in: V. Bialas, H.-J. Häßler (Hrsg.), *200 Jahre Kants Entwurf *Zum ewigen Frieden*. Idee einer globalen Friedensordnung*, Würzburg 1996.
- E. Woit, Grundvoraussetzungen einer Entschärfung und friedlichen Lösung globaler Konflikte, in: Ebenda.
- W. Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden in der NVA, in: *Rührt euch! Zur Geschichte der NVA*, Berlin 1998.

- E. Woit, Ideologien des globalen und regionalen Vorherrschaftstrebens, in: V. Bialas, H.-J. Häßler, E. Woit (Hrsg.), *Die Kultur des Friedens. Weltordnungsstrukturen und Friedensgestaltung*, Würzburg 1999.
- E. Woit, Friedens-Chancen nach dem Epochewechsel?, in: Ebenda.
- E. Woit, Gesellschaftliches Bewusstsein zwischen Friedenssehnsucht und Kriegsbereitschaft. Massenkommunikative Aspekte des Weges zu einer Kultur des Friedens, in: Ebenda.
- W. Scheler, Kriegsideologie - Friedensideologie. Substanz und Gestaltwandel nach dem Kalten Krieg, in: Ebenda.
- W. Scheler, Fortschritt des Friedens in Idee und Wirklichkeit. Notwendigkeit und Möglichkeit in der heutigen Welt, in: Ebenda.
- W. Scheler, Die heutige Weltgesellschaft und der Abschied von der militärischen Gewalt, in: Ebenda.
- W. Scheler, Die NATO und die Verheißung von einem neuen Europa der Demokratie, des Friedens und der Einheit, in: R. Brühl, L. Schröter (Hrsg.), *50 Jahre NATO. Bilanz und Perspektiven. Beiträge zur Militärgeschichte und Militärpolitik*, Bd. 1, Schkeuditz 2000.
- W. Scheler, Die Sinnkrise des Militärs. Eine geistige Vorbedingung für das Verhalten der NVA in der demokratischen Revolution, in: *Was war die NVA? Studien - Analysen - Berichte zur Geschichte der Nationalen Volksarmee*, Berlin 2001.
- S. Schönherr, *Militärökonomie. Vorträge und Aufsätze zur Rüstung und Abrüstung, zur Konversion und zur Rolle der Militärökonomie in einer globalen Friedensordnung*, Dachau 2002.
- W. Scheler, Die Umwälzung im sicherheitspolitischen Denken der achtziger Jahre, in: *Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V. (DSS), DSS-Arbeitspapiere, Heft 50*, Dresden 2004.
- R. Lehmann, Wissenschaftler in Uniform vor neuen Herausforderungen. Sicherheitspolitische Forschung und Impulse für die Militärreform an der Militärakademie *Friedrich Engels* in den Jahren 1988 bis 1990. Erinnerungen an eine bewegte Zeit, in: Ebenda.
- W. Scheler, 10 Jahre danach: Neuer Kalter Krieg oder gemeinsame Sicherheit, in: Ebenda.
- R. Lehmann, Für ein System der gemeinsamen Sicherheit, in: *Gegen Terror(ismus) und Krieg. Für gemeinsame Sicherheit und eine gerechte Welt*, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 61, Dresden 2002.
- R. Lehmann, Die Grundrichtungen russischer Sicherheitspolitik unter Präsident Putin, in: R. Lehmann, L. Schröter (Hrsg.), *Streitkräfte unter*

dem Doppeladler. Militärpolitik, Militärdoktrin, Streitkräfte und Militärreform Russlands und die deutschen Interessen, Schkeuditz 2003.

- W. Scheler, Konfrontative oder gemeinsame Sicherheit, in: Gemeinsame Sicherheit - ein schwieriger Lernprozess, DSS-Arbeitspapiere, Heft 70, Dresden 2004.
- H. Hagen, Angriff die beste Verteidigung? Zur wechselvollen Geschichte dieses Prinzips, in: Ebenda.
- H. Großmann, Die *neuen Kriege* - Logisches und Historisches, in: Ebenda.
- S. Schönherr, Gemeinsame Sicherheit - zu welchen Kosten?, in: Ebenda.
- W. Scheler, Vom Gewaltfrieden zum gerechten Frieden, in: Welt ohne Krieg - Gesellschaftliche Bedingungen des internationalen Friedens. Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., 2004.
- W. Scheler, Neue Weltordnungskriege und die alte Frage nach dem Wesen des Krieges, in: E. Woit, W. Scheler (Hrsg.), Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges, Berlin 2004.
- E. Woit, Zur Strategie und Ideologie der Rechtfertigung imperialistischer Kriege seit dem Ende des Kalten Krieges, in: Ebenda.
- H. Hagen, Kriege im 21. Jahrhundert - an der Schwelle zum *Space War?*, in: Ebenda.
- J. Klopfer, R. Lehmann, Der Charakter von Kriegen und bewaffneten Konflikten der nächsten Jahrzehnte aus russischer Sicht, in: Ebenda.
- E. Woit, Asymmetrische Kriegführung - typisch für Kolonialkriege, in: Ebenda.